Kinder als Manövriermasse S.3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 35 – 1. September 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hat den Finger in eine offene Wunde gelegt: Gertrud Höhler kritisiert das „System Merkel“ Bild: O. Lang/dapd

Wir sind Merkel

Gertrud Höhlers Kritik an der Kanzlerin öffnet Blick auf tiefer liegende Probleme

Während in den meisten Medien das Buch „Die Patin“ als Rache einer enttäuschten CDU-Wegbegleiterin abgetan wird, bietet es durchaus traurige Wahrheiten.

Die Reaktionen der großen Medien auf das Merkel-Buch von Gertrud Höhler steigern sich teils in regelrechte Hass-Tiraden hinein. Die 71-jährige Literaturwissenschaftlerin wird in einer Weise persönlich attackiert, die keine Grenzen mehr zu kennen scheint.

Die Methode, den Autor zu demontieren, um seine Thesen nicht mehr ernsthaft diskutieren zu müssen, ist aus der Sarrazin-Kontroverse vor zwei Jahren noch bestens in Erinnerung. Doch ebenso wie damals steht der beinahe einhelligen Ablehnung seitens der Medien eine weitaus differenziertere Beurteilung von Seiten des Volkes gegenüber. In Leserbriefspalten und Internet-Foren erfährt Höhler neben Kritik auch viel Unterstützung. Ihr Eindruck von einer zerfasernden Demokratie und eines gefährlich bröckelnden Rechtsstaats wird offenbar von vielen Menschen geteilt.

Was also ist dran an Höhlers Vorwurf, unter der Kanzlerschaft Merkels erodierten Demokratie und Rechtsstaat?

Demokratie und Rechtsstaat werden umgangen

Für den Rechtsstaat ist es unerlässlich, dass sich die politische Führung an Recht und Gesetz hält. Zutreffend bemerkt Höhler, dass bei der abrupten Energiewende und ebenso bei der Euro-Rettung Gesetze reihenweise gebrochen wurden. Das aber ist das Gegenteil von Rechtsstaat: Dass man Gesetze nach Belieben brechen darf, wenn man nur die Macht dazu besitzt. Doch genau dies ist unter Merkel geschehen.

Und die Demokratie? In den Parteien des Bundestages hat es nie ernsthafte, ergebnisoffene Diskussionen über die Euro-Einführung gegeben, eine Volksabstimmung wie in anderen Ländern blieb den Deutschen ebenso versagt.

Letzteres indes weist noch in die Zeit vor Merkel zurück. Höhlers Glorifizierung der Kohl-Ära als gleichsam goldenes Zeitalter der Demokratie geht daher in die Irre.

Aber wie geht es weiter? Heute wird sichtbar, dass mit dem Euro das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaats an sich zur Debatte steht, Stichwort „Vereinigte Staaten von Europa“. Doch lassen Politiker keinen Zweifel aufkommen, wie sie diese Umwälzung zu realisieren gedenken: Abermals soll ohne Volksbeteiligung alles soweit vorangetrieben werden, bis den Deutschen kaum etwas anders übrig bleibt als zuzustimmen oder Chaos zu riskieren. Das Volk also wird ganz unverhohlen übers Ohr gehauen.

Aber ist das alles allein Merkels Schuld? Wenn ja: Warum lässt sich das Volk dies gefallen? Bettina Röhl stellt in der „Wirtschaftswoche“ die entscheidende Frage, ob die Kanzlerin nicht vielleicht nur das Symptom einer allgemeinen Krise der Parteiendemokratie sei, der ein kaum weniger orientierungsloses Volk gegenüberstehe. Merkel füllt demnach nur das Vakuum, das andere hinterlassen haben. Röhls Analyse der Kontroverse ist nicht bloß die intelligenteste, sie ist auch die beunruhigendste. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Um das Leben

Der Stuhl des Bundesgesundheitsministers ist keiner, auf dem ein Politiker wirklich glücklich wird. Kaum ein anderes Politikfeld wird so von partei- und verbandspolitischen Interessen beeinflusst wie die Gesundheitspolitik. Das mag man beklagen, aber man hat sich inzwischen daran gewöhnt, damit zu leben. Nicht damit leben kann man hingegen, wenn es um das Leben geht. Das Leben derjenigen, die auf ein Spenderorgan warten. Der Skandal um den Göttinger Transplantationsmediziner muss Konsequenzen für das Organspendewesen haben. Doch die Reaktionen darauf sind bislang nichts als Aktionismus. Von schärferen Sanktionen und unangemeldeten Kontrollen ist die Rede. Sogar die Schließung von Transplantationszentren wird propagiert. Vieles von dem, was gefordert wird, macht das Transplantationsgesetz schon jetzt möglich. Und der Vorschlag, Transplantationszentren zu schließen, ist so blödsinnig wie die Idee, die Kriminalität durch die Schließung von Polizeiwachen bekämpfen zu wollen.

Bei der ganzen Debatte gerät vollkommen aus dem Blick, worum es eigentlich geht: Um die vielen todkranken Menschen, deren Leben nur durch ein Spenderorgan gerettet werden kann. Sie haben Anspruch auf eine schnelle Lösung. Es braucht klare Regeln zur Organtransplantation, die dauerhaft Bestand haben. Kein Gesundheitsexperte hat hier eine Patentlösung parat. Deshalb geht es nicht ohne ein gründliches Abwägen aller Möglichkeiten. Diese Debatte muss jedoch lösungsorientiert geführt werden und darf nicht zur Durchsetzung von Partikularinteressen der Parteien, Verbände und Lobbygruppen missbraucht werden. Denn es geht um das Leben.

Endlich Konsequenzen

Misstrauensantrag gegen Kurt Beck setzt zumindest ein Zeichen

Hat die rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia Klöckner mit dem von ihr gestellten Misstrauensantrag gegen Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) wirklich ein „wichtiges Verfassungsinstrument für einen kurzfristigen PR-Erfolg“ missbraucht, wie ihr die Grünen unterstellten? Zwar konnte Klöckner von Anfang an damit rechnen, dass ihr Antrag von den Mitgliedern der rot-grünen Regierung im Landtag abgeschmettert wird, trotzdem wollte sie ein Zeichen setzen und Becks Verhalten verurteilen.

Dieser hat mit dem von ihm massiv unterstützten staatlichen Engagement beim Nürburgring den rheinland-pfälzischen Steuerzahler ein Millionengrab von 330 Millionen Euro beschert, ist aber nicht bereit, Konsequenzen aus seiner krassen Fehleinschätzung zu ziehen.

Millionenverlust durch Ministerpräsidenten

Zwar waren Becks Motive durchaus ehrenwert, leider aber ziemlich weltfremd. So wollte er durch den Bau eines riesigen Freizeitparks am Nürburgring Touristen in die strukturschwache Region locken. Für dieses Ansinnen war ihm nichts zu teuer. Das führte dazu, dass das benötigte Geld nicht ganz regelkonform beschafft wurde. Bereits 2010 wurde wegen zahlreicher offener Fragen bei der Finanzierung ein Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen und ein Beck-Vertrauter gefeuert. Zwar wurde der Freizeitpark trotz technischer Mängel beim Prestige-Fahrgeschäft rechtzeitig eröffnet (siehe auch Seite 4), doch die Besucherströme blieben aus, so dass der private Pächter sich nicht in der Lage sah, die Pacht zu zahlen.

Nun sitzt das Land auf 330 Millionen Euro Schulden für eine Investition, die kaum etwas einbringt. Doch Beck stört das nicht, er will im November erneut als SPD-Landeschef kandidieren. *Bel*

Gefährliche Kriegsrhetorik

Tel Aviv ignoriert Warnungen und bereitet Schlag gegen den Iran vor

Wenn ein Staatsmann wie Israels Präsident Shimon Peres, der sein Leben dem Kampf für die Existenz seines Landes gewidmet hat, vor einem übereilten Angriff auf den Iran warnt, sollte das eigentlich Gewicht haben. Gleichwohl deutet die Aufrüstung der israelischen „Heimatfront“ darauf hin, dass Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und sein Verteidigungsminister Ehud Barak entschlossen zu sein scheinen, auch im Alleingang einen Erstschlag gegen den Iran zu wagen. Selbst einflussreiche Kreise in Armeeführung und Geheimdienst warnen, die Risiken einer solchen Operation seien größer als die Erfolgschancen. Sie wissen, dass die vermuteten atomaren Einrichtungen und Kapazitäten im Iran dadurch nicht nachhaltig zerstört werden könnten. Stattdessen würde Israel in einen blutigen Krieg gestürzt werden, der auf die

Regierung ist zunehmend isoliert

gesamte instabile Region übergreifen und sogar weit reichende Auswirkungen auf den Weltfrieden haben könnte.

Angesichts dieser Gefahr gerät die israelische Regierung zunehmend ins Abseits. Laut Umfragen sind 61 Prozent der Israelis gegen einen Angriff ihres Landes auf den Iran. Doch das hält Netanjahu nicht von seiner Kriegsrhetorik ab. Möglicherweise will er damit von drängenden innenpolitischen Problemen ablenken, den Iran einschüchtern und den um seine Wiederwahl kämpfenden US-Präsidenten stärker unter Druck setzen. Während Barack Obama dem Drängen Netanjahus bislang nicht nachgegeben hat, die Bereitschaft der USA zu einem Angriff auf den Iran zu erklären, steht das Wort von Bundeskanzlerin Angela Merkel vom Existenzrecht Israels als Teil der deutschen Staatsraison im Raum. Was sie tun wird, wenn es tatsächlich um Beistand für Israel in einem bewaffneten Konflikt gehen sollte, hat sie offen gelassen. *J.H.*

(siehe Kommentar Seite 8)

Zwischenruf

Rostock 1992

Am Wochenende wurde in Rostock an die Ausschreitungen gegen Ausländer und Asylbewerber vor 20 Jahren im Stadtteil Lichtenhagen erinnert. Bundespräsident Joachim Gauck und der Rostocker Oberbürgermeister sprachen auf einer Gedenkveranstaltung, die von rund 2000 Personen besucht wurde.

Unstrittig ist, dass in Rostock vor 20 Jahren Fremdenfeindlichkeit und Wut über die trostlosen Zustände in den überfüllten Plattenbauten Lichtenhagens zu einer brutalen Gewaltorgie ausarteten. Da gibt es nichts zu beschönigen.

In der Rückschau auf die Ereignisse wurde am Wochenende der Kampf gegen die gesellschaftlichen Übel – Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus – von allen Bürgerinnen und Bürgern eingefordert. Auch Gauck blieb oberflächlich. Auch wenn er anklagend feststellte, dass mangelnde Professionalität der Politiker und der Sicherheitskräfte erst die Eskalation in jenen Tagen ermöglichte. Gauck weiß es besser, die gesamte politische Klasse weiß es besser. Die eigentliche Ursache für die Gewalttätigkeiten gegen Zugewanderte ist die schrankenlose Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen und Asylbewerbern nach Deutschland seit mindestens 25 Jahren. In Lichtenhagen kam erschwerend hinzu, dass man Zugewanderte in großer Anzahl massiert in einem eng begrenzten Raum unterbrachte. Wenn Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen auf engem Raum zusammenleben, kommt es immer zu Konflikten. Dafür Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der Einheimischen verantwortlich zu machen ist eine bequeme Ausrede, die von den Fehlentscheidungen der politischen Klasse in der Vergangenheit ablenken soll. Der Aspekt der Überfremdungsangst bei den Einheimischen wird im öffentlichen Diskurs merkwürdigerweise nicht thematisiert.



Nicht gering ist die Anzahl der Menschen in Rostock, die ablehnend auf die Gedenkveranstaltung reagierten. Sie sind der fortwährenden Medienpräsenz überdrüssig. *Wilhelm v. Gottberg*

Der Traum vom Ghetto

Saudi-Arabien: Um sich frei bewegen und arbeiten zu können, fordern Frauen eine eigene Stadt

Als erster Staat der Erde plant Saudi-Arabien Städte nur für Frauen, nicht nur um die Geschlechtertrennung noch intensiver zu praktizieren, sondern auch um den Anteil der berufstätigen Frauen in der Bevölkerung zu erhöhen.

Die Frauen hatten einen großen Anteil am Zustandekommen des Arabischen Frühlings. In Tunesien, Ägypten und dem Jemen waren die Frauen oft in der ersten Reihe der Demonstranten, die eine gerechtere Gesellschaft forderten. Auch wenn der Wahlsieg der Islamisten in den Ländern des Arabischen Frühlings die wenigen Errungenschaften der Frauen wieder zunichte gemacht hat, zeigt dies doch, dass mit den Frauen auch in der arabischen Welt zu rechnen ist, gerade weil die Stellung der Frau dort am prekärsten ist. Am größten ist die Diskriminierung bislang in Saudi-Arabien. Die wahhabitische Auslegung des Korans hat in Saudi-Arabien zu einer strikten durch Religion und Tradition begründeten Geschlechtertrennung geführt: Schulen und Universitäten sind ebenso nach Geschlechtern separiert wie Büros, Restaurants und Transportmittel; in öffentlichen Gebäuden gibt es verschiedene Eingänge für Frauen und Männer. Frauen dürfen im islamischen Königreich nicht Auto fahren.

Die strikte Trennung der Geschlechter hat auch wirtschaftliche Folgen, denn Frauen haben so kaum Zugang zum Arbeitsmarkt. Obwohl fast 60 Prozent der Universitätsabsolventen in Saudi-Arabien weiblich sind, machen Frauen nur 15 Prozent der berufstätigen Bevölkerung aus, weil sie gemäß den Gesetzen der Scharia nicht mit Männern zusammenarbeiten dürfen. Die wenigen berufstätigen Frauen sind in Arbeitsstätten beschäftigt, zu denen Männer keinen Zugang haben. So haben Banken eigene „Frauenfilialen", wo Kundinnen von Frauen bedient werden, auch in Krankenhäusern

> 60 Prozent der Studenten sind weiblich

dürfen Frauen nur von Frauen versorgt werden. Laut „al-Arabia-News" sind 78 Prozent der Uni-Abgängerinnen, darunter 1000 Ärztinnen, arbeitslos. Jetzt möchte das Land Abhilfe schaffen und die Berufstätigkeitsquote von Frauen erhöhen, denn mit einer Rolle als Mutter und Hausfrau, wie sie im Koran verlangt wird, wollen sich auch in Saudi-Arabien immer weniger Frauen zufrieden geben. Wie britische Medien berichten, will Saudi-Arabien jetzt eigene Städte für Frauen errichten. Die Idee kommt nicht von Männern, sondern von einer Gruppe von Geschäftsfrauen. Als Pilotprojekt soll demnach bereits 2013 eine „Frauenstadt" bei Hofuf im Osten des Landes gebaut werden. Die Stadt soll Arbeitsplätze für 5000 Frauen

> Mit Männern zusammenzuarbeiten ist verboten

schaffen in den Branchen Textilindustrie und Pharmazie sowie in der Nahrungsmittelherstellung.



Massiv eingeschränkte Bewegungsfreiheit: Männliche Verwandte agieren als Aufpasser Bild: S. Loos/dapd

Laut Scharia sind Frauen überall einem männlichen Vormund unterstellt. Ohne diesen gesetzlichen männlichen Vormund dürfen sich Frauen nicht frei bewegen. Der Vormund ist in der Regel der Ehemann oder Vater, manchmal ein Bruder oder sogar ein Sohn. Die Erlaubnis des Vormundes muss eingeholt werden, wenn es um Heirat, Ausbildung, Reisen und auch um die Arbeit geht. Erst seit kurzem besitzen Frauen eigene Pässe, das Land darf aber ohne Genehmigung durch einen Vormund nicht verlassen werden.

Beobachter interpretierten die Maßnahme, eigene Arbeitsstädte nur für Frauen zu errichten, als Meilenstein auf dem Weg zu einer rechtlichen Aufwertung der Frauen und als Konzession an den Arabischen Frühling. Die Stadt Hofuf liegt in der Nähe des schiitischen Siedlungsgebietes um die Stadt Qatif, dem Zentrum der Schiiten im Königreich, wo es in den letzten Monaten immer wieder zu Protesten und Repressionen mit Todesopfern gekommen war. Die Arbeitsstadt Hofuf entsteht als großes Gewerbegebiet in der Nähe eines Wohnviertels. Das erleichtert den Frauen den Weg zur Arbeit. Die neue Industriestadt für Frauen bei Hofuf soll nach Berichten lokaler Zeitungen ein besonderes Trainingszentrum haben, in dem Frauen ihre Talente entwickeln und an die Arbeitswelt herangeführt werden. Damit die Privatsphäre der Frauen gemäß den Regeln des Islam gewährleistet bleibt, sollen ausschließlich Frauen die angesiedelten Unternehmen führen, betont die für die Stadtentwicklung zuständige Behörde. Laut Berichten in arabischen Medien soll Hofuf nicht die einzige Frauen-Stadt bleiben. Es seien mindestens vier ähnliche Städte geplant. *Bodo Bost*

Die Schulden-Uhr: Keine zweite Bundesbank

Nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle an die Bundesbank", erkannte einst der frühere französische EG-Kommissionspräsident Jacques Delors. Die Euro-Apologeten versuchten deshalb den Deutschen einzureden, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Tradition der Bundesbank fortsetzen werde. Dass dem nicht so ist, hat auch das Volk erkannt. Eine repräsentative Meinungsumfrage von TNS Emnid im Auftrag des „Focus" ergab, dass nur jeder Zehnte volles Vertrauen zur EZB hat. Mit 52 Prozent hat die absolute Mehrheit eher weniger Vertrauen und 28 Prozent habwn sogar kein Vertrauen. *M.R.*

2.048.793.445.356 €

Vorwoche: 2.048.003.161.516 €
Verschuldung pro Kopf: 25.046 €
Vorwoche: 25.037 €

(Dienstag, 28. August 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Zurück ins Glied gepresst

Österreich: Euro-Chef Juncker unterbindet Euro-Kritik

Man war schon versucht zu glauben, ÖVP-Chef, Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger habe endlich Klartext gesprochen und werde die Partei nun auch aus ihrer blinden EU-Hörigkeit befreien: Von einem Reporter der Tageszeitung „Kurier" auf die politischen Ambitionen von Magna-Gründer Frank Stronach angesprochen, kritisierte er zwar scharf dessen Anti-EU-Ansage und die Forderung nach Rückkehr zum Schilling. Doch er sagte auch: „Wir brauchen Möglichkeiten, dass man jemanden aus der Währungsunion rausschmeißt." Wen er meine, wurde er gefragt. „Länder, die sich nicht an Verpflichtungen halten." Griechenland nannte er nicht, doch ergänzte er: „Wenn es diese Regel schon gäbe, hätte man schon Konsequenzen ziehen müssen."

Der in Tirol auf Urlaub weilende Chef der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker reagierte recht deutlich. Er schloss einen Austritt Griechenlands „politisch" aus. Und weiter laut „Tiroler Tageszeitung": „Ich würde mich als österreichischer Politiker sehr zurückhaltend äußern." Man müsse nicht unbedingt in derartiger „martialischer Rhetorik" vorgehen. Und: Als „jener Premierminister, der Österreich als erster nach den Sanktionen bestraft habe", wisse er, „wie hochgradig ungerecht im Schnellverfahren beschlossene Drohungsmechanismen wirken können".

Kritik erntete Spindelegger auch von der SPÖ, und die unter-

> Unerwünschte Fakten werden klein geredet

stützenden Worte des deutschen Amtskollegen Guido Westerwelle konnten ihn erst recht nicht davon abhalten, wieder einmal zurückzukrebsen und Juncker prompt anzurufen. Man habe die Missverständnisse geklärt, hieß es dann, und Juncker habe sich zufrieden gezeigt.

Wie zum Hohn wurde kurz darauf eine Studie der Schweizer Großbank UBS bekannt, in der die Entwicklung der Realeinkommen in elf Euro-Ländern in den Jahren 2000 bis 2010 untersucht wurde. Dabei kam heraus, dass die Österreicher die größten Verlierer waren, gefolgt von Deutschen und Iren, Griechen aber die größten Gewinner. Und es verloren alle Einkommensschichten – das unterste Zehntel 35 Prozent und das oberste immerhin noch zehn Prozent. Kein Wunder also, dass laut Umfragen der EU-Frust in Österreich am größten ist.

Kein Wunder daher auch die Reaktionen aller, die den Österreichern seit Jahren vorflunkern, Österreich sei der größte Gewinner von EU und Euro: Regierungsparteien, Statistik Austria, Wirtschaftskammer, ÖGB, das SPÖ-lastige Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo und die heute zur italienischen Unicredit gehörende Bank Austria: Sie alle zerpflücken Daten und Methodik der Studie, picken sich aber Rosinen heraus. So etwa sehen sich SPÖ und ÖGB in ihrer aggressiven Lohnpolitik bestätigt. Der Autor der Studie Paul Donovan verteidigt sich: Preissteigerungen wirken sich auf die jeweiligen Einkommensgruppen unterschiedlich aus und treffen die Einkommensschwächsten eben am meisten. Und fast entschuldigend: Die Österreicher hätten im Jahr 2000 eben die höchsten Realeinkommen gehabt. Pech also. *R. G. Kerschhofer*

Was wusste Tusk?

Polen: Ministerpräsident in der Kritik

Als Donald Tusk (Bürgerplattform, PO) im Oktober 2011 zum zweiten Mal das Amt des Ministerpräsidenten antrat, war dies für Polen eine Premiere. Erstmalig seit dem Fall des Eisernen Vorhangs war eine Regierung bei Wahlen bestätigt worden. Ob Tusk momentan noch Chancen auf eine weitere Amtszeit hätte, ist fraglich. Seine Koalition aus PO und Bauernpartei sieht sich Vorwürfen wegen Filz und Vetternwirtschaft ausgesetzt, selbst das Image von Tusk als „Saubermann" hat erste Kratzer erhalten.

> Finanzskandal und Wirtschaftsflaute

Anlass ist der Zusammenbruch der Firma „Amber Gold", einer Art Schattenbank mit rund 50 000 Kunden. Nach dem Bankrott steht die Frage im Raum, wie ein bereits wegen Betrugs Vorbestrafter unbehelligt von den Behörden eine bankähnliche Firma betreiben konnte. Bekannt geworden ist im Zuge der Affäre, dass Michal Tusk, der Sohn des Ministerpräsidenten, in einer Firma beschäftigt war, die ebenfalls dem „Amber Gold"-Gründer gehört. Tusk senior soll seinem Sohn empfohlen haben, sich von dem Mann mit problematischer Vergangenheit fernzuhalten. Dieser Rat hat inzwischen zu der Vermutung geführt, dass Tusk als Ministerpräsident – etwa durch regierungsinterne Informationen – im Bilde war, was bei „Amber Gold" vor sich geht. Statt tausender betrogener Anleger habe er aber nur seinen Sohn gewarnt, lauten nun erste Vorwürfe.

Bereits im Juli war Tusks Koalitionspartner, die Bauernpartei, in die Schlagzeilen geraten. Landwirtschaftsminister Marek Sawicki hatte wegen Vorteilsnahme seinen Rücktritt erklären müssen.

Die Skandale könnten nur der Auftakt für einen politisch heißen Herbst sein. In der Wirtschaft mehren sich die Krisenzeichen, erste Firmen haben massive Entlassungen angekündigt. Auftrieb könnte die Opposition erhalten, die beginnt, ihre Kräfte zu bündeln. Anhänger des Senders „Radio Maryja", der Gewerkschaft „Solidarnosc" und der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) haben für Ende September eine Großdemonstration in Warschau angekündigt, zu der 200 000 Teilnehmer erwartet werden. *N.H.*

Lügen als Berufskrankheit

Von Vera Lengsfeld

Die „Junge Welt“ kann es nicht lassen. Immer wieder muss sie in ihrer schicken Ladengalerie Bücher von ehemaligen Stasioffizieren vorstellen, auch wenn die so gar nichts Neues enthalten.

Diesmal war es der notorische Herr Kierstein, in seinem ersten Leben mehr als drei Jahrzehnte Vernehmer für die Stasi, hauptsächlich in der zentralen Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen. Im zweiten Leben Möchtegern-Buchautor, meist im Autorenkollektiv, nun allein.

„Drachentöter“ heißt sein neues Elaborat. Das Cover ist entsprechend dramatisch aufgemacht mit einer Fotografie des Heiligen Georg im Kampf mit dem Ungeheuer, wie er im einst vorzugsweise von Stasileuten bewohnten Berliner Nikolaiviertel zu besichtigen ist. Zum Ärger der Genossen befindet sich seit geraumer Zeit hier auch die Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus.

Macht sein Büchlein aus Herrn Kierstein einen tapferen Kämpfer gegen die aufgerüsteten Stasigedenkstätten? Nein, denn er ist ein Ritter von gar trauriger Gestalt, dessen Phantasie immer wieder mit ihm durchgeht. Sein Verlag versucht, ihm einige Bedeutung anzudichten. Der Autor habe sich in mehreren Gedenkstätten umgeschaut und lege nun seine Untersuchung vor. Tapfer, tapfer, wie sich der „Aufklärer“, wie er sich gern nennt, höchstpersönlich in die Drachenhöhlen wagt.

Leider stellt man beim Anschauen der von ihm präsentierten Videos fest, dass sie heimlich von Jugendlichen angefertigt wurden, weil es Herr Kierstein doch vorzog, am heimischen Schreibtisch zu verbleiben und einen dritten oder vierten Aufguss aus den früheren Machwerken von Stasiobristen zu fertigen. Auch die Videos kennt man von früheren Buchpräsentationen. Die Hoffnung von Kierstein & Co. ist offenbar, ihre Halbwahrheiten, Lügen, Verdrehungen und Unterstellungen so lange zu wiederholen, bis sie am Ende den Anschein von Wahrheit haben.

Das läuft so: Auf einem der Videos werden Besucherreferenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen gezeigt, die im Kellergefängnis die Haftbedingungen zu Zeiten des sowjetischen Geheimdienstes NKWD beschreiben. Kierstein behauptet dann wider besseres Wissen, sie hätten von der Staatssicherheit geredet, um den Referenten Falschdarstellung vorzuwerfen.

Sein Pech: Etwa ein Drittel des Publikums bestand aus Referenten der Gedenkstätten, die ihm massiv widersprachen. Es kam zeitweise zu tumultartigen Szenen, als der Stasimann in alter Manier versuchte, seinen Kritikern über den Mund zu fahren. In ihren eigenen Räumen in die Defensive zu geraten war eine so ungewohnte Erfahrung für die alten Genossen, dass ihre Herzschrittmacher bei der Aufregung zu versagen drohten. Das war gut so.

Kinder als Manövriermasse

Deutsche Schüler sollen zum Zweck der Ausländer-Integration gleichmäßiger verteilt werden



1400 Berliner Schüler sprechen kein Deutsch, vor einem Jahr waren es „nur“ 1000: Einschulung im Stadtteil Neukölln

Bild: Ullstein

An Berlins Lenau-Grundschule ist ein von Eltern begonnener Streit um die ethnische Verteilung der Kinder auf die Klassen oberflächlich beigelegt. Die Debatte zeigt indes den Trend zu regelrechten Fluchtbewegungen deutscher Eltern aus Kiezschulen. Die Schulpolitik des Senats kommt inzwischen selbst an Grundschulen mit der Wirklichkeit nicht mehr mit.

Berlins Immigrantenanteil steigt. Vor allem aus Südeuropa kommen zurzeit viele der neuen Zuwanderer. Berlins Schulsystem steht mit der Einbindung der Zuwandererkinder aber vor kaum zu bewältigenden Problemen. Das zeigen jüngste Proteste von Eltern an der Lenau-Schule in Kreuzberg. Dabei geht es vordergründig um Spracherwerb, Chancengleichheit und eine ausgewogene Schülermischung, doch die Kategorie Herkunft spielt offenbar eine immer größere Rolle.

Einigen Eltern mit Immigrationshintergrund missfiel die Schülerverteilung der Erstklässler in zwei Klassen. Sie warfen der Schule Diskriminierung wegen angeblicher herkunftsmäßiger Trennung der Kinder vor. Deutsche Eltern drohten wiederum, ihre Kinder von der Schule zu nehmen. Nun scheint der Streit beigelegt, zehn deutsche Kinder wechseln die Klasse. Die Eltern reichen sich die Hand und üben Schadensbegrenzung.

Die grundlegenden Probleme bei der Integration sind damit aber nicht bewältigt. Der Ton ist schärfer geworden. Medien hatten berichtet, an der Schule sei eine Klasse zu 85 Prozent aus deutschen Kindern geformt worden, während eine andere Klasse nur Kinder türkischer oder arabischer Muttersprache zusammenfasse. Tatsächlich durften Eltern ihre Kinder eigenständig und zusammen anmelden. Wer schon in der Kindertagesstätte zusammen war, durfte zusammenbleiben.

Die meist türkischen Eltern, die sich nun beschweren, kümmerten sich zumeist erst spät darum, mit wem ihre Kinder die Schulbank drücken. Vor allem die deutschen Eltern hingegen nutzten die Gruppenanmeldung. Die sollte aber gerade eine Durchmischung der Klassen erleichtern. Nun hat die Schule nachgegeben, nachdem ihr manche Eltern sogar Rassismus vorgeworfen hatten.

> Berlin: Türkische Eltern haben sich beschwert

Bildungseinrichtungen stehen so gleich mehrfach unter Druck: Sie müssen die politisch-ideologischen Schulvorgaben Berlins wie das kurz nach Einführung nun wieder abgeschaffte gemeinsame Lernen erfüllen. Sie haben sich dabei auf Gruppenanmeldungen eingelassen, auch um deutsche Eltern in den durch Zuwanderung geprägten Schulen zu halten. Hamburger Schulen fragen Eltern wegen derart komplexer Ansprüche bereits, ob sie Kinder mit Immigrationshintergrund überhaupt statistisch verzeichnen dürfen, ohne als rassistisch zu gelten.

Gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz werden Kinder in Kategorien eingeteilt. Es gibt Muttersprachler mit Immigrationshintergrund, fremdsprachige Kinder mit und ohne deutschen Pass und alle müssen chancengerecht und nach Elternwille verteilt und gefördert werden. Offiziell sprechen 1400 Schüler Berlins kein Deutsch, 2011 waren es 1000. Einige Grundschulen hoffen, mit viel Eigeninitiative und speziellen Lerngruppen diese Kinder auf den Unterricht vorzubereiten, doch ein politisches Konzept fehlt.

Vor allem der Zuzug von Romakindern lässt die Zahl derer hochschnellen, denen die deutsche Sprache fremd ist. Dass Kinder, die keine Freunde mitbringen können, als Außenseiter starten, ist zum Politikum geworden. Kinder, die Deutsch nicht ihre Herkunftssprache nennen, machen 75 Prozent der Schüler an der Lenau-Schule aus. Die Hans-Fallada-Grundschule steht sogar vor der Aufgabe, 100 Romakinder in den deutschen Schulalltag einzugewöhnen.

Das ist faktisch kaum möglich. Die Verantwortung dafür will die Politik auf die Schulen abwälzen, denn 300 000 Euro für die geplanten, schlecht bezahlten sogenannten Sprachmittler können den registrierten weiteren Zuzug umfangreich zu betreuender Kinder kaum bewältigen helfen.

Politiker der Grünen stellen nun die sogenannten Deutsch-Garantie-Klassen der Gustav-Falke-Schule in Wedding der kritisierten Lenau-Schule lobend gegenüber. Doch dortige Deutsch-Tests verlagern das Problem nur: Für manche der nun protestierenden Eltern war die Lenau-Schule bereits die letzte Wahlmöglichkeit.

Neueste Umfragen wie die der Berliner Meinungsforscher der Info GmbH zeigen zudem, dass die Bedeutung des Spracherwerbs bei Türken in Deutschland eher an Gewicht zu verlieren scheint: Zwar stimmen 84 Prozent der befragten Türken zu, dass nur über Spracherwerb Integration gelingt, 2010 teilten mit 89 Prozent aber noch mehr diese Ansicht. Laut der Umfrage sagten zudem 62 Prozent der 1000 Teilnehmer, dass sie am liebsten mit Türken zusammen sind.

Diese selbst gewählte Isolation führt offenbar zu Realitätsverlust. Tatsächlich sind die jüngsten Elternvorwürfe bei näherer Betrachtung kaum haltbar. In der kritisierten Klasse sind zwar viele Schüler mit ausländischen Eltern, doch sind es solche, bei denen zu Hause Deutsch gesprochen wird. Dass die Klasse nun aufgelöst wird, hilft der Schule also nicht. *Sverre Gutschmidt*

Desolater Zustand

Linke: Scheidende Brandenburger Fraktionschefin rechnet ab

Differenzen und Spannungen“ persönlicher Art, die man „bewusst nicht nach außen tragen wollte“, so lautete zunächst der Kommentar zu einem überraschenden Austausch der Fraktionsführung der Brandenburger Linken. Der Personalwechsel, der diskret über die Bühne gehen sollte, hat sich mittlerweile jedoch zum Desaster entwickelt.

Völlig überraschend hatte Mitte August die bisherige Chefin der Linken-Fraktion im Landtag, Kerstin Kaiser, mitgeteilt, dass sie auf eine erneute Kandidatur für den Fraktionsvorsitz verzichte – Gründe blieb sie schuldig. Auf einer Klausurtagung der Linken am 20. August folgte dann Kaisers Ende. Nachfolger wurde der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer Christian Görke.

Schon bis dahin war der Personalwechsel ohne Begründung ungewöhnlich genug: Kaiser hatte immerhin sieben Jahre lang an der Spitze der Fraktion gestanden. Als Spitzenkandidatin bei der jüngsten Wahl war sie nicht nur das bekannteste Gesicht der märkischen Linken, sondern galt auch als Architektin der rot-roten Koalition. Ihr Nachfolger ist außerhalb der Linken dagegen bisher weitgehend unbekannt.

> Streit könnte die Partei die letzte Regierung kosten

Noch vor Schluss der Klausurtagung ließ Kaiser eine Bombe platzen. Sie brachte eine Darstellung des Vorgangs an die Öffentlichkeit, die einer Abrechnung mit der Partei gleichkam. Sie sei unter Druck gesetzt worden, sich nicht wieder zu bewerben, so Kaiser. In einem verbittert wirkenden zweiseitigen Text holte sie zu einem Rundumschlag aus. Sachkritik sei immer stärker „gegen die Fraktionsvorsitzende personalisiert“ worden. Neben Kritik am Landeschef, der ihr seit anderthalb Jahren als Partner gefehlt habe, verkniff sie sich selbst einen Seitenhieb auf die Bundespartei nicht. Die befinde sich in einem „desolaten Zustand“.

Eine Gegendarstellung auf die Vorwürfe ließ nicht lange auf sich warten: Es habe Kritik an der Arbeit Kaisers gegeben, von einem Putsch könne aber nicht die Rede sein, so der neugewählte Görke in einem Interview mit dem Sender RBB. Der öffentlich geführte Schlagabtausch, der mittlerweile einer Schlammschlacht gleichkommt, dürfte das Ansehen der Linken erst einmal stark beschädigt haben. Sollte es nicht gelingen, die Rufschädigung wieder zu beheben, könnte der fragwürdige Personalwechsel ein Mitgrund sein, wenn nach den Landtagswahlen 2014 die Linkspartei aus der letzten Landesregierung fliegt. *Norman Hanert*

Wirbel um »Pro«

Geringe Beteiligung, großes Medien-Echo

Es sollte die ganz große Veranstaltung werden: Mit ihrer „Moscheen-Tour“ durch Berlin unter dem Motto „Hasta la vista Salafista“ suchte die Partei „Pro Deutschland“ im August die Öffentlichkeit. Unabhängige Beobachter zählten indes nur 45 bis 60 Teilnehmer – „Pro“ immerhin 50 bis 100. Die Zahl der linksradikalen Gegendemonstranten schwankte dagegen zwischen 100 und 1000. Dazu einige radikale Moslems, gegen die sich die Demonstration richtete, doch die blieben weitgehend friedlich.

Gewalt ging – wie üblich – von den linken Gegendemonstranten aus. Die Polizei schritt indes energisch ein. Vielleicht zu energisch, finden selbst die Veranstalter der Tour: „Ich finde es schade, dass die Pro-Deutschland-Demo so weitläufig abgesperrt war. Man hatte überhaupt keine Chance, als Anwohner sich über die Demo zu informieren, da die Polizei niemanden durchgelassen hat“, beschwerte sich ein „Pro“-Sympathisant. Ein „Bündnis Neukölln“, dem etliche Politiker von SPD, Linken und Grünen angehören, hatte zur Gegendemo aufgerufen.

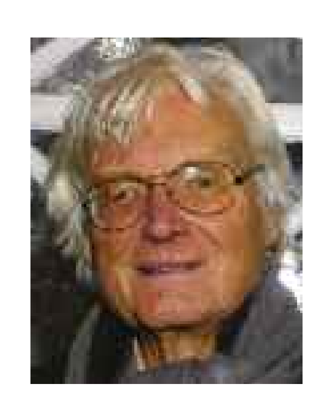
> Linke Gewalttäter bei »Moscheen-Tour«

Das Medieninteresse war beachtlich. „Pro“-Bundesgeschäftsführer Lars Seidensticker zeigte sich denn auch zufrieden. Im Vorfeld hatten mehrere islamische Vereinigungen beim Verwaltungsgericht vergeblich versucht, das öffentliche Zeigen der Mohammed-Karikaturen des dänischen Zeichners Kurt Westergaard verbieten zu lassen. Redner der Kundgebung verwiesen auf das „jüdisch-christliche Abendland“, die „deutsche Kultur“ und sprachen hinsichtlich der hier lebenden Moslems von einer „tickenden Zeitbombe“. *T.M.*

Linker Schläger verurteilt

In Berlin attackieren linke Gewalttäter Neuberliner, Berlinbesucher und scheinbar Bessergestellte seit Jahren gezielt. Philipp R., ein 30-jähriger Journalistikstudent, und sein Freund mussten dies erfahren, als sie im Berliner Stadtteil Friedrichshain mit der Straßenbahn fuhren. Max J., (22) nach eigenen Angaben ein aus Brandenburg zugezogener „linker Skinhead“, pöbelte und schrie auf die beiden ein, bevor er handgreiflich wurde. Der Mann mit Glatze und Tätowierungen attackierte die beiden Opfer mit Pfefferspray. Zur Entschuldigung brachte er vor, er sei betrunken und „auf Kokain“ gewesen. Als die Verhandlung auf die Frage der Fremdenfeindlichkeit kam, verteidige er sich: „Damit habe ich überhaupt nichts zu tun, davon distanziere ich mich.“ Das Urteil lautete wegen Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand gegen Polizeibeamte auf 20 Monate Haft. Eine Bewährungsstrafe gab es nicht, weil Max J. bereits neunfach vorbestraft ist. *H.L.*

Zeitzeugen



Meinhard von Gerkan – Der 1935 in Riga geborene Architekt realisierte mit seinem Partner Volkwin Mark den Berliner Flughafen Tegel, den Berliner Hauptbahnhof und etliche andere Großprojekte im In- und Ausland. In China baute er Neu-Lingang, eine ganze Stadt aus einem Guss. Gerkans Vater starb im Krieg, seine Mutter kurz nach der Flucht aus Posen.

Albert Speer junior – Der Sohn von Hitlers Generalbauinspektor wurde wie sein Vater, Groß- und Urgroßvater Architekt. Neben Großbauten wie dem BMW-Center in Dreieich beschäftigt sich Speer vor allem mit Stadtplanungsprojekten in aller Welt. Wie Gerkan ist auch Speer in China sehr aktiv, wo er eine „Automobilstadt“ für 300 000 Einwohner plant.



Barbara Kisseler – Die 1949 geborene Politikerin ist SPD-nah, aber parteilos und seit März 2011 Hamburgs Kultursenatorin. Als solche soll sie das im Verhandlungsgezerre zwischen Senat und Bauriese Hochtief steckengebliebene Großprojekt „Elbphilharmonie“ wieder in Gang bringen. Ob sie die Geeignete ist? Kisseler war von 2006 bis 2011 Chefin der Berliner Senatskanzlei, wo jene Verträge ausgehandelt worden sind, welche den Berliner Flughafenbau zur international beachteten Blamage für die deutsche Hauptstadt machten.

Ole von Beust – Als Erstem Bürgermeister von Hamburg von 2001 bis 2010 fielen Planung und Baubeginn der „Elbphilharmonie“ in seine Amtszeit. Der CDU-Politiker zählte das Projekt zu den „Leuchttürmen“ seiner Amtszeit. Mittlerweile ist klar, dass schlecht ausgehandelte Verträge die Kosten explodieren ließen und jeden Zeitrahmen gesprengt haben.



Klaus Wowereit – Berlins Regierender Bürgermeister ist das Gesicht der Berliner Flughafen-Blamage. Wowereit sitzt mit Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (beide SPD) im Aufsichtsrat der „Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH“. Dem Aufsichtsgremium werden schwerste Versäumnisse vorgeworfen, die zur Kostenexplosion und zur Verschiebung der für diesen Sommer geplanten Eröffnung in letzter Minute geführt haben. Wowereit sieht sich unschuldig.

Zu viel Pfusch am Bau

Haben deutsche Architekten und Ingenieure ihre Weltklasse verloren?

Immer mehr Großprojekte werden nicht rechtzeitig fertig und kosten zudem mehr als geplant. Doch es gibt gute Gründe, die Schuld nicht schwerpunktmäßig bei der Baubranche zu suchen.

Ob der Flughafen in Berlin, die Elbphilharmonie in Hamburg (siehe unten), der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven, die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes in Berlin, die Waldschlösschenbrücke in Dresden oder der Landtag in Potsdam: Überall ist von Baukostensteigerung und Zeitverzögerungen die Rede. Deutschland, dass schließlich nicht nur als Land der Dichter und Denker, sondern auch der Ingenieure weltweit berühmt wurde, ist offenbar nicht mehr in der Lage, Großbauvorhaben erfolgreich nach Plan umzusetzen.

Doch die Frage der *PAZ*, was mit Deutschlands Architekten und Ingenieuren los ist, wehrt Herbert Barton, Hauptgeschäftsführer des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, ab. Erstens würde in den Medien gar nicht über die vielen anderen Bauvorhaben, bei denen alles planmäßig im Hinblick auf Planungen, Kosten und Fristen verläuft, berichtet und zweitens sei es schon auffällig, dass jene großen Bauvorhaben, bei denen alles aus dem Ruder läuft, öffentliche Bauvorhaben seien. Diese nicht von der Hand zu weisende Feststellung erklärt Barton mit dem Hinweis, dass geringe fachliche Kompetenz in den Bauverwaltungen der öffentlichen Auftraggeber immer wieder dazu führe, dass diese ihrer Bauherrenfunktion nicht immer gerecht werden würden. Barton ist überzeugt, dass wenn die Verwaltungen mit Architekten und Ingenieuren als Fachleute besetzt wären mehr mit qualifizierten Ingenieur- und Architekturbüros zusammenarbeiten würden, Fehlplanungen wie in der letzten Zeit nicht mehr auftreten würden. „Es gilt und bewahrheitet sich immer wieder: Wer billig plant, baut teuer!“, so der Volkswirt, der aber fast sein ganzes Berufsleben in der Baubranche tätig war.

> Bauherr der meisten Chaos-Baustellen ist die öffentliche Hand

Und schaut man sich die genannten Fälle an, so scheint Bartons Theorie durch die Realität bestätigt zu werden. In Potsdam streiten sich die Politik und der beauftragte Generalbauträger BAM gerade über die Mehrkosten für Sonderwünsche des Auftraggebers beim Neubau des Landtags. So habe das Finanzministerium über 100 Änderungswünsche am laufenden Bau geäußert. Jetzt ist die Rede von 18,4 Millionen Euro Mehrkosten, die das Land aber nicht übernehmen will. Ein Schiedsgutachten soll nun klären, wer welche Kosten zu übernehmen hat. Zudem will Finanzminister Helmut Markov („Die Linke“) im Herbst 2013 in den Neubau ziehen, doch die BAM meint, das Gebäude sei erst im Mai 2014 bezugsbereit.

Und auch bezüglich der Dresdner Waldschlösschenbrücke herrscht Zwist zwischen Baubürgermeister Jörn Marx und der Arbeitsgemeinschaft der Baufirmen. Dort geht es vor allem darum, dass die Stadt die Kosten zum Teil nicht bezahlen will. Nun verzögert sich der Bau aus verschiedenen Gründen, doch die Baufirmen wollen keine zusätzlichen Arbeiter auf die Baustelle schicken, wenn sie nicht dafür entlohnt werden. Hierzu ist die Stadt nicht bereit und klagt gegen vorhandene Rechnungen in Höhe von zwei Millionen Euro vor dem Oberlandesgericht. Vor dem Landgericht hatte sie bereits aus formalen Gründen in erster Instanz verloren. *Rebecca Bellano*



Foto: action press

Millionengrab: Die Elbphilharmonie in Hamburg, die seit 2010 fertig sein sollte und nun frühstens 2015 bezugsfertig ist, sollte die Stadt anfangs 77 Millionen Euro kosten, jetzt ist von 325 Millionen Euro die Rede

In aller Welt begehrt

Befragt man die Chinesen nach ihrem Bild von einem Deutschen, so stellen sich die meisten von ihnen laut Umfragen einen Ingenieur vor. Ob Maschinenbau-, Elektro- oder Bauingenieur ist nicht bekannt, gerade letztere schaffen aber viele steinerne und stählerne Zeugen ihrer Tätigkeit. Zusammen mit Architekten gelten sie als Deutschlands „Brückenbauer“ in alle Welt.

Den Ausdruck „Brückenbauer“ kann man dabei gerne wörtlich nehmen, denn die deutsche Baubranche ist besonders stolz auf die vielen Brücken, die deutsche Ingenieure an prominenten und weniger prominenten Ecken der Welt gebaut haben. Einer der berühmtesten ist Fritz Leonhardt, der 1992 den Entwurf für die Galatbrücke in Istanbul geliefert hat. In der Stadt wirkte schon der in Königsberg geborene Architekt

> »Brückenbauer« aus Deutschland

Bruno Taut und auch Wilhelm Pressel dürfte die Stadt mehrfach besucht haben, als er für das Osmanische Reich die Bagdadbahn plante.

Derzeit liegen die Hauptwirkungsstätten deutscher Baumeister in Asien. Eine berühmte Ausnahme stellt jedoch Albert Speer junior dar, der derzeit in Katar ein Fußballstadion für die Weltmeisterschaft 2022 entwirft. Das Hamburger Architekturbüro Gerkan, Marg und Partner hat unter anderem den Erweiterungsbau des Chinesischen Nationalmuseums in Peking zu verantworten und der 1971 in Karlsruhe geborene Architekt Ole Scheeren arbeitet derzeit an Wolkenkratzern in Thailand und Malaysia, nachdem er die architektonisch äußerst ungewöhnliche Sendezentrale des chinesischen staatlichen Fernsehsenders CCTV fertiggestellt hat. All diese Bauwerke scheinen bezüglich Qualität und Zeitplan die Wünsche ihrer Auftraggeber zu erfüllen, ansonsten wäre die weltweite Nachfrage nach deutschen Baumeistern nicht so groß. *Bel*

Bröckelnder Leuchtturm

Hamburger Elbphilharmonie wird zum Millionengrab

Ein „Leuchtturm“ soll sie werden, ein kulturelles Wahrzeichen, ein Konzerthaus, das Hamburg in die erste Reihe der Kulturmetropolen der Welt katapultiert, ein Touristenmagnet. Doch bislang ist die Elbphilharmonie nichts als ein unvollendetes Bauwerk und Millionengrab.

Anfang 2003 traf der damalige CDU-Senat unter Ole von Beust, der das Projekt zu seiner persönlichen Angelegenheit machte, die Grundsatzentscheidung für den Bau eines Konzerthauses auf einem ehemaligen Hafenspeicher. Der Entwurf des Gebäudes, der die Errichtung eines gläsernen Aufbaus auf dem entkernten historischen Baukörper vorsieht, stammt von dem Schweizer Architekturbüro Herzog & de Meuron. Nach der ursprünglich für 2010 geplanten Fertigstellung soll das Bauwerk 26 Geschosse und eine Gesamthöhe von 110 Metern aufweisen und damit das höchste bewohnte Gebäude der Hansestadt sein. Neben drei Konzertsälen soll es ein Hotel, Gastronomieflächen, eine öffentlich zugängliche „Plaza“ sowie Eigentumswohnungen beherbergen.

Fachbeamte in den Hamburger Behörden warnten schon frühzeitig vor explodierenden Bau- und zu hohen Betriebskosten. Angesichts der allgemeinen Begeisterung in Politik und Öffentlichkeit für die Elbphilharmonie stießen sie jedoch auf taube Ohren. Wie berechtigt ihre Vorbehalte waren, zeigt die desaströse Entwicklung des Projekts. Wurde in den ersten Planungen

> Fertigstellung immer wieder in weite Ferne gerückt

noch von öffentlichen Kosten in Höhe von 77 Millionen Euro ausgegangen, beliefen sich diese bei Baubeginn im Frühjahr 2007 bereits auf 114 Millionen. Aktuell liegt der städtische Kostenanteil des mittlerweile auf eine halbe Milliarde Euro veranschlagten Projekts bei rund 325 Millionen. Ursache für die Kostenexplosion sind Änderungen an den ursprünglichen Plänen, permanente Nachforderungen des Generalunternehmers Hochtief, Bauverzögerungen durch Probleme bei der Errichtung der komplizierten Glaskonstruktion und der technischen Gebäudeausstattung sowie nicht weniger als rund 10 000 von der Stadt beanstandete Baumängel. Kritik gibt es nicht nur an der Baufirma, sondern auch an den Architekten, da bei ihnen der künstlerische Aspekt ungeachtet aller Kosten im Vordergrund stehe.

Der Vorschlag aus den Fachbehörden, sich endlich von Hochtief und dem Architekturbüro zu trennen, fand bei den Stadtvätern kein Gehör. Vielmehr verstärkte sich der Eindruck, sie ließen sich über den Tisch ziehen. Erst der seit Anfang 2011 regierende SPD-Senat verschärfte die Gangart gegenüber dem Baukonzern. Der Streit ist inzwischen so weit eskaliert, dass der Bau seit Ende vergangenen Jahres praktisch ruht. Erst nachdem die Stadt mit Kündigung der Verträge gedroht hatte, erklärte sich Hochtief kürzlich bereit, gemeinsam mit den Architekten ein Konzept für den weiteren Baufortgang vorzulegen. Laut dem vor einigen Tagen veröffentlichten Sachstandsbericht des Senats ist mit einer Fertigstellung der Elbphilharmonie frühestens 2015 zu rechnen. Eingeweihte gehen jedoch davon aus, dass der erste Ton in der Konzerthalle nicht vor Beginn des kommenden Jahrzehnts erklingt. *Jan Heitmann*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7534**

Profiteure im Überfluss

Da E10 für zu viele ein gutes Geschäft bietet, sind selbst gute Lobbyisten wie Greenpeace machtlos

Bio-Sprit schütze das Klima, sagen die einen. Bio-Sprit schade dem Klima, so die anderen. Seit geraumer Zeit geht dieser Streit bereits durch die Medien. Doch welche Motive treiben die Befürworter und Gegner von Bio-Sprit eigentlich an?

Eigentlich hätte man denken müssen, dass Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace und der BUND zu den Befürwortern des Bio-Sprits E10 gehören. Doch weit gefehlt. Sie verweisen darauf, dass E10 mitnichten das Klima schone, denn um die dafür nötigen Energiepflanzen wie Mais oder Zuckerrüben anzubauen, würden hierzulande weniger Lebensmittel angebaut, da es ja nur eine begrenzte landwirtschaftlich nutzbare Fläche gebe. Diese würden dann entweder anderswo angebaut, wo dafür Wälder abgeholzt würden, was dem Klima schade, oder sie würden fehlen, was den Hunger in der Welt vergrößere. Zudem sorge der Anbau der Energiepflanzen im großen Stil für Monokulturen, was den Boden auslauge und einen stärkeren Einsatz von Dünger zur Folge habe. Diese Positionen werden von Hilfsorganisationen wie der Welthungerhilfe geteilt, so dass man annehmen müsste, diese vielen Stimmen würden gehört. Doch weit gefehlt.

Hatte man bisher gerade Greenpeace perfekte Lobbyarbeit unterstellt und angenommen, sie würden bei Politik und Medien zumeist auf ein offenes Ohr stoßen, so zeigt der Fall des Bio-Sprits, dass dem nicht so ist. Offenbar gibt es Lobbys, die deutlich größeren Einfluss haben und die meisten Politiker so beeinflusst haben, dass diese – mit Ausnahme von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) – an E10 festhalten wollen, da es trotz guter Gegenargumente ihren Worten nach das Klima schütze.

Wer profitiert also am meisten vom Bio-Sprit? Als erstes fallen einem da natürlich die Landwirte ein, die dank E10 neben der Lebensmittelindustrie und -händlern nun weitere Abnehmer für ihre Produkte haben: die Mineralölkonzerne. Damit erhöht sich die Nachfrage und somit der Preis, den sie für ihr Produkt verlangen können. Und dass die von ihrer Lobbyarbeit im Vergleich zu Greenpeace und Co. deutlich unauffälliger auftretenden Landwirte durchaus erfolgreich sind, zeigt allein der Umstand, dass noch heute über 40 Prozent des EU-Budgets für die Förderung der Landwirtschaft vorgesehen sind, obwohl der Anteil dieser Branche am EU-Bruttoinlandsprodukt nur noch fünf Prozent (Deutschland zwei Prozent) beträgt.

Außer der Landwirtschaft verdienen auch Lebensmittelkonzerne an der gestiegenen Nachfrage nach Energiepflanzen. So wundert es nicht, dass Südzucker immer wieder betont, dass E10 keineswegs für Lebensmittelknappheit sorge und Niebels Forderung nach einer Aussetzung des Bio-Sprits-Verkaufs unnötig sei.

Mineralölkonzerne und Autobauer befürworten Bio-Sprit

Allerdings wurden 2011 2,1 Millionen der 16,7 Millionen Hektar Anbaufläche in Deutschland für Energiepflanzen verwendet wird, 2020 sollen es vier Millionen Hektar sein. Verdrängung von Lebensmittelpflanzen zugunsten Energiepflanzen ist angesichts des steigenden Flächenbedarfs nicht auszuschließen. Doch eine höhere Nachfrage steigert die Preise für die Produkte, das Land und übrigens auch den verstärkt benötigten Dünger, der bei ausgelaugten Böden aufgrund von einseitiger Bepflanzung notwendig wird.

Zu den Profiteuren von Bio-Sprit gehören auch noch die Autohersteller. Ihre Autos sollen weniger Kohlenstoffdioxid (CO_2) ausstoßen, da dies laut Ansicht der EU die von Brüssel unterstellte Klimaerwärmung bremse. „Den Autoherstellern ist es aber gelungen, mit der Anrechnung der Bio-Spritbeimischung den CO_2-Ausstoß ihrer Fahrzeugflotten zu senken, ohne sparsamere Autos anbieten zu müssen“, so Rüdiger Rosenthal, Pressesprecher des BUND auf *PAZ*-Anfrage.

Und auch wenn es manchen erstaunt, so zählen ebenfalls die Mineralölkonzerne zu den Profiteuren. Durch die zehnprozentige Beimischung von Bio-Sprit bei E10 sparen sie die begrenzten Erdöl-Ressourcen. Zudem können sie den Eindruck erwecken, umweltfreundlich zu sein, denn schließlich würden sie ja zumindest aus Sicht einiger mit E10 das Klima schonen. Auch kann man ihnen unterstellen, an E10 gut zu verdienen, da Super-Benzin an den Tankstellen nach Experten-Sicht nicht aufgrund höherer Herstellungskosten zwei Cent teurer ist. Es sieht eher so aus, dass Super-Benzin teurer gemacht wird, um den Absatz von E10 zu erhöhen. Da dies ganz im Sinne der Politik ist, toleriert sie stillschweigend die Methoden.

Die deutsche Politik profitiert offenbar gleich mehrfach von E10. Da der Bio-Sprit einen geringeren Wirkungsgrad als normales Benzin hat, muss der Käufer mehr tanken, woran der Staat über Steuern massiv mitverdient. Zudem erfüllt dieser mit E10 EU-Vorgaben. Zwar hat Brüssel nie direkt gefordert, dass Pkw mit Bio-Sprit fahren sollen, allerdings hat die EU verlangt, dass bis 2020 im Rahmen der eigenen Klimaschutzziele der Anteil an Biokraftstoffen am gesamten Energieverbrauch im Verkehr zehn Prozent betragen soll. Wie die jeweiligen EU-Länder das Ziel erreichen, war Brüssel egal. Auch Hybrid-Autos, effizientere Motoren oder Busse, die mit Bio-Sprit oder Wasserstoff fahren, hätte man anerkannt.

Berlin entschied sich für die Einführung von E10. Um jetzt noch andere Wege zur Erfüllung der Quote und zur Vermeidung von Strafzahlungen zu gehen, dürfte es zu spät sein. Und obwohl es gute Argumente gegen E10 gibt, werden diese von Brüssel wie Berlin ignoriert. Gute Argumente, die die gesamte Sinnhaftigkeit des Klimaschutzes nach EU-Art infrage stellen, werden sogar entsetzt bekämpft. Und so stehen Greenpeace, der BUND und die Welthungerhilfe mit Niebel allein auf weiter Flur. Da zu viele an E10 verdienen und die deutschen Autofahrer nach anfänglichem Widerstand wohl aufgrund der Preisunterschiede zwischen Super und E10 dieses nun doch vermehrt tanken, wird es den umstrittenen Kraftstoff noch weiter geben.

Rebecca Bellano



Auf verlorenem Posten: Protest gegen Bio-Sprit trifft bei der Politik auf geschlossene Ohren Bild: pa

MELDUNGEN



Erst Polizist, dann V-Mann

Erfurt – Nach einem Quellenbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 30. Juli 1999 habe ein Polizist aus der Polizeidirektion Saalfeld an Treffen des „Thüringer Heimatschutzes“ teilgenommen und mit den Rechtsextremen sympathisiert. Der Beamte Sven T. sei „national“ eingestellt gewesen und habe den in der Gruppe engagierten Enrico K. mehrfach telefonisch vor Polizeiaktionen gewarnt. Obwohl das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz von dem Verrat Kenntnis erhielt, geschah offenbar nichts. Später wurde Sven T. zum Verfassungsschutz versetzt und habe von 2010 bis zum Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 4. November 2011 in Eisenach und dem Auffliegen des „NSU“ als V-Mann-Führer in der Szene gearbeitet, räumte das Thüringer Innenministerium ein. *CR*

Forderung nach Testverbot

Köln – Der Vorsitzende der Juristen-Vereinigung Lebensrecht e. V. (JVL) in Köln, Bernward Büchner, hat abermals ein Verbot des Bluttests auf Trisomie 21 gefordert. Ein solches Verbot sei nach dem Medizinproduktegesetz sehr wohl möglich. „Der Lebensschutz des Embryos hat Vorrang vor dem Informationsinteresse der Eltern“, sagte der ehemalige Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht Freiburg. Der Test diene einzig und allein dem Zweck, bei einem ungeborenen Menschen eine Trisomie 21 festzustellen oder auszuschließen und im ersteren Fall den Embryo wegen seiner Behinderung zu töten. Ohne ein Verbot des umstrittenen Bluttests könne nämlich die Gefährdung der Embryonen mit Down-Syndrom nicht verhindert werden. Seit Mitte August ist das Verfahren auch in Deutschland auf dem Markt. Kritiker warnen schon lange vor einer routinemäßigen Selektion Behinderter. *CR*

Eintreiber unter Beschuss

Doch: Schlüssige Klagen gegen GEZ und Gema offenbar chancenlos

Der gesetzlich verordnete Gebühreneinzug durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) und die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (Gema) kommt erneut in Verruf. Beim Verfassungsgerichtshof ist vor dem Inkrafttreten der neuen Rundfunkgebührenordnung am 1. Januar 2013 eine Klage aus Passau anhängig. Zeitgleich werden die Praktiken beim Urheberrecht und der starke Einfluss großer Unternehmen auf die Verwertungsgesellschaft Gema von einem Universitätsprofessor aus München strukturell mit denen der Mafia verglichen.

Nach dem neuen Gesetz sollen alle Haushalte und Betriebe eine monatliche Pauschalabgabe bezahlen, unabhängig davon, ob sie Fernseher, Radios, internetfähige Computer oder Smartphones besitzen. Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Passau Emano Greuer sieht in dem Regelwerk eine Ungleichbehandlung zahlreicher Bürger wie Studenten und Rentner oder bestimmter Betriebe. Für solche Rundfunknutzer ergebe sich eine erhebliche und ungerechtfertigte Steigerung der Abgaben. So betrage die Gebühr für einen Internetanschluss derzeit 5,76 Euro, in Zukunft durch den Pauschalbetrag auch für Bürger, die nur einen Laptop, aber keine Rundfunkgeräte haben, wie etwa viele Studenten, satte 17,98 Euro. Konnte früher durch den Ausbau des Autoradios eine Verringerung der Abgabe erreicht werden, so sei dies in Zukunft nicht mehr möglich. Bei Betrieben mit großem Fuhrpark schlage das erheblich zu Buche. Durch die Weitergabe von Wohnortadressen von Seiten der Einwohnermeldeämter entstehe außerdem ein bedenkliches zweites Melderegister.

Ungleichbehandlung durch die neue Abgabe

Seine Hoffnung, dass die GEZ abgeschafft werde, so Greuer, habe sich leider zerschlagen. Im Gegenteil, sie stocke gerade die Zahl ihrer Mitarbeiter auf. Tatsache ist, dass die GEZ auch mit zweifelhaften Methoden arbeitet, so erhalten beispielsweise Versicherungsvertreter Kopfprämien, wenn sie nach dem Hausbesuch Geräte an die GEZ melden.

Der Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität München, Professor Thomas Hoeren, verglich in einem Interview die Praxis der Gema mit Methoden der Mafia. Die Verwertungsgesellschaft reagierte mit einer Abmahnung. Dennoch bleibt der streitbare Jurist bei seiner Behauptung, dass sich die Gema nicht an europäisches Recht halte.

Als Beispiel führt er die europäische Rechtsprechung an, dass beispielsweise die Wiedergabe von Musik in einer Zahnarztpraxis keine öffentliche Wiedergabe im Sinne der internationalen Verträge sei. Die Gema aber gehe davon aus, dass der Urteilsspruch sich nur auf Italien beschränkt.

Der Konzertveranstalter Magnetic Music in Reutlingen beispielsweise bemängelt, dass er bei seinen irischen Konzerten regelmäßig von der Gema abkassiert wird, seine irischen Musiker indes bis zum heutigen Tag und seit Jahren noch keinen müden Cent erhalten hätten. Musiker und Veranstalter seien „Sklaven der Gema“, während die großen Plattenfirmen reichlich profitierten, prangert Geschäftsführer Petr Pandula bei jeder Veranstaltung coram publico diese Praxis an. *Joachim Feyerabend*

Hamburg: Geteiltes Echo

Staatsvertrag mit Moslemgruppen – Einige Länder wollen mitziehen

Die Hamburger Staatsverträge mit muslimischen und auch alevitischen Gruppen haben in den anderen Bundesländern ein unterschiedliches Echo ausgelöst. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) zeigt sich angetan vom Hamburger Vorstoß und will „prüfen, ob wir ihn nicht auch gehen können“. Ähnliche Signale kamen aus dem grün-rot regierten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (SPD/Grüne).

Ablehnend äußerten sich Hessen und Bayern. Niedersachen erklärte, man habe viel von dem, was Hamburg nun in einem Staatsvertrag festschreibe, bereits in Angriff genommen oder geklärt. Ähnliches ließ die nordrhein-westfälische Landesregierung verlauten. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sehen keinen Bedarf, da die muslimischen Gemeinden bei ihnen viel zu klein seien.

Damit scheint der Wunsch von Hamburgs SPD-Bürgermeister Olaf Scholz, mit dem Staatsvertrag eine Vorreiterrolle zu spielen, zumindest teilweise in Erfüllung zu gehen. Der Hamburger Vertrag räumt den islamischen Gruppen eine Reihe von neuen Privilegien ein, die am Ende sogar dazu führen könnten, dass christliche Schüler Religionsunterricht auch von muslimischen Lehrern erhalten können. Die bundesweite Debatte konzentrierte sich indes vor allem darauf, dass mohammedanische Schüler künftig an drei islamischen Feiertagen jährlich freinehmen können. Daneben wird den islamischen Gruppen auch eine Mitsprache bei der Besetzung von Lehrstühlen für Islam an Hochschulen eingeräumt, auch an den Lehrinhalten sollen sie mitwirken.

Keine Entsprechung in den muslimischen Ländern

Zudem will sich Hamburg laut Vertrag „dafür einsetzen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die privaten Rundfunkveranstalter den islamischen Religionsgemeinschaften angemessene Sendezeit zum Zwecke der Verkündigung und Seelsorge sowie für sonstige religiöse Sendungen gewähren“. Auch verpflichtet sich der Hamburger Senat, „darauf bedacht zu sein, dass in allen Rundfunkprogrammen die sittlichen und religiösen Überzeugungen ... der muslimischen Bevölkerung geachtet werden“. Zu guter Letzt will sich Hamburg dafür einsetzen, dass die islamischen Gruppen „angemessen“ in den Rundfunkräten, also den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Sender, vertreten seien.

Um dem Eindruck von allzu großem einseitigen Entgegenkommen zu zerstreuen, haben sich auch die Islamverbände einige Verpflichtungen auferlegt. Kritiker merken jedoch an, dass es sich hierbei lediglich um Selbstverständlichkeiten handele (Unantastbarkeit der Menschenwürde, Bekenntnis zur Religionsfreiheit und zur Gleichberechtigung von Mann und Frau), die für jeden Bewohner Deutschlands qua Grundgesetz ohnehin verbindlich seien.

Zudem wird moniert, dass dem Hamburger Vertrag und vermutlich folgenden Abkommen kaum etwas Vergleichbares in muslimisch dominierten Ländern gegenübersteht. Während die Rechte muslimischer Verbände in vorwiegend christlichen Ländern Zug um Zug ausgebaut würden, verschärfe sich in vorwiegend islamischen Ländern vielmehr die Verfolgung von nichtmuslimischen Minderheiten, vor allem von Christen. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Roma-Lager geräumt

Paris – Die erneute Räumung eines Roma-Lagers hat in Frankreich für Widerspruch gesorgt. Bereits unter der Regierung von Nicolas Sarkozy waren Roma aus ihren unangemeldeten Lagern durch Polizisten vertrieben worden. Der konservative Sarkozy war für die von ihm gedeckten Aktionen massiv verurteilt worden. Für die jetzigen Räumungen zeichnet Innenminister Manuel Valls verantwortlich. Er gehört der neuen sozialistischen Regierung von Fançois Hollande an. Vor allem weil die sanitären Verhältnisse in dem Lager in Lyon „unerträglich" waren, so Valls, ließ er es räumen. *Bel*

Mord im Auftrag der USA?

Nairobi – Muslimische Organisationen in Kenia machen ihre Regierung für die Ermordung des radikalislamistischen Predigers Aboud Rogo Mohammed verantwortlich. Bei USA und Uno stand Mohammed im Verdacht, Geld und Kämpfer für die radikalislamische Al-Shabaab-Miliz in Somalia zu sammeln. *Bel*

Wieder Lira statt Euro

Rom – Der Generalsekretär der Lega Nord, Roberto Maroni, hat in der Tageszeitung „La Repubblica" angekündigt, dass seine Partei vorschlagen wird, am Tag der italienischen Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr zusätzlich ein nichtbindendes Referendum über die Euro-Mitgliedschaft Italiens abzuhalten. Bereits im Jahr 2005 hatte Roberto Maroni, damals Arbeits- und Sozialminister in der Regierung Silvio Berlusconis, mit der Forderung nach Rückkehr Italiens zur Lira für Schlagzeilen gesorgt. *N.H.*

Ukraine vor der Richtungswahl

Russisch als regionale Amtssprache durchgesetzt – Diskussion um Föderalismus-Reform spaltet das Land

Am 28. Oktober wählen die Ukrainer ihr neues Parlament. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen von Präsident Janukowitschs „Partei der Regionen" mit der Opposition kündigt sich an. Julia Timoschenko gilt immer noch als prominenteste Oppositionsführerin, doch neben ihr treten neue politische Akteure auf. Experten sprechen von einer bevorstehenden Richtungswahl, welche das Land zu spalten droht.

In den Umfragewerten spiegelt sich die Unzufriedenheit der Ukrainer mit ihrer Regierung wider: Die Werte sinken stetig. Fehlende Arbeitsplätze, die schwächelnde Wirtschaft, Korruption und das rigide Vorgehen gegen Oppositionelle sind Themen, die den Menschen am meisten auf der Seele brennen.

Julia Timoschenko rüstet als derzeit prominenteste Oppositionspolitikerin aus dem Gefängnis heraus noch einmal zum Kampf. Obwohl sie nicht zur Wahl zugelassen wurde, ist sie die Galeonsfigur der vereinigten Opposition „Vaterland". Sie ruft zum Sturz Janukowitschs auf. Die Umfragewerte beider Lager liegen zurzeit bei 25 Prozent. Ob es zum Sturz des Präsidenten kommt, hängt von den Kandidaten der übrigen Parteien – und dem Einfluss von außen – ab. Der ukrainische Soziologe Jewgenij Kopatko hält den Einzug von vier bis fünf Parteien ins Parlament für möglich: Janukowitschs „Partei der Regionen", Timoschenkos Bündnis „Vaterland", Klitschkos „Udar"-Partei, die Viktor Juschtschenko nahestende „Unabhängige Ukraine" und Natalja Korolewskas Partei „Ukraine vorwärts".

Boxlegende Vitalij Klitschko genießt, nicht zuletzt, weil er finanziell unabhängig ist, Vertrauen in der Bevölkerung. Er könnte laut Umfragen elf Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Zur Opposition hielt er stets Distanz, Kritiker werfen ihm allerdings vor, dass er bei wichtigen Entscheidungen immer die Position der Regierung unterstütze. Fraglich ist bis jetzt, welche Rolle die aus der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei (USPD) kommende 37-jährige Politikerin Natalja Korolewska spielt. Viele halten sie für einen unglücklichen Versuch, Timoschenko zu kopieren. Ihr wird vorgeworfen, dass sie von denselben Leuten finanziert wird wie die Regierungspartei. Die Tatsache, dass über Nacht das ganze Land mit Wahlplakaten mit dem Konterfei der schönen Ukrainerin übersät war und sie oft im Fernsehen zu sehen ist, spricht für das Gerücht, dass der Oligarch Rinat Achmetow zu den Geldgebern zählt. Der Politologe Wladimir Fesenko glaubt, dass einflussreiche Geschäftsleute sich auf die Popularität Korolewskas verlassen, um der Opposition Stimmen zu entziehen. Korolewskas politische und geschäftliche Kontakte als ehemalige Gebietspolitikerin von Lugansk wollte sich auch der Block Julia Timoschenko (BJuT) zunutze machen. Über die Timoschenko-Liste wurde Korolewska 2007 ins Parlament gewählt. Sie zählte schon damals zu den zehn reichsten Menschen der Ukraine. Im März dieses

Politiker im Interessenkonflikt von Westen und Osten

Jahres wurde sie aus der Partei ausgeschlossen. Man warf ihr vor, mit Janukowitschs Umgebung zu paktieren. Seitdem geht Korolewska eigene Wege. Die USPD erhielt den Namen „Ukraine vorwärts". Ihre Chancen liegen bei fünf Prozent Stimmenanteil. An Korolewskas Seite kandidiert der prominente Fußballer Andrej Schewtschenko.

Größere Bedeutung für die Einheit der Ukraine als neue Parteien dürfte nach der Beilegung des Sprachenstreits die Forderung der Regionen nach mehr Unabhängigkeit haben. Als am 3. Juli das ukrainische Parlament grünes Licht für die Zulassung der russischen Sprache als regionale Amtssprache gab, hatten nur Tage später bereits 13 Regionen, fast die Hälfte der Ukraine, Russisch als Amtssprache eingeführt. Während die Verabschiedung des Sprachengesetzes aus Sicht der EU ein Fortschritt ist, da es der Europäischen Charta für Regionalsprachen und Minderheitenrechte entspricht, polarisiert das Thema die Ukraine. Viele fürchten eine schleichende Russifizierung, die das Land entlang der Sprachengrenze zwischen West- und Ostukraine zu spalten droht.

Einige Regionen fordern nun auch größere politische Unabhängigkeit. Viktor Medwedschuk von der Bürgerbewegung „Ukrainische Wahl" hatte vor kurzem einer Expertengruppe in Kiew vorgeschlagen, über die Ukraine als Föderation zu beraten; an deren rundem Tisch nahm er dann jedoch nicht teil, weil er auf der Krim mit seinem alten Bekannten Wladimir Putin verabredet war. Kiewer Experten gehen davon aus, dass die Föderalismus-Diskussion von russischer Seite angeschoben wurde. Der Politologe Dmitrij Taran ist überzeugt, dass Putin über Medwedschuk versucht, Janukowitschs Mannschaft zu schwächen, damit er auf die ukrainische Politik Einfluss nehmen könne.

Die Krim dient beiden Ländern als Druckmittel. Erst im Frühjahr hatte Janukowitsch einer Verlängerung des Vertrags über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte gegen ein Entgegenkommen beim Gaspreis zugestimmt. Das Damoklesschwert einer Separatismusbewegung auf der Krim schwingt dabei mit und die damit verbundene Furcht Janukowitschs, dass andere Regionen angesteckt werden könnten. Putins Drängen nach einer Beteiligung der Ukraine an der Eurasischen Union zeigt erste Erfolge: In Moskau führte der ukrainische Minister für Wirtschaftsentwicklung Andrej Slepnjow Gespräche mit Vertretern der Euroasiatischen Wirtschaftskommission, bei denen es um eine Zusammenarbeit mit der Ukraine ging. *M. Rosenthal-Kappi*



Neue „Dame" im Spiel: Natalja Korolewska kandidiert mit Fußballnationalstar Andrej Schewtschenko Bild: imago

Null-Euro-Jobber

Britischer Umgang mit Arbeitslosen

In der heutigen Zeit entscheiden Gerichte, wo zumutbare Arbeit endet und Zwangsarbeit beginnt. Zwei arbeitslose Briten haben gegen die britische Regelung, die die Pflichten von Leistungsempfängern bestimmt, geklagt. In Großbritannien können Arbeitslose von den Behörden dazu verpflichtet werden, ohne Lohn bis zu sechs Monate in einem Unternehmen zu arbeiten. Wird dies von den Arbeitslosen verweigert, wird ihnen die Unterstützung gestrichen. Die zwei Kläger sehen sich in dieser Regelung in ihren Menschenrechten verletzt, da dieses zu Zwangsarbeit führe. Das zuständige Gericht folgte der Argumentation der Kläger nicht und wies die Klage zurück.

Das als „Workfare" bezeichnete Modell der Gegenleistung für staatliche Unterstützung fungiert in Deutschland unter dem Namen „Ein-Euro-Job". In Deutschland erhalten Arbeitslose nicht nur einen Geldbetrag für ihre Arbeit, auch sollen gesetzliche Bestimmungen eine Ausbeutung verhindern. In Großbritannien wird die Zahlung von Arbeitslosengeld als Gegenleistung für diese Arbeit angesehen und die Vermittlung ist nicht in öffentlicher Hand. Dies führt dazu, dass dieses Modell unerwünschte Auswüchse entwickelt. Eine der Klägerin musste 30 Stunden die Woche sechs Monate lang ohne Bezahlung in einem Supermarkt Boden wischen und Regale einräumen.

Die von privaten Firmen vermittelten Arbeitslosen sind besonders bei Firmen wie der Ladenkette Poundland beliebt. Poundland hat zum Mindestlohn beschäftigten Mitarbeitern gekündigt und sie durch Arbeitslose des „Workfare"-Modells ersetzt – da diese günstiger sind und damit der Unternehmensprofit gesteigert werden kann.

Arbeitslose zur Profitsteigerung

Die privaten Vermittler haben sich verpflichtet, mindestens fünf Prozent der Arbeitslosen eine feste Stelle zu vermitteln. Derzeit schaffen sie gerade einmal dreieinhalb Prozent. Eine von der britischen Regierung beauftragte Studie kommt zu dem Ergebnis: „Workfare ist nicht effektiv und hindert Menschen teilweise sogar an der Arbeitssuche." Dies hindert aber niemanden in Großbritannien, neue Quellen billiger Arbeitskräfte zu erschließen. Eine walisische Haftanstalt stellt einem Call-Center ihre Insassen zur Verfügung – für drei Pfund Stundenlohn. *S.G.*

Auf die Alten kommt es an

Floridas Wähler sind wankelmütig – Demokraten wie Republikaner werben um Senioren

In der tropischen Hitze von Tampa, Florida, tagte in dieser Woche der Parteitag der Republikaner. Ein patriotisches Szenario in Blau-Weiß-Rot mit Sternen und Elefanten in allen Formen empfing die Tausende von Delegierten samt Familien, Ehrengästen und Presse zu der traditionellen gigantischen Show vor der Wahl (die Demokraten folgen ab Labour Day, 3. September, in North Carolina). Kein anderes politisches Ereignis bietet den Parteien die Gelegenheit, vor einem Millionen-Publikum über Fernsehen und Internet Einheit zu demonstrieren, ihre Botschaft zu verkünden und ihre Kandidaten zu verkaufen. Vor vier Jahren sahen mehr Fernsehzuschauer die Rede des jetzigen US-Präsidenten Barack Obama als das Finale von „American Idol" oder die Olympischen Spiele von Peking. Das Volk macht sich von den Parteitagen und den Reden der Kandidaten ein oftmals entscheidendes Bild für die Wahl.

Nachdem Mitt Romney weitgehend bekannt ist, ruht das Interesse diesmal auf dem Mann, den er sich erst kürzlich als sein „Running Mate" für die Vize-Präsidentschaft erkoren hat: dem Kongressabgeordneten von Minnesota und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus, Paul D. Ryan (49). Der athletische, erzkonservative Liebling der Tea Party soll Dynamit in die oft steifen Auftritte von Romney bringen. „Comeback Team" nennen sie sich jetzt, etwas voreilig, und gehen bereits voll in die Attacke. Ihre erste Station war Florida, der größte sogenannte Swing-Staat, in dem bei jeder Wahl alles möglich ist, da die Mehrheit der Wähler nicht auf eine Partei festgelegt ist. Florida hat den größten Bevölkerungsanteil über 65 Jahren und – neben seinen glanzvollen Badeorten – viele Menschen, die auf soziale Hilfe angewiesen sind. Florida zu gewinnen gilt für Romney als Muss. Wenn er dort verliert, sieht es schlecht aus. Obama gewann Florida das letzte Mal mit 65 Prozent. Damit das nicht wieder passiert, hat das „Comeback Team" unter Führung von Ryan die Wahlthemen Jobs und Wirtschaft in den Hintergrund gedrängt und sich auf Obamas Gesundheitsreform, „Obamacare" genannt, gestürzt. Um diese war es etwas still geworden, nachdem sie 2010 im Kongress als Gesetz durchgekommen und im Mai der vor dem Obersten Gerichtshof gelandete republikanische Einspruch abgeschmettert worden war.

Das Gesundheitssystem ist ein wunder Punkt

Medicare ist das Krankensozialprogramm der Regierung für Senioren, Arme und Behinderte. Es wird finanziert aus einem Trust-Fonds. Damit Medicare nicht den US-Haushalt belastet, wurden auf Vorschlag des Weißen Hauses für die nächsten Jahre Kürzungen in Höhe von 716 Milliarden US-Dollar beschlossen. Diese werden jedoch nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen, vielmehr werden Zuschüsse gekürzt für Versicherungen, Hospitäler, Heime und ähnliche, die Medicare-Patienten betreuen. Dies geschah mit deren Zustimmung, da durch die Gesundheitsreform 30 Millionen zuvor unversicherte Patienten bei Notfällen nicht mehr kostenlos behandelt werden müssen. Die Kürzungen wurden auch dank der Unterschrift des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses wirksam, sprich Paul Ryan. Dieser legte gleichzeitig einen eigenen Budgetplan vor, den jetzt vielzitierten Ryan-Plan, der neben dem staatlichen Versicherer Medicare auch private Anbieter vorsieht.

Ja, und da beginnt für die Wähler die Verwirrung. Romney, der eigentlich gegen „Obamacare" ist, will die alten und armen und vor allem wichtigen Wähler in Florida für sich gewinnen und stellte deswegen in Aussicht, die Kürzung rückgängig zu machen, wenn er ins Weiße Haus einzieht. Und Ryan? Der stimmt, den Vize-Präsidenten-Job vor Augen, dem notgedrungen zu.

Jedoch: Nach Einschätzung der Finanzexperten des Trust-Fonds verschaffen die Kürzungen dem Fonds acht weitere defizitfreie Jahre bis 2024. Ein Verzicht auf die Kürzungen würde hingegen den früher oder später vor dem finanziellen Kollaps stehenden Fonds bereits nach vier Jahren ins Defizit stürzen, so die Experten. Und was nun Ryans Reformvorschläge betrifft, so würden diese nach einer Untersuchung des überparteilichen „Congressional Budget Office" selbst mit den 716 Milliarden Einsparungen den US-Haushalt nicht vor 2040 ausbalancieren.

Ist Paul Ryan Gewinn oder Achillesferse für Romney? „Er bringt Zündstoff in die Kampagne. Seine Jugend, sein Schwung ....", so Sheila Ferguson, Krankenhaus-Managerin in Miami. „Die vergraulen uns mit ihrer Medicare", klagt hingegen Schuldirektor Rick Jones. Am 6. November wissen wir es. *Liselotte Millauer*

Leichte Beute für Sozialisten

Niederlande leiden unter Wirtschaftskrise – Linke Euro-Gegner auf dem Sprung zur Macht

Bei den vorgezogenen niederländischen Parlamentswahlen am 12. September könnte zum ersten Mal die einst streng maoistische „Socialistische Partij" zur stärksten politischen Kraft werden. Gelingt ihr die Regierungsübernahme, dann droht Deutschland der Verlust eines der letzten Verbündeten in der Euro-Zone.

Auf unliebsame Überraschungen kann sich dann allerdings auch die EU-Kommission gefasst machen, denn Emile Roemer, der Spitzenkandidat der niederländischen Sozialisten (SP), schließt Euro-Bonds absolut aus. Die einst linksextrem-maoistische SP hat erstmals die Chance, stärkste politische Kraft in den Niederlanden zu werden. Bei Umfragen zu den Wahlen am 12. September kommen die Sozialisten auf 36 von insgesamt 150 Sitzen. Die bisher führenden Liberalen von Ministerpräsident Mark Rutte stagnieren bei 32 Mandaten. Mit Verlusten muss Geert Wilders mit seiner Partei für die Freiheit (PVV) rechnen, er kommt bei den Umfragen nur noch auf 18 Sitze (aktuell 24). Wilders Schwenk weg vom ausschließlichen Fokus auf Einwanderungsfragen und Islamisierungskritik hin zu einem EU-kritischen Kurs scheint für viele Wähler zu spät zu kommen. Im Zeichen der Euro-Krise wird das Original gewählt: die SP. Sie war ebenso gegen die Einführung des Euro wie im Jahr 2005 gegen die EU-Verfassung. Als vor der Sommerpause im Parlament über den Euro-Rettungsfonds ESM abgestimmt wurde, war es wiederum die SP, die mit Nein stimmte. Über den EU-Fiskalpakt soll nach den Vorstellungen der SP das Volk in einem Referendum abstimmen.

Auf Gegenwind wird sich allerdings nicht nur Brüssel einstellen müssen. Der Bundesregierung droht einer der wenigen verbliebenen Verbündeten innerhalb der Euro-Gruppe abhandenzukommen. Bisher lag der niederländische Regierungschef Mark Rutte in vielen Fragen auf einer Wellenlänge mit Merkel. Roemer will hingegen, anders als der noch amtierende Rutte, erst im Jahr 2015 das Haushaltsdefizit unter die Drei-Prozent-Grenze drücken. In Bezug

Euro-Kritik von Geert Wilders für viele nicht authentisch

auf die EZB gleicht die Haltung der SP der von Frankreichs Präsident François Hollande: Die Zentralbank soll für die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen sorgen, so die Vorstellung der SP.

Ob die Forderungen eins zu eins umgesetzt werden, kann bezweifelt werden: Im Haager Parlament sind üblicherweise neun oder zehn Parteien vertreten. Um eine Regierung auf die Beine zu stellen, werden eine zerbrechliche Koalition von fünf oder sogar sechs Parteien und eine Vielzahl von Kompromissen nötig sein. Egal, wer nach dem 12. September die Regierungsgeschäfte übernehmen wird, an Konfliktpotenzial herrscht kein

Es drohen massive Ausfälle bei Immobilienkrediten

Mangel. In den Niederlanden steigt die Arbeitslosenquote wieder an. Erstmals seit über zehn Jahren wurde wieder die Sechs-Prozent-Marke überschritten. Zusätzlich laufen die Kosten des Gesundheits- und Rentensystems immer mehr aus dem Ruder. Zur eigentlichen Herausforderung könnte sich allerdings die Krise auf dem Immobilienmarkt entwickeln. Angeheizt durch niedrige Zinsen und eine Regelung, bei der die Hypothekenzinsen von der Steuer abgesetzt werden können, sind die Häuserpreise seit 1990 explodiert. Seit 2008 fallen die Preise und Kreditnehmer, Banken und die Bauwirtschaft sehen sich massiven Problemen gegenüber. Der niederländische Immobiliensektor werde in eine ähnliche Krise geraten wie die Branche in Spanien, so lautet die Warnung, mit der unlängst der größte Baukonzern des Landes, die Royal BAM, für Aufsehen sorgte. Der Bauriese geht nicht davon aus, dass sich die Lage in den nächsten Jahren bessert, stattdessen wird mit einem weiteren Rückgang der Preise um nochmals bis zu 15 Prozent gerechnet. BAM selbst hat bereits ein Viertel des Wertes seines niederländischen Grundbesitzes und seiner Immobilienprojekte abgeschrieben.

Was auf die niederländischen Banken zukommen könnte, machen jüngst veröffentlichte Zahlen des Finanzdienstleister SNS Reaal deutlich: Die notleidenden Immobilienkredite von SNS Reaal haben in der ersten Jahreshälfte um 38 Prozent auf 1,33 Milliarden Euro zugenommen. Nicht mehr bediente Hypotheken machen inzwischen 42 Prozent aller offenen Darlehen der Bank aus.

Betroffen sind aber nicht nur die Banken: Bei einem Gesamtvolumen von 640 Milliarden Euro an Hypothekenschulden haftet der Staat für 140 Milliarden Euro. Längst ist die Immobilienkrise auch zum Wahlkampfthema geworden, das für viele Niederländer sogar wahlentscheidend sein dürfte. Während Amtsinhaber Mark Rutte künftig generell die Steuernachlässe bei der Immobilienfinanzierung begrenzen will, haben Roemers Sozialisten einen Vorschlag im Angebot, der auf viele Wähler sehr verlockend wirkt: Nur die steuerliche Förderung für große Immobilienkredite soll gestrichen werden. *Norman Hanert*



Sieht sich bereits als Sieger: Der Sozialist Emil Roemer Bild: laif

KURZ NOTIERT

Schädliche Subventionen: Die hohen Subventionen für chinesische Solarmodulhersteller bringen nicht nur die westliche Konkurrenz in Zahlungsschwierigkeiten, auch in China selbst leiden zahlreiche Produzenten. Da nicht alle Unternehmen gleich subventioniert werden und die mögliche Produktion doppelt so groß ist wie die weltweite Nachfrage, sorgen mangelnde Umsätze und Auslastung für finanzielle Engpässe. Laut „Spiegel" hat der chinesische Solarmodulhersteller LDK seit Mai keine Löhne mehr an seine Mitarbeiter zahlen können. *Bel*

Billigwein aus Europa: Chinesische Weinbauern fordern von Peking Maßnahmen gegen die Billigkonkurrenz aus Europa. EU-Subventionen würden es vor allem Spaniern ermöglichen, ihre Weine zu Dumpingpreisen auf dem chinesischen Markt zu verkaufen. *Bel*

Schwellenländer als Vorbild für Europa: Die Euro-Krise hat dazu geführt, dass Konsumgüterkonzerne ihre Produktpalette umstellen. Ihre Erfahrungen in Schwellenländern wie Indonesien hätten gezeigt, wie man auch in Ländern mit geringen privaten Haushaltseinkommen die eigenen Produkte verkauft, so der Europa-Chef von Unilever, Jan Zijderveld. Da ein spanischer Durchschnittshaushalt inzwischen nur noch 17 Euro pro Einkauf zur Verfügung hat, dürfe ein Waschmittel nicht gleich die Hälfte des Budgets verbrauchen. Daher wird jetzt auf kleinere Packungen umgestellt, die zwar nur Waschmittel für wenige Waschgänge haben, dafür aber günstiger sind. *Bel*

Deutschland gegen Mega-Bankenaufsicht: Pläne der EU-Kommission, eine europäische Bankenaufsicht für alle 6000 Banken in der Euro-Zone zu etablieren, stoßen in Deutschland auf Ablehnung. Einem Bericht des „Handelsblatts" zufolge favorisieren Vertreter deutscher Genossenschaftsbanken und Sparkassen, aber auch die Bundesregierung eine EU-Bankenaufsicht, die nur für etwa 25 Institute zuständig ist, deren Schieflage das Finanzsystem gefährden würde. *N.H.*

Von der Pleite in die Pleite

Bau von Windrädern sollte Werften retten, doch die Nachfrage stockt

Die Windenergie vor der Küste kommt wegen fehlenden Netzausbaus nicht beim Verbraucher an. Nun soll der zentrale Beitrag zur Energiewende dank neuer Haftungsregeln bei verzögertem Netzanschluss doch gelingen. Darauf einigte sich die Bundesregierung vergangene Woche. Mit der Klärung der Frage, wer für den verschleppten Ausbau zahlt, ist der Mangel indes nicht behoben. Die Verzögerungen bedrohen Investoren, Werften und Zulieferer, gerade während sie durch Umstrukturierung aufgrund der Energiewende besonders verwundbar sind.

Viele Zulieferer und Werften haben in Erwartung deutlich steigenden Windenergiebedarfs vom Bau von Schiffen auf Windanlagen umgesattelt. Der klassische Bau von Containerschiffen ist in der aktuellen Schifffahrtskrise ohne Chance. Die Verzögerungen beim Stromnetzausbau als Nadelöhr der Energiewende belasten nun die küstennahe Wirtschaft. In Niedersachsen droht deswegen der Verlust von Arbeitsplätzen: Cuxhaven Steel Construction (CSC) zieht die Notbremse und kündigt bis Jahresende 200 Beschäftigten. „Bis Ende des Jahres sind bei CSC in Cuxhaven alle entlassen. Dann verliert die Region hochqualifizierte, für den Offshore-Bereich ausgebildete Fachkräfte. Die sind nicht so schnell zu ersetzen", sagt die niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Daniela Behrens. Gut 114 Millionen Euro öffentliche

»Grüne« Jobs schon wieder vor dem Aus

Investitionen in den Windstandort Cuxhaven könnten umsonst gewesen sein.

Die P+S Werften im strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern sind allerdings trotz voller Auftragsbücher bereits nicht mehr zu retten. Sie hatten sich unter anderem auf Spezialschiffe für Offshore-Windräder ausgerichtet. Die Umstrukturierung misslang. Gut 1800 Arbeitsplätze sowie tausende bei Zulieferern stehen vor dem Aus.

Auch der Windanlagenbauer Siag Schaaf in Emden, die einstige Werft Nordseewerke, gab für 2011 tiefrote Zahlen bekannt. Laut dem Konzern waren „Verzögerungen bei der Projektabwicklung" schuld. Der Zahlungsunfähigkeit folgte die Insolvenz. Das Unternehmen hatte in besonderem Maße Kleinanleger an der Börse in die Finanzierung der neuen Anlagen eingebunden.

Mit der Pleitewelle drohen weitere Verzögerungen bei der Energiewende. Zumindest aber entstehen kaum neue „grüne" Jobs, sondern es gehen im Gegenteil klassische Arbeitsplätze verloren. Auch die Hamburger Sietas-Werft wollte sich mit dem Spezialschiffbau aus der allgemeinen Krise der Branche manövrieren. Der Konzern wurde im Frühjahr zerschlagen.

Zwar tragen manche Werften durch zu spätes Reagieren auf die Schiffbaukrise eine erhebliche Mitschuld, doch der versprochene Aufschwung dank Windenergie flaut aufgrund vieler Verzögerungen beispielsweise bei der Kabelauslieferung bereits wieder ab. Andere Werften klagen, der Anschluss an den modernen Schiffbau drohe Deutschland wegen der Umstrukturierung auf Ausrüstungstechnik verlorenzugehen. *Sverre Gutschmidt*

Warum Weidmann stört

Welttreffen der Notenbanker: Vereinte Front gegen die Bundesbank

Dieses Wochenende treffen sich die wichtigsten Notenbanker der Welt in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming. Um einen wird es in dem abgelegenen Städtchen einsam sein: Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Mit seiner wiederholten Ablehnung des Ankaufs staatlicher Anleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich der Deutsche weltweit Feinde gemacht. Weidmann nennt solche Ankäufe „Staatsfinanzierung mit der Notenpresse", welche die Gefahr von Inflation berge.

Selbst die deutsche Kanzlerin mag ihm da nicht folgen. Nachdem der 44-Jährige im „Spiegel" erneut vor dieser Art der Staatsfinanzierung gewarnt hat, wurde Angela Merkel im „Sommerinterview" um eine Stellungnahme gebeten: Sie wich aus, unterstrich die Bedeutung der Bundesbank, sagte aber nichts zu Weidmanns Äußerungen.

Besonders unbeliebt ist der Präsident der Bundesbank bei den ehemaligen europäischen Weichwährungsländern. Doch auch US-Präsident Barack Obama und etliche Ökonomen in den USA und Europa gehen auf Distanz zu dem widerspenstigen Deutschen. In der Summe kann der Anschein entstehen, als stünde Weidmann allein gegen den versammelten Sachverstand der Erde.

Das Bild der Eintracht aus überlegenem Sachverstand zerfällt jedoch beim Blick auf die konkreten Motive, welche die einzelnen Akteure antreiben. Die ehemali-

Auch Merkel ist der Währungshüter im Wege

gen europäischen Weichwährungsländer profitieren direkt, wenn die EZB ihre Anleihen kauft, ihnen also Geld leiht. Denn damit drückt sie die Schuldzinsen für diese Staaten. Das senkt die Kreditkosten und mindert den Zwang zu strengen Sparmaßnahmen, was beim Wähler gut ankommt. Dass auf diese Weise ein beträchtlicher Teil des eigenen Kreditrisikos auf Deutschland (als Hauptanteilseigner der EZB) übergeht, braucht die Politiker in Italien, Spanien oder Portugal nicht zu scheren. Von Deutschen werden sie ja nicht gewählt.

Die USA finanzieren seit vielen Jahren ein gewaltiges Handelsdefizit mit Hilfe massenhafter Dollarproduktion. Das können sie, weil die Welt ihn als Weltreservewährung akzeptiert. Ein allzu stabiler Euro könnte dem Dollar diese Rolle streitig machen. So verfolgt Washington eine Doppelstrategie: Einerseits wird der Euro attackiert, andererseits werden die Europäer ermutigt, alles zu tun, um den Euro zu retten. Dabei werden besonders solche Maßnahmen gefordert, die den Euro weich machen und so als alternative Weltreservewährung diskreditieren – beispielsweise der Ankauf von Staatsanleihen wackliger Länder durch die EZB.

Und warum stimmt Merkel da ein? Die Kanzlerin hat sich festgelegt: Euro oder nichts. Nun steht sie vor der Wahl, die Wackelländer mit immer neuen Rettungsschirmgeldern über Wasser zu halten. Das aber sorgt jedesmal für erheblichen Wirbel in den Medien und untergräbt Merkels Ruf als Wahrerin deutscher Interessen. Oder die EZB macht den Retter, dann geschieht die Verteilung deutscher Bonität eher im Verborgenen, und die Medien nehmen kaum Notiz. *Hans Heckel*

Offenheit gefragt

Von Jan Heitmann

Israels Regierung spielt mit dem Feuer und Bundeskanzlerin Angela Merkel steht bei ihr im Wort. Zwischen Freunden und Partnern muss Offenheit möglich sein, auch wenn sie unbequem sein sollte. Deshalb sollte Merkel deutlich machen, dass Art und Umfang deutscher Solidarität und Unterstützung für Israel auch abhängig sind von dessen Friedensbereitschaft. Deutschland darf sich nicht zur Geisel einseitiger und international nicht abgestimmter Militäraktionen mit unkalkulierbaren Risiken und verheerenden Folgen machen lassen. Was aber, wenn es wirklich zum Schwur kommt? Womit will Merkel ihrem Verbündeten dann helfen? Die Entsendung deutscher Soldaten zu einem Kampfeinsatz in den Nahen Osten dürfte wohl nicht zur Diskussion stehen. Und selbst wenn, dürfte die durch die „Transformation“ entmannte Bundeswehr einen solchen Einsatz kaum leisten können. Anders als im Golfkrieg 1990/91 könnte Deutschland den Israelis mangels Masse nicht einmal mehr „Patriot“-Flugabwehrraketensysteme zur Abwehr der 200 000 Flugkörper, die der Iran und die Hisbollah gegen Israel gerichtet haben sollen, zur Verfügung stellen. Je leerer die Hände, desto voller der Mund der Bundesregierung.

Störfaktor Staat

Von Rebecca Bellano

Man dürfe nicht so einseitig nur der Politik die Schuld an den Verzögerungen bei Großbauprojekten geben, so die Anmerkungen eines *PAZ*-Kollegen auf die Seite 4. Ach ja, darf man das wirklich nicht?

Wann ist denn einmal die Rede von privaten Großbauprojekten, die nicht rechtzeitig fertig werden. Da damit meist auch Arbeitsplätze verbunden sind, kann man davon ausgehen, dass die Medien aufgrund des öffentlichen Interesses darüber berichten würden. Wurde in den letzten Jahren irgendwann einmal eine Fabrik, ein Einkaufszentrum oder ein Fußball-Stadion nicht rechtzeitig fertig? Spontan fällt da nur das Kohlekraftwerk Datteln 4 ein, doch das Prestigeprojekt von Eon geht nur wegen fehlender Genehmigungen vom Staat nicht wie geplant zum Jahresende an den Start. Und dann wäre da noch Ikea in Hamburg-Altona. Schon jetzt kann man absehen, dass die geplante Eröffnung im Sommer 2013 nicht einzuhalten sein wird. Diese Bauverzögerung liegt aber nicht an den fehlenden Genehmigungen, die liegen seit kurzem vor, sondern weil die Stadt noch nicht alle Verträge unterzeichnet hat. Und wieso hat Stage Entertainment noch nicht die angekündigte Seilbahn in Hamburg im Bau? Weil der Chef vom Bezirksamt Mitte meint, sie habe keine Verkehrsfunktion, und sei daher ein rein touristisches und kommerzielles Projekt, das er nicht gutheißt.

Und nebenbei: Unternehmen haben ein Interesse daran, dass Bauprojekte schnell fertig werden: Es kostet ihr eigenes Geld.

Wohlfeile Empörung

Von Christian Rudolf

Dass die Pawlowschen Reflexe auch beim Menschen funktionieren, zeigt dieser Tage die Reaktion auf das Urteil gegen die straffällig gewordenen Mitglieder der russischen Chaos-Truppe „Pussy Riot“. Es genügt, die Stichworte „Moskau“, „Putin“, „Lagerhaft“, „Kirche“ sowie „Patriarch“ hier, „Frauen“ dort im Zusammenhang zu nennen, und schon schlagen die Emotionen hoch. Westliche Politiker, Medien und Vertreter der „demokratischen Zivilgesellschaft“ ergehen sich in Schelte gegen den ach so bösen russischen Staat, der einfach unschuldige junge Frauen und Mütter einsperre.

So weit, so erwartbar. Doch nachdenken und vergleichen wäre dringend angeraten. Ein Blick auf die rigiden Meinungsverhältnisse hierzulande ist mehr als aufschlussreich. Erst wenige Wochen ist es her, da wurde eine unschuldige junge Olympia-Ruderin medial zur Höchststrafe verurteilt, weil ihr Freund sich in einer Oppositionspartei engagierte, die dem Establishment nicht passt.

Ein Blick auf die Verhältnisse hier ist aufschlussreich

Die Punk-Frauen von „Pussy Riot“ sind nicht wegen Kritik an Putin verurteilt worden. Die konnte die Gruppe bei öffentlichen Auftritten in Moskau vielfach äußern und über Youtube verbreiten. Verurteilt wurden die drei wegen „Rowdytums aus religiösem Hass“. Die Frauen hatten in der wiedererrichteten Christi-Erlöserkathedrale von Moskau – ihr Vorgängerbau war von Stalin aus religiösem Hass vernichtet worden – im Altarbereich, der ausschließlich Priestern vorbehalten ist, „Scheiße, Scheiße, Gottesscheiße“ geschrien und dass der Patriarch ein „Schweinehund“ sei. Ein Videoclip dieser Schändung wurde via Internet verbreitet.

Es geht hier nicht darum, ob die Begrifflichkeit des „Rowdytums“ dehnbar ist. Auch bei uns macht sich strafbar, wer an einem für den Gottesdienst einer Religionsgemeinschaft vorgesehenen Ort „beschimpfenden Unfug verübt“ – und das mit Recht. Drei Jahre Haft drohen. Nachahmungstäter im Kölner Dom haben Anzeigen wegen Störung der Religionsausübung, Hausfriedensbruchs und Verstoßes gegen das Versammlungsrecht erhalten. Ein Blitzbesuch von Frauen im Minirock in einer Moschee, Schuhe an den Füßen und auf den Lippen Flüche gegen Mohammed? Ein Auftritt kurzgeschorener junger deutscher Männer in einer Synagoge, ohne Käppi, lauthals krakeelend, Moses möge Charlotte Knobloch vertreiben? Male sich jeder selbst die Empörung aus. Oder aber ein nächtlicher Fackelmarsch politisch missliebiger Aktionskünstler durch das Brandenburger Tor, eine nicht genehmigte Performance am Holocaustmahnmal oder in einer KZ-Gedenkstätte, gar mit „rechten Parolen“ garniert? Alle diejenigen, die nun wohlfeil das Moskauer Urteil als „unverhältnismäß hart“ kritisierten, würden mit Schaum vorm Mund eine Bestrafung nach der vollen Härte des Gesetzes fordern.



Der geschützte Altarraum der Katholischen Hofkirche zu Dresden: „Beschimpfender Unfug“ an heiliger Stätte ist auch in Deutschland zu Recht verboten. Bild: pa

Das Parlament kastriert sich selbst

Von Vera Lengsfeld

Parlamentarismus, so lautet die gängige Definition, ist ein Prinzip politischer Ordnung, das besagt, dass die Vertreter des Volkes, genannt Parlamentarier, über die Gesetzgebung bestimmen (Legislative). Das politische Machtzentrum eines parlamentarischen Staates liegt in der Volksvertretung, dem Parlament, ungeachtet dessen, welche Staatsform der betreffende Staat de jure besitzt.

Legt man diese Definition zugrunde, kommen sofort Zweifel, ob wir es in Deutschland noch mit Parlamentarismus zu tun haben. Seit Beginn der Euro-Krise hat sich die Macht der Exekutive stetig vergrößert. Der Bundestag hat sich mehr und mehr zum Zuschauer der immer hektischer werdenden Regierungsaktivitäten degradieren lassen. Am deutlichsten wurde das bei der Verabschiedung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM am 30. Juni dieses Jahres. Die notwendige Zweidrittelmehrheit kam zustande, obwohl es vor den Abstimmungen vor allem in den Fraktionen von Union und FDP erhebliche Irritationen über die Resultate des Brüsseler Gipfeltreffens gegeben hatte, das am Abend vorher stattgefunden hatte. Die Staats- und Regierungschefs hatten in der Nacht überraschend vereinbart, dass marode Banken künftig unter bestimmten Bedingungen auch direkt vom ESM unterstützt werden können. Dies hatte die Bundesregierung bisher abgelehnt. Auch die vom Bundestag beschlossene Fassung des ESM-Vertrags sieht keine direkten Hilfen vor. Das Parlament stimmte also über einen schon überholten Text ab, der zudem nur in Englisch vorlag und in dem einige Passagen gefehlt haben sollen.

Regierungen greifen nach Alleinherrschaft

Das ist in der Geschichte des Deutschen Bundestages ein bisher einmaliger Vorgang. Zu befürchten ist, dass sich ähnliche Szenen in Zukunft wiederholen könnten. Das Ganze wäre ein vollendeter Staatsstreich gewesen, hätte nicht das Verfassungsgericht im Anbetracht der zahlreichen Klagen den Bundespräsidenten gebeten, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Nun wird das höchste Gericht im September entscheiden, ob der ESM verfassungskompatibel ist. Schon vorher hatten die Verfassungsrichter die Parlamentarier ermahnen müssen, ihre Rechte nicht aufzugeben. Aus eigener Kraft ist der Bundestag weder willens noch in der Lage, das Regierungshandeln in der Euro-Krise zu kontrollieren.

Die Exekutive wird mit jedem Tag unverblümter mit ihrem Verlangen nach Alleinherrschaft. Anfang August forderte der nicht gewählte Premier von Italien Mario Monti mehr Unabhängigkeit der europäischen Regierungschefs von ihren Parlamenten. Die Parlamente müssten „erzogen“ werden. Zwar ruderte Monti nach Kritik zurück, aber bezeichnend ist, dass er es gewagt hat, diesen Gedanken auszusprechen. Vor Monti hat Wolfgang Schäuble immer mal wieder seinen Wunsch geäußert, die EU-Kommission möge zur Zentralregierung Europas werden. Alle EU-Kommissare sind nicht gewählt, sondern von ihren Regierungen eingesetzt. Schäubles Vorhaben ist ein Bruch der europäischen Rechtsstaatstradition.

Der Rechtsstaat hat das Ziel, die Freiheit des einzelnen Menschen gegen die politisch Mächtigen zu schützen, zu bewahren und zu verteidigen. Eines der Mittel hierzu war und ist die Idee der Gewaltenteilung, wie sie von Immanuel Kants Rechtslehre in der „Metaphysik der Sitten“ beschrieben wurde. Seit Kant spricht man von den drei Staatsgewalten oder auch -funktionen: Die Legislative beschließt die Gesetze, denen jedermann unterworfen ist und durch die der Staat funktionieren soll. In den modernen Demokratien haben die Parlamente und deren Abgeordnete diese Funktion inne. Die Exekutive, in den modernen Staaten sind das Regierung und Verwaltung, führt im Rahmen jener Gesetze die Staatsgeschäfte. Unabhängige Gerichte und Richter sollen die Einhaltung der allgemeinen Spielregeln gewährleisten. Keine der drei Gewalten soll dominieren und die anderen zwei Gewalten beherrschen. Die Strukturen der Gewaltenteilung sollten gewährleisten, dass dem Risiko der Machtausdehnung und des Machtmissbrauchs schon im Vorfeld Einhalt geboten wird. Macht muss beschränkt werden, damit Freiheit ermöglicht und dauerhaft gesichert werden kann. Wie die Menschheitsgeschichte lehrt, wird der Versuchung, die Macht zu missbrauchen, regelmäßig nachgegeben. Schon der britische Historiker Lord Acton hat das deutlich gemacht: „Macht zielt darauf ab, zu korrumpieren, und absolute Macht korrumpiert vollständig.“ Auch für Carlo Schmidt, einer der Väter des Grundgesetzes, ergibt sich die Gewaltenteilung zwingend aus der geschichtlichen Erfahrung: „... wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs vereinigt, dieses Organ die Macht missbrauchen wird.“

Wie sieht die Verfassungswirklichkeit in Deutschland aus? Die Staatsgewalt geht gemäß der Norm des Artikel 20 Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes (GG) vom Volke in Wahlen und Abstimmungen aus und ist durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben. Während im GG die Autonomie der Legislative explizit durch entsprechende Formulierungen verankert ist (Art. 38, 39 und 40 GG), unterbleibt dies für die dritte Gewalt – hier findet man nur die allgemeinen Umschreibungen in den Artikeln 92, das die Rechtsprechung den Richtern anvertraut ist und 97 GG, der allgemein von der Unabhängigkeit der Richter spricht.

Gewaltenteilung soll Machtmissbrauch verhindern

Diese Schwachstelle führte dazu, dass in Deutschland die Legislative durch die Exekutive unterwandert und durch diese geprägt werden kann. Das unterminiert die Gewaltenteilung: In Deutschland entscheidet die Exekutive durch den Bundesrat bei sehr vielen grundsätzlichen Angelegenheiten mit. Außerdem gehören die Mitglieder der Regierungen in der Regel den jeweiligen Parlamenten an – also zwei Gewalten! Wenn man, wie Wirtschaftsminister Philipp Rösler, nicht über ein Bundestagsmandat verfügt, wird das sogar als Schwäche angesehen.

Dass die Exekutive über eine folgsame Legislative verfügt, ergibt sich aus dem Parteiensystem: Exekutive ist die Parteiführung, die im Listenwahlsystem über die Chancen der Abgeordneten zur Wiederaufstellung entscheidet. Indem das Parlament nicht nur die Regelung neuer Gesetze beschließt, sondern auch Vorschriften, die sich als Verordnungen, Verwaltungsanweisungen und Einzelbefehle qualifizieren, übernimmt es Tätigkeiten der Exekutive. Durch diese Vermischung stehen Legislative und Exekutive nicht unbedingt unter dem Recht, weil sie die Regeln ändern können. Hinzu kommt, dass nur das Bundesverfassungsgericht eine Art Selbstverwaltung genießen darf; alle anderen Gerichte werden durch die Justizminister verwaltet. Damit sind qua Dienstaufsicht die einzelnen Richter der Macht der Justizminister ausgeliefert. Der Ministerpräsident des Saarlandes ernannte sich im November 2009 sogar selbst zum Justizminister und demonstrierte damit seinen mangelnden Respekt gegenüber der Gewaltenteilung.

Auf der Internetseite der Kanzlerin wurde unser parlamentarisches System für Kinder so erklärt: „Das heißt auf gut deutsch: Wir wählen eine Regierung. Und diese Regierung sowie die ihr angeschlossenen Behörden, von der Polizei bis zur Richterin, sind allein berechtigt, Gewalt auszuüben.“ Die einzige Gewalt ist die Regierung – von Gewaltenteilung ist nicht die Rede. Zufall oder Absicht?

Aktuell erleben wir den enormen Druck, der von der Regierung, speziell Finanzminister Schäuble, auf das Bundesverfassungsgericht ausgeübt wird, damit es den ESM passieren lässt. Spricht man mit Bundestagsabgeordneten, hört man die Überzeugung, dass es keinen Widerspruch aus Karlsruhe geben wird, bestenfalls Bedingungen für weitere Euro-Rettungsvereinbarungen. Es herrscht eine Stimmung, die schon 1973 von einem Fraktionssprecher der Regierungspartei über das Bundesverfassungsgericht artikuliert wurde: „Wir lassen uns doch von acht Arschlöchern in Karlsruhe nicht unsere Politik kaputtmachen.“

Vera Lengsfeld gehörte zur DDR-Bürgerrechtsbewegung. Von 1990 bis 2005 saß sie im Bundestag.

Der Tod als Triebfeder der Kultur

Das musealisierte Lebensende ist 20 geworden – Sepulkralkultur in Kassel

Dem Tod als festem Bestandteil des menschlichen Lebens wurde vor 20 Jahren in Kassel ein Museum gewidmet. Anlässlich dieses Jubiläums eröffnet das weltweit bedeutendste Museum seiner Art eine Sonderausstellung.

Der evangelische Theologe Reiner Sörries glaubt: „Es gibt nur zwei große Triebfedern der Kultur: das sind die Liebe und der Tod, Eros und Thanatos. Beide treiben den Menschen vor sich her, der ohne sie nicht wäre, was er ist.“ Er bedauert, dass bislang noch kein Museum der Liebeskultur eröffnet wurde – Erotikmuseen lässt er nicht gelten. Dagegen gibt es Institute, die den Tod musealisieren. Der weltweit bedeutendsten dieser Einrichtungen steht Sörries seit der Eröffnung 1992 als Direktor vor: dem Kasseler Museum für Sepulkralkultur.

Als das Unikum vor 20 Jahren eröffnet wurde, titelte die örtliche Tageszeitung: „Totenmuseum am Kasseler Weinberg eröffnet.“ Der 1952 in Nürnberg geborene Sörries denkt mit Grausen an diese Schlagzeile zurück. Denn erstens gibt es bis auf zwei bemalte Totenschädel (Süddeutschland, 19. Jahrhundert) keine realen sterblichen Überreste zu sehen. Und zweitens ist das Museum eine quicklebendige Einrichtung. Pressesprecherin Jutta Lange berichtet: „Eine Geburt gab es bei uns zwar noch nicht, aber wir haben Gäste aus allen Altersstufen. Zweijährige sind darunter – und mit 90 Jahren ist längst noch nicht Schluss.“

Das Trauerverhalten ist im steten Wandel

Der offizielle Name der vom Bund, dem Land Hessen, der Stadt Kassel sowie der evangelischen und katholischen Kirche mit einem Jahresetat von 1,2 Millionen Euro ausgestatteten Einrichtung hört sich feierlich steif an: Museum für Sepulkralkultur. Abgeleitet ist er vom lateinischen „sepulchrum“, was „Grabstätte“ bedeutet. Die im Museum präsentierte Sepulkralkultur umfasst alle Erscheinungen im Zusammenhang mit Sterben, Tod, Bestatten, Trauern und Erinnern. Die Sammlung umfasst rund 18000 Bilder und Objekte der Kunst und Alltagskultur vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die überwiegende Mehrheit gehört dem deutschsprachigen Raum an.

Zum zwanzigjährigen Bestehen hat das Sepulkralmuseum einen „Auf Tod komm raus“ betitelten Auswahlkatalog seiner Sammlungen veröffentlicht. Gesammelt wird seit Ende der 1970er Jahre. „Seitdem wuchsen die Sammlungsbestände des Museums kontinuierlich, in weiten Teilen jedoch unsystematisch, weil man angesichts schmaler Budgets vorwiegend auf Stiftungen und Dauerleihgaben angewiesen war“, so Sörries, der neben seinem Kasseler Direktorenamt einen Lehrstuhl für Christliche Archäologie und Kunstgeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Erlangen innehat. Die im Auswahlkatalog vorgestellten 65 Exponate geben einen Einblick in die weite Welt des Sepulkralen.

Viele dieser Exponate kann man sich im ersten Teil der Dauerausstellung ansehen. Im Untergeschoss des 1903 erbauten Remisengebäudes einer Industriellenvilla entfaltet sie vor rohen Bruchsteinmauern und unverputzten Ziegelwänden ihren morbiden Charme. Für den sorgen zum Beispiel eine Kutsche in Form eines riesigen Glassarges, eine Kiste mit Utensilien für die Einbalsamierung, die Totenmasken von Luther, Beethoven und Friedrich dem Großen, Gedenkschmuck aus Haaren und natürlich Totentruhen sowie Urnen. Glanzlicht ist der aus 42 bemalten tönernen Figurengruppen bestehende „Zizenhausener Totentanz“ (nach 1822). Papst und Kaiser, Männer und Frauen, Narr und Krüppel werden vom personifizierten Tod, der als mit Haut überzogenes Skelett auftritt, zum Tanz genötigt. Stefanie Knöll schreibt im Auswahlkatalog: „Totentänze verdeutlichen, dass im Angesicht des Todes alle Menschen gleich sind.“ Dieser erste Teil der Dauerschau steht in weiten Bereichen seit nunmehr 20 Jahren. Er soll bis zum Kasseler Stadtjubiläum 2013 umgestaltet werden.



Die Entwicklung der Bestattung wird anhand ausgewählter Exponate dargestellt: Blick in die Abteilung Friedhof und Grabmal

Bild: Archiv Museum für Sepulkralkultur Kassel

In frischer Inszenierung präsentiert sich hingegen bereits jetzt der zweite Teil der Dauerausstellung. Er ist im weiten und lichten Untergeschosssaal des aus Glas und Beton errichteten Neubaus untergebracht. Vorgestellt wird die Entwicklung von Friedhof und Grabmal seit dem Mittelalter. Sörries erklärt: „Der Friedhof, so wie wir ihn kennen, und wie er gegenwärtig noch genutzt wird, hat seine Ursprünge in der jüngeren Vergangenheit, als es in den Jahrzehnten nach 1800 zum weltanschaulich neutralen, zum kommunalen Friedhof kam, der erstmals für jedermann eine eigene und gekennzeichnete Grabstätte vorsah. Diese Phase dauert bis heute an, jedoch ist der Trend zum Verzicht auf individuelle Gräber unverkennbar.“

Hierbei spielt die Feuerbestattung eine wichtige Rolle. Die war in Deutschland lange heftig umstritten. Das erste Krematorium wurde 1878 in Gotha in Betrieb genommen, das zweite 1891 in Heidelberg. In den preußischen Landesteilen des Kaiserreichs war die Feuerbestattung seit 1911 erlaubt. Erst 1963 gab die katholische Kirche ihr Verbot der Feuerbestattung auf. Heute macht sie in Deutschland fast die Hälfte aller Beisetzungen aus. Sörries beurteilt die damit verbundenen Bestattungstrends skeptisch: Denn „man sieht eben auch, das Trauerverhalten wird ‚chaotischer‘ oder, wenn Sie so wollen, pluralistischer. Die Menschen trauern heute wie sie wollen – und so bestatten sie auch.“ Etwa in freier Natur. Unter dem Motto „Letzte Ruhe an den Wurzeln eines Baumes“ wurde in der Nähe von Kassel 2001 der erste Friedwald genehmigt. Inzwischen gibt es über 100 Bestattungswälder in Deutschland. Die Dauerschau endet mit der Präsentation reichlich extravaganter Bestattungstrends. Seit 2004 bietet eine Firma die Umwandlung der Totenasche in einen Diamanten an. Die Losung dabei: „Ein Juwel von einem Mensch.“ Bereits seit 1997 ist die Weltraumbestattung im Angebot. In einer Urne, die so groß wie ein Lippenstift ist, werden sieben Gramm Asche mit einer Rakete wahlweise in eine Erdumlaufbahn, auf den Mond oder auf eine ewige Reise durch die weiten des Alls geschossen. Der Anbieter setzt noch einen drauf: „Alternativ-Angebot: Auf Wunsch kann die ganze Urne ins All.“ Das kostet allerdings 500000 Euro.

Die Dauerausstellung soll um einen dritten Teil erweitert werden. Dazu Sörries: „Aber es gibt auch Themenbereiche, die schwer museal umzusetzen sind. Was uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, sind die biologischen und medizin-ethischen Fragestellungen. Was ist Sterben? Wann beginnt es? Patientenverfügung, Organtransplantation, ... das stelle ich mir nach wie vor sehr schwierig vor.“ Doch die Vorbereitungen laufen.

Nächstes Großereignis aber ist am 1. September die Eröffnung der Jubiläumsschau „Schwarz ...“. Es geht um die künstlerische und kulturelle Bedeutung der Farbe Schwarz. Aufgeboten werden Kunstwerke sowie Sach- und Gebrauchsgegenstände des traditionellen christlichen Totenbrauchtums. Andere Abteilungen widmen sich „schwarzen Tagen“, „schwarzer Magie“ oder dem „schwarzen Humor“. *Veit-Mario Thiede*

Museum für Sepulkralkultur, Weinbergstraße 25-27, Kassel. Dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr, mittwochs 10 bis 20 Uhr. Telefon: (0561) 918930, Internet: www.sepulkralmuseum.de. Der Auswahlkatalog „Auf Tod komm raus“ kostet 18 Euro. Die Jubiläumsschau „Schwarz ...“ läuft vom 1. September bis 27. Januar 2013.

Die Schriften des Archimedes

Werke des griechischen Gelehrten sind wieder entdeckt und in Hildesheim zu besichtigen

Ein Sammler erstand 1998 bei Christie's in New York für 2,2 Millionen Dollar eine mittelalterliche Handschrift, die eine Sensation in sich barg. Wissenschaftler machten in dem Gebetsbuch aus dem 13. Jahrhundert ältere, überschriebene Buchstaben ausfindig, die sich als Texte des berühmten Archimedes von Syrakus (287–212 v. Chr.) herausstellten. Das Römer- und Pelizaeus-Museum in Hildesheim zeigt mit dem „Archimedes-Code“, wie Bildtechniker und Naturwissenschaftler in einer über zehnjährigen Arbeit die längst verloren geglaubten Schriften des antiken Denkers und Mathematikers für Philologen wieder lesbar machten. Diese älteste noch existierende Abschrift, der Kodex C, von insgesamt sieben Archimedes-Traktaten enthält zwei bislang unbekannte Abhandlungen, die „Methodenlehre“ und das „Stomachion“, und die erste bekannte griechische Version von „Über schwimmende Körper“.

Die Welt des Archimedes erleben

Kernstück der Ausstellung ist das sogenannte „Archimedes-Palimpsest“, dessen Ausgangspunkt im 10. Jahrhundert liegt, als in Konstantinopel eine original-griechische Kopie von Archimedes-Texten auf Pergamentblättern erstellt und zu einem Kodex zusammengefügt wurde. Als jedoch 1229 der Mönch Johannes Myronas in Jerusalem diesen auseinander nahm und die Schrift vom wertvollen Pergament abschabte, um es wieder zu verwenden, wurde der Kodex zerstört. Das dann entstandene Gebetsbuch blieb bis ins 19. Jahrhundert in Gebrauch, darunter 400 Jahre im griechisch-orthodoxen Kloster von Mar Saba in der judäischen Wüste. 1844 entwendete der deutsche Textforscher und Theologe Konstantin von Tischendorf daraus ein Blatt, das sich heute in der Universitätsbibliothek von Cambridge befindet. 1906 gelang es dem dänischen Philologen Johan Ludvig Heiberg in einem Kloster in Istanbul insgesamt sieben der überschriebenen Texte zu identifizieren. In den 1930er Jahren übermalte der Pariser Sammler Salomon Guerson einige Seiten mit falschen mittelalterlichen Heiligenbildern, um den Wert des Buches zu steigern, weil er Geld für seine Flucht vor den Nationalsozialisten brauchte. Aber nicht immer lässt sich die Irrfahrt des Buches durchgängig bis zur Auktion in New York verfolgen.

Heute ist das Wertvollste an den Seiten des Gebetsbuches die darin enthaltene älteste griechische Kopie eines Archimedes-Textes. Sie enthält zuvor völlig unbekannte oder nur in einer anderen Sprache vorhandene Abhandlungen. Die Ausstellung zeigt, wie Forscher in einer internationalen Zusammenarbeit die unleserlich unter den Buchstaben der Mönche verborgene Abschrift wieder sichtbar machten. Die Wissenschaftler des Walters Art Museum, in dessen Besitz sich das Palimpsest befindet, hielten es sogar zunächst für unmöglich, den Verfall zu stoppen. Allein fünf Jahre dauerte die Rückgewinnung der ursprünglichen Pergamentblätter, indem das ganze Buch Seite für Seite auseinander genommen wurde. In mühevoller Kleinarbeit mussten die durch Gebrauch, Wasser und Schimmel verursachten Schäden behoben werden. Erst die Pseudo-Farben-Technik und das Röntgenfluoreszenzverfahren ermöglichten die Texterkennung, indem sie den hohen Eisengehalt der verwendeten Tinte nutzten. Ein Teilchenbeschleuniger in Stanford wurde zur Durchleuchtung in Anspruch genommen. Anschaulich werden diese Methoden anhand von Bildern und Texttafeln erklärt.



Europaweit einmalige Ausstellung über Archimedes

In speziellen Glasvitrinen zeigt das Römer- und Pelizaeus-Museum in einer europaweit einmaligen Ausstellung insgesamt drei der 90 Palimpsest-Seiten. Zwei Blätter sind den Hauptwerken des Archimedes, der „Methodenlehre“ und „Über schwimmende Körper“, entnommen. Das dritte enthält die bislang unbekannte Rede „Gegen Diondas“ des Hyperides. Nicht nur die Seiten sind Bestandteil der Ausstellung, auch die Welt des Archimedes. Dazu gehören die erste gedruckte Archimedes-Ausgabe von 1544, Guiseppe Nogaris berühmtes Archimedes-Gemälde als Leihgabe des Moskauer Puschkin-Museums und weitere Gemälde aus dem 16. und 19. Jahrhundert.

Das „Junge Museum“ lädt Kinder ein, an Flaschenzügen und kleinen Katapulten spielerisch die Entdeckungen des griechischen Denkers nachzuvollziehen und so das Hebelgesetz oder das Prinzip des Auftriebs kennenzulernen. Bedienbare Großmodelle zu Erfindungen des Archimedes und eine nachgebaute Version seines Stomachions, einem aus 14 Dreiecken bestehenden Geduldsspiel, stehen zum Ausprobieren den großen und kleinen Besuchern zur Verfügung. Neben den klar strukturierten Räumen zur Geschichte, zur wissenschaftlichen Erforschung der Abhandlungen sowie zum Leben des Archimedes, erhöht sich der Reiz der Ausstellung durch diese „Spielerei“ aus Geschichte, Physik und Kunst.

Ulrich Blode

„Der Archimedes-Code“, Römer- und Pelizaeus-Museum, Hildesheim GmbH, Am Steine 1-2, 31134 Hildesheim. Nur noch bis zum 9. September täglich von 10 bis 18 Uhr. Telefon: (05121) 93 69 0

MELDUNG

Hanse-Buch wiederentdeckt

Hamburg – Die Sensation war perfekt. Doch was für eine Blamage für die so stolze Freie und Hansestadt Hamburg! Da musste erst jemand von außen kommen und den Schatz heben!

Was war geschehen? Die Handschrift über die Hanse des Danziger Syndikus Wenzeslaus Mittendorp aus dem 17. Jahrhundert galt als verloren, seit beim britischen Bombenterror gegen Hamburg die Kommerzbibliothek 1943 zu Asche verbrannt wurde und 90 Prozent ihrer Bestände verlor. Der Historiker Magnus Ressel von der Bochumer Ruhr-Universität wollte sich damit nicht zufrieden geben, fuhr ins Hanseatische Wirtschaftsarchiv in der Hamburger Handelskammer und fragte eindringlich nach der tausendseitigen Handschrift Mittendorps. Die Archivleiterin ging, um sich zu vergewissern, in die Büchersammlung, sah genau nach, und entdeckte die verloren geglaubte „Hanseatica“.

Die Hanse-Forschung kommt ob dieses unverhofften Fundes aus dem Jubilieren gar nicht mehr heraus. Das Werk des Danzigers gilt als eine der wichtigsten Quellen zu den letzten Jahren des Städtebundes. „Das Auffinden dieses Bandes wird der Hanseforschung in vielerlei Hinsicht bedeutende Anschübe geben“, freute sich Ressel. Fazit: Wenn man auch nicht alles selber macht! *CR*

»Es gilt, Preußen zu würdigen«

Aus Anlass ihres Sommerfestes gab der Präsident der Preußischen Gesellschaft, Volker Tschapke, der *PAZ* ein Interview

PAZ: *Herr Tschapke, die Preußische Gesellschaft wurde vor 16 Jahren gegründet. Was war damals die Motivation, den Verein ins Leben zu rufen?*

Volker Tschapke: An Bismarcks Geburtstag 1993 kam ich nach Berlin. Durch mein Elternhaus, meine Schule und den weiteren Lebensweg geprägt, wurde mir sehr intensiv klar, dass der beste Teil der über 1000-jährigen deutschen Geschichte nicht zu kurz kommen darf und dass es deswegen das Mindeste, was wir tun konnten, war, einen Verein nach Vereinsrecht, eben die Preußischen Gesellschaft, zu gründen. Es gilt, Preußen als etwas ganz Besonderes im Rahmen unserer deutschen Geschichte zu würdigen und dies auch unseren Nachfahren, unseren Kindern weiter zu vermitteln.

PAZ: *Haben sich die Ziele der Preußischen Gesellschaft in den letzten Jahren verändert?*

Tschapke: Seit der Gründung unserer Preußischen Gesellschaft sind unsere Ziele in unserer Satzung und Programmatik: „Preußen – eine bleibende Idee“ festgeschrieben und sind für jedermann einsehbar unter www.preussen.org. Diese völlig zeitlosen Ziele, die in jedem Falle auch für die Zukunft unserer Gesellschaft ihren Wert behalten werden, haben sich natürlich nicht geändert! Verantwortung, Pflichtbewusstsein und Toleranz sollen ihren hohen Stellenwert als moralische Kategorien zurückerhalten, Sparsamkeit und Genügsamkeit als erstrebenswerte Tugenden gelten.


Im Kreise von Gästen auf dem letztjährigen Sommerfest der Preußischen Gesellschaft: Volker Tschapke (2. von links) Bild: Tschapke

PAZ: *Dieses Jahr feiern wir den 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen. Die Preußische Gesellschaft (PG) organisiert aus diesem Anlass viele Veranstaltungen. Welche können Sie besonders hervorheben?*

Tschapke: Friedrich der Große ist sowohl als Politiker als auch als Philosoph der Patron unserer Gesellschaft. Gerade als Preußische Gesellschaft ist es uns eine Ehre, diesen ganz besonderen Menschen der Geschichte oder des Königreiches Preußen, Friedrich den Großen, zu würdigen. Wir haben das etwas anders gemacht als im übrigen Deutschland. So haben wir zu diesem Thema sehr viele Botschafter sprechen lassen und einer dieser Höhepunkte war sicherlich der Besuch des ungarischen und polnischen Botschafters, die aus der Sicht Ungarns und Polens gesprochen haben. Sie haben dabei auch jeweils die besonderen Fähigkeiten dieses großen Staatmannes sehr gewürdigt und hervorgehoben! Abgesehen von diesen Veranstaltungen hatten wir unseren üblichen Neujahrsempfang gefeiert. Dieses Jahr konnten wir erneut rund 900 Gäste begrüßen, dabei waren internationale Gäste aus dem gesamten diplomatischen und Militärattachéekorps, aber auch viele, viele andere Würdenträger und Repräsentanten aus Politik, den Religionsgemeinschaften, Handel und Wandel, Verbänden der Berliner und deutschen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang machen wir in diesem Jahr zum zweiten Mal ein Sommerfest, zu dem wir das gesamte diplomatische und Militärattachéekorps eingeladen haben, um auch in diesem Rahmen den 300. Geburtstag Friedrichs des Großen zu würdigen.

PAZ: *Inwiefern genau unterscheiden sich der Neujahrsempfang und das Sommerfest?*

Tschapke: Der Neujahrsempfang, den wir seit Anbeginn machen, ist unser jährlicher Höhepunkt, der immer in der Nähe des 18. Januars liegt, was sowohl das Gründungsdatum des Königreichs Preußen als auch das des deutschen Kaiserreiches ist. Es liegt natürlich auch ganz in der Nähe von dem Geburtstag Friedrichs des Großen. Immer eben in ganz besonderen Würdigung dieses 18. Januars, der ja eine unendliche Bedeutung für den gesamten Verlauf der preußischen und dann auch der deutschen Geschichte hat, denn ohne dieses Datum hätte es das durch Bismarck gegründete Deutschland nicht gegeben. Neben unserem Neujahrsempfang begehen wir nun dieses Jahr auch unser Sommerfest. Wir pflegen zu dem diplomatischen und Militärattachéekorps sehr gute Kontakte, weil Preußen mit vielen Ländern auf ganz unterschiedliche Weise verbunden war. Wir befinden uns daher in guter Tradition im Gedankenaustausch über Preußen mit Bezug auf Aktuelles und können uns gleichzeitig für die vielen Einladungen zu den verschiedensten Anlässen sehr herzlich bedanken! Dass die Preußische Gesellschaft am Gendarmenmarkt ihren Sitz hat, zeigt die innere Verbindung unserer PG mit Preußen und der ganzen preußischen Geschichte sowie die Würdigung aller aus aller Herren Länder hierher nach Preußen Zugewanderten. Unser jetziger Stammsitz kann nur noch durch ein Stammquartier im Stadtschloss überboten werden.

PAZ: *Neben den Großveranstaltungen wie dem Sommerfest organisieren Sie auch viele interessante Vorträge. Können unsere Leser, ohne ein Mitglied der Preußischen Gesellschaft zu sein, an diesen teilnehmen?*

Tschapke: Da die Preußische Gesellschaft genauso weltoffen wie das Königreich Preußen und dann das von Reichskanzler Fürst Bismarck geschaffene einheitliche Deutschland ist, ist es für uns selbstverständlich, dass ein jeder, der an der lebendigen Idee Preußens interessiert ist, gerne an unseren Veranstaltungen teilnehmen kann, gerne gesehen ist – und natürlich auch Mitglied bei uns werden kann. Alles dazu Notwendige erfährt man stets über unser Internet auftritt! Da werden diese Veranstaltungen in aller Regel auch zeitgerecht veröffentlicht, so dass jeder, der das dort sieht, sich bei uns gerne einfinden und zuhören kann. Man muss nicht zwingend Mitglied sein, aber selbstverständlich lebt auch eine Preußische Gesellschaft nur dadurch, indem sie viele, viele Mitglieder und in Sonderheit auch viele, viele junge Mitglieder hat. Es sind alle immer herzlich willkommen.

PAZ: *Es werden viele Vorträge im Rahmen der Arbeit der Preußischen Gesellschaft veranstaltet. Inwiefern spielt die Preußische Gesellschaft auch eine politische Rolle?*

Tschapke: In unserer Zielsetzung heißt es, dass wir uns nicht als Historienverein verstehen, sondern dass wir die gelebte preußische Politik, speziell die von Friedrich dem Großen, als Fundament dazu benutzen, um auch zu tagespolitischen Dingen Stellung zu beziehen. Wir sind jedoch keine Partei, aber nach dem alten Gusto des gesamten preußischen Lebens gehört dazu eben auch der Stolz vor dem Königsthron, auch, eine politische Meinung zu haben. Wir erlauben uns Dinge zu sagen, die sich nicht durch diese Geißel der sogenannten „political correctness“ einfangen lassen, allerdings immer mit beiden Beinen fest auf unserem Grundgesetz stehend.

PAZ: *Der Begriff und die Symbolik des „Preußischen“ werden häufig negativ konnotiert. Was tut die Preußische Gesellschaft, um dem entgegenzuwirken?*

Tschapke: Ein wesentlicher Kernpunkt dieses Negativums, das sich bis zum heutigen Tage leider immer noch gehalten hat, das ist das sogenannte Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947. Mit diesem Gesetz haben die Alliierten Preußen als Hort allen Übels und des Militarismus bezeichnet. Fakt aber ist, dass Preußen die wenigsten Kriege überhaupt im Vergleich zu allen anderen europäischen Großmächten in dieser Zeit geführt hat, so dass diese ketzerische Aussage, dass Preußen der Hort allen Übels, des Bösen und des Militarismus sei, allein durch die Fakten der Geschichte schlicht und einfach widerlegt wird. Dazu nutzen wir alle unsere Möglichkeiten, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, darauf immer wieder hinzuweisen. Gegen dieses Vorurteil steht der Reichtum einer vielhundertjährigen preußisch-deutschen Geschichte, wir müssen da nur auf den Gendarmenmarkt schauen, die Philosophie, das Bürgertum und die Toleranz gegenüber Religionen. Denken Sie nur an den Satz von Friedrich dem Großen, wenn ich denn wüsste, dass „die Türken kämen, würde ich Moscheen bauen“. Wir sind stolz auf diese große, reiche preußisch-deutsche Geschichte und laden Sie alle ein, mit uns daran teilzuhaben!

PAZ: *Vielen Dank für das Gespräch, Herr Tschapke.*

Weitere Informationen und das Veranstaltungsprogramm der Preußischen Gesellschaft unter www.preussen.org

Die Nacht, in der alles schief lief

»Geiseln frei«, »Geiseln tot« – Rückblick auf das Münchner Olympia-Attentat vor 40 Jahren

Alle hatten sich auf die „heiteren Spiele“ von München gefreut – und wurden von palästinensischen Terroristen jäh aus dem Freudentaumel gerissen. Unser Autor hat diesen 5. September 1972 als Nachrichtenredakteur beim „Kölner Stadt-Anzeiger“ erlebt und erinnert sich – 40 Jahre danach – an die aufregendste Nacht seines Journalistenlebens.

Nachtdienst in der Nachrichtenredaktion. Nicht unbedingt das, wovon junge Journalisten träumen. In der Mettage die Montage der Politikseiten überwachen (Fotosatz und rechnergesteuerte Textsysteme gab es damals noch nicht), dann Korrektur lesen, hier und da eine Meldung nachschieben. Künstlerischer Höhepunkt kurz vor Dienstschluss um 2 Uhr morgens: die Aktualisierung des Dow-Jones-Index, der damals noch per Telex über den Teich tickerte.

In dieser Woche im Spätsommer 1972 aber ist der Nachtdienst alles andere als unangenehm. Im Gegenteil: Da hat man tagsüber viel Zeit für die Fernsehübertragungen von den Olympischen Spielen in München. Und abends läuft auch noch einiges, wozu hat man schließlich ein TV-Gerät in der Redaktion. Zeit hat man ja genug, außer Sport passiert eh nichts in der Welt.

Und dann, am Dienstag, 5. September, passiert doch etwas. Frühmorgens um kurz nach halb fünf klettern acht schwerbewaffnete Palästinenser über den Zaun des Olympischen Dorfes. Niemand hindert sie daran, nach wenigen Minuten dringen sie in die Unterkunft der israelischen Mannschaft ein, nehmen fünf Sportler, vier Trainer und zwei Kampfrichter als Geiseln. Zwei von ihnen kommen bei Fluchtversuchen ums Leben.

Polizei und Rettungskräfte werden erst um 5.21 Uhr alarmiert. Das Gebäude wird umstellt, um 6.40 Uhr beginnen Verhandlungen mit den Terroristen. Deren Forderung: Freilassung von über 200 palästinensischen Gefangenen sowie der beiden deutschen Terroristen Andreas Baader und Ulrike Meinhof und eines japanischen Attentäters. Krisenstäbe treten in Bonn und Tel Aviv zusammen, Ultimaten werden gestellt und verschoben. Scharfschützen beziehen Stellung, kommen aber nicht zum Einsatz. Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher bietet sich als Ersatzgeisel an – wer ihn kennt, hat keinen Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses erfolglosen Versuchs, die Israelis freizubekommen.

Am späten Nachmittag, beim Dienstantritt zur Nachtschicht, wundere ich mich zunächst einmal über die völlig verworrene Nachrichtenlage. Jede Agentur meldet etwas anderes, jeder Kollege vor Ort in München glaubt etwas anderes zu wissen. Wir in der Redaktion in Köln wissen nicht, wem wir glauben sollen: dem Regierungssprecher Conrad Ahlers, vormals „Spiegel“-Redakteur? Oder dem Olympia-Pressechef Hans „Johnny“ Klein, später ebenfalls Regierungssprecher? Oder doch den Pressesprechern des Münchner Polizeipräsidiums, der Bayerischen Staatsregierung oder des Bundesinnenministeriums? Jeder hält sich für zuständig, und jeder hat seine eigene „Wahrheit“.

Gegen 20 Uhr muss die erste Ausgabe angedruckt werden. Was schreibt man da über eine Aktion, die noch läuft, aber morgen früh, wenn der Leser die Zeitung vor sich hat, wahrscheinlich beendet ist, so oder so? Während ich die ersten Andruckexemplare von der Rotation hole, kommt aus München die Nachricht, dass Terroristen und Geiseln nach Kairo ausgeflogen werden sollen. Um 22.18 Uhr heben zwei Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes (BGS) ab. Ihr Ziel: der Bundeswehr-Flughafen Fürstenfeldbruck, wo eine Boeing 727 wartet.

Gerade habe ich wieder einmal Text und Schlagzeile auf Seite 1 aktualisiert, da sickert durch: Es wird eine Befreiungsaktion vorbereitet, das Flugzeug steht mit fast leeren Tanks und ohne Besatzung auf dem Rollfeld. Regierungsamtlich verlautet, alles laufe „nach Plan“.

In Wirklichkeit läuft alles schief. Die Hubschrauber stehen falsch, die Scharfschützen haben untereinander keinen Kontakt und nehmen sich selber ins Visier, die Terroristen durchschauen das plumpe Täuschungsmanöver. Um 22.35 Uhr beginnt ein fast zweistündiges Feuergefecht.

Gegen 23.35 aber wird im Fernsehen gemeldet, die Geiseln seien entkommen, die Terroristen tot. Eine halbe Stunde später legt „Conny“ Ahlers nach: Die Aktion sei „glücklich und gut“ verlaufen, alle Geiseln gerettet. Während ich die neue Schlagzeile „Alle Geiseln befreit“ absetzen lasse, ruft ein Kollege aus unserer Bonner Parlamentsredaktion an, der zufällig gerade in München ist und seine guten persönlichen Kontakte zu Genscher und dessen engsten Mitarbeitern nutzt: „Stopp die Schlagzeile, da stimmt was nicht. Angeblich wird da draußen immer noch geschossen.“ Und eine gute Stunde später, während die Agenturen noch Ahlers' Siegesbotschaft verbreiten: „Die sind alle tot. Ich habe das direkt von Johnny Klein.“ Also noch einmal: Rotation halt, neue Schlagzeile „Alle Geiseln tot“. Wir erreichen gerade noch 20000 Exemplare im Kölner Innenstadtbereich, sind aber immerhin die einzige Tageszeitung mit der richtigen Nachricht wenigstens in einer Restauflage. Stolz bin ich auf diese Schlagzeile freilich nicht.

Zehn Jahre später, inzwischen beim „Deutschland-Magazin“. Mein engster Mitarbeiter dort: „Johnny“ Klein. Natürlich sprechen wir immer wieder über die Ereignisse dieses 5. September 1972. „Johnny“ bestätigt, was ich schon lange vermutet habe: Israel war bereit, die Sportler mit eigenen Kräften zu befreien. Aber die Deutschen glaubten: Das können wir auch – ein erster fataler Irrtum. Ebenso fatal die Rivalität zwischen Bund und Freistaat. Jeder glaubte, er könne das besser.

Regierungssprecher Ahlers hielt Olympiasprecher Klein für unzuständig und politisch inkompetent: „Der soll sich um seinen Sport kümmern“. Dass Klein später Regierungssprecher, Bundesminister und Bundestagsvizepräsident wurde, beantwortet die Frage, wer da „politisch inkompetent“ war, auf einfache Weise.

Die Summe der politischen und polizeitaktischen Fehler an diesem schrecklichen 5. September ist beschämend. Eines allerdings muss man den Beteiligten zugutehalten: Sie haben daraus gelernt und schnell die notwendigen Konsequenzen gezogen. So wurde als Reaktion auf den schrecklich gescheiterten Befreiungsversuch mit der GSG 9 eine für solche Aktionen bestens vorbereitete Spezialtruppe aufgebaut. Auch verzichtete man darauf, in solch dramatischen Situationen den möglichen Einsatz bewaffneter ausländischer Kräfte zur Souveränitätsfrage hochzustilisieren. 1972, in München, hatten deutsche Polizei und Bundesgrenzschutz im Gegensatz zu ihren israelischen Kollegen keine Erfahrung im Umgang mit palästinensischen Terroristen. Fünf Jahre später, 1977, hatten wir eine gut ausgebildete GSG 9 – und Mogadischu Gott sei Dank damit keine Souveränitätsprobleme. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Schreckliches Ende einer Geiselnahme: In dem BGS-Hubschrauber fanden die Geiseln den Tod

Bild: dapd

Ein aufrechter Sozialdemokrat

Abwarten oder abschießen? Verteidigungsminister Georg Leber entschied sich fürs Abwarten, als ihm ein unidentifiziertes Flugobjekt mit Kurs auf das vollbesetzte Münchner Olympiastadion gemeldet wurde. Dort gingen gerade die von blutigem Terror überschatteten Spiele zu Ende – bei Politikern und Sicherheitskräften lagen die Nerven blank.

Nicht so bei "Schorsch" Leber. Er bewahrte, wie es seine Art war, die Ruhe. Und tatsächlich stellte sich heraus, dass es sich um ein finnisches Verkehrsflugzeug handelte, dessen Bordelektrik zusammengebrochen war – Fehlalarm. Die 100 Insassen der Maschine verdankten dem besonnenen Leber ihr Leben.



Georg Leber — Bild: Archiv

Nicht nur mit dieser Entscheidung hat Georg Leber sich über alle Parteigrenzen hinweg höchsten Respekt erworben. Der gelernte Maurer, 1920 in Hessen geboren, war nach dem Krieg zunächst der IG Bau, Steine, Erden, später auch der SPD beigetreten. Als Gewerkschaftsführer hat er maßgeblich am Aufbau eines stabilen sozialen und marktwirtschaftlichen Systems mitgewirkt. Von 1966 bis 1978 diente er dem Vaterland als Verkehrs-, Post- und Verteidigungsminister. Die Truppe schätzte ihn als „Soldatenvater“.

Georg „Schorsch“ Leber, dieser aufrechte Sozial-Demokrat, ist am 21. August im Alter von 91 Jahren verstorben. *H.J.M.*

Nicht nur ein Stellvertreterkrieg

In Syrien gibt es konfessionelle Spannungen, an die das interessierte Ausland anknüpfen kann

Der in Syrien tobende Bürgerkrieg wirft für den unvoreingenommenen Beobachter immer mehr Rätsel auf. Wer den Kriegsnachrichten in den Medien von "Massakern" oder dem „Aufstand des Volkes gegen Assad“, den von den Kämpfenden kolportierten Zahlen nicht so recht glauben mag, findet kaum Alternativen. Zuverlässige Informationen sind rar. Dass die USA inzwischen im Verein mit Katar, Saudi-Arabien und der Türkei die Rebellen bewaffnen und somit einen Stellvertreterkrieg gegen das mit Russland, Iran und China verbündete Syrien führen, mag neben den vielfältigen konfessionellen Konfliktlinien des Landes für weitere Verwirrung sorgen.

Zur Klärung dieser verworrenen Lage ist ein Blick in die Geschichte dieses Landes hilfreich, in dem bereits seit dem ersten Jahrhundert Christen leben. Die Bekehrung des Apostels Paulus kurz vor der syrischen Hauptstadt Damaskus ist bis heute berühmt. Die ersten Christen im vorderen Orient, die sich noch der aramäischen Originalsprache Jesu bedienten, nannten sich „syrische“ Christen. Dieser Namensbestandteil ist bei einigen orthodoxen Kirchen bis heute erhalten geblieben. Die Christenheit erlebte zwar unter der muslimischen Herrschaft ab dem 7. Jahrhundert manche Verfolgung. Unter der Regierung des alawitischen Assad-Clans erfreute sie sich aber normaler religiöser und gesellschaftlicher Freiheiten, was im Vorderen Orient die große Ausnahme ist.

Als Hafez al Assad, der Vater des jetzigen Präsidenten Baschar al-Assad, 1970 die Herrschaft übernahm, regierte mit den Alawiten eine kleine islamische Konfession das Land. Diese Minderheit war bis dahin ebenso wie die Christen von den höchsten Stellen des Landes weitgehend ausgeschlossen.

An Mohammeds Vetter und Schwiegersohn Ali scheiden sich in Syrien die Geister

Die Alawiten siedelten seit Jahrhunderten im Westen des Landes, in der Region des Dschebel Ansarije in der Nähe von Lattakia. Meist als Bauern führten sie ein bescheidenes Dasein in der Nähe des Berges der „Nusairier“, benannt nach Ibn Nusair, dem maßgeblichen Gründer dieser islamischen Konfession. Den Alawiten hatte diese Bergregion stets als Rückzugsgebiet vor den Verfolgungen der sunnitischen Herrscherschicht gedient. Ähnlich die Situation in den Bergen des Libanon, wo sich orthodoxe Schiiten vor den Nachstellungen und Attentaten der Sunniten sicher fühlten.

Die syrischen Alawiten dürfen nicht mit den türkischen Alewiten verwechselt werden, obwohl sie beide aus dem heterodoxen Schiitentum stammen. Beide Konfessionen berufen sich, wie der Name zeigt, auf den "Verehrer Alis", des Vetters und Schwiegersohnes des Propheten Mohammed. Die „Schiat Ali“ bedeutet nichts anderes als die „Partei Alis“. In den Kämpfen um die Nachfolge Mohammeds ab 632 n. Chr. vertraten die Anhänger Alis die Auffassung, dass nur dieser Prophet der rechtmäßige Nachfolger sei, womit alle anderen zu unrechtmäßigen Usurpatoren erklärt wurden. Nach der Ermordung Alis im irakischen Kufa richtete sich der Hass der Schiiten besonders gegen die in Damaskus bis 750 herrschenden Omajaden.

Über die genauen Lehren der Schiiten, besonders der Alawiten, gibt es nur wenige zuverlässige Informationen. Sie gelten innerhalb des herrschenden sunnitischen Islam als Ketzer. Ähnlich wie in Deutschland, wo sich Protestanten und Katholiken vielfach gegenseitig in ein negatives Licht stellten, ist die Lage zwischen den schiitischen und sunnitischen Konfessionen bis heute mehr als gespannt. Der Hauptunterschied zwischen Alewiten und Alawiten besteht darin, dass die Gründerfigur bei den Alawiten zusammen mit Mohammed und dem Perser Salman-i-Farisi fast göttlichen Status besitzt. Für die Sunniten ist das eine wüste Ketzerei und Gottlosigkeit. Daher schrecken heute sunnitische Fanatiker nicht davor zurück, wie kürzlich im Irak geschehen, ihre schiitischen Glaubensbrüder bei einer Wallfahrt zu Hunderten in die Luft zu sprengen.

Syrien galt über die längste Zeit der muslimischen Geschichte des Landes als ein Hort des sunnitischen Islam. Als im Reformationsjahr 1517 der Sultan Selim Yavuz das Land für das Osmanische Reich eroberte, blieb es sunnitisch beherrscht. Erst unter dem französischen Mandat entstand nach dem Ersten Weltkrieg kurzfristig ein Quasi-Staat der Alawiten im Gebiet von Lattakia. Der Aufbau der französischen Armee, die auch alawitischen Bauernjungen offen stand, bot den Alawiten erstmals Aufstiegschancen innerhalb des Staates. Die stark nationalistisch gesinnten Sunniten verweigerten sich dagegen bis zur Unabhängigkeit 1946 dem Dienst in der Armee. Es ist daher kein Zufall, dass Baschar al Assad sich wie sein Vater im gegenwärtigen Bürgerkrieg relativ gut auf seine Armee verlassen kann. Während die meist sunnitisch geprägten Kämpfer der „Freien Syrischen Armee“ von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei unterstützt werden, ist für die Alawiten die Armee eine Bastion. Bis heute beherrschen die Alawiten-Familien aus drei Dörfern in der Umgebung der Ortschaft Qardaha, ergänzt um wenige christliche und sunnitische Politiker, das Land. Der 1982 vom Vater Baschars niedergemetzelte Aufstand der sunnitischen Muslimbrüder in Hama zeigt, wie konfliktreich die konfessionellen Gräben nach wie vor sind.

Die konfessionellen Spannungen werden von ökonomischen überlagert

Syrien-Experten wie Günter Lerch von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ verweisen allerdings darauf, dass neben der Religion auch wirtschaftliche Fragen hinter dem Konflikt stehen. Die „sunnitische Handelsbourgeoisie“ hätte sich weitgehend mit dem Assad-Regime ausgesöhnt. Dagegen würden das sunnitische Kleinbürgertum und der Mittelstand sich zunehmend vom Regime unterdrückt fühlen. Diese sunnitischen Schichten, die sich mit den politischen Vorstellungen der türkischen Regierungspartei AKP stark identifizieren können, würden den Aufstand nun vorantreiben. Nicht zu vergessen in dieser Gemengelage sei die seit Jahrhunderten im Norden Syriens siedelnden Kurden, die mit ihren Brüdern auf der anderen Seite der Grenze, in der Türkei und im Irak, ebenso die Konflikte weiter schüren wie eingedrungene sunnitische Kämpfer von al-Kaida und schiitische Milizen aus dem Iran. *Hinrich E. Bues*

Russische Randaliererinnen: Das war kein Gebet

Zu: „Moskaus Rolle rückwärts“ (Nr. 30)

Die Gruppe „Pussy Riot“ hat nicht gebetet, sondern in Verkleidung und Masken ein unschönes Spektakel vor dem Altar aufgeführt und damit die Gefühle von Millionen gläubiger Russen verletzt. Man stelle sich nur ein uns so ein Spektakel in einer Synagoge oder Moschee vor! Falls nicht vorhanden, würde sofort ein Gesetz wegen Gotteslästerung verabschiedet, ich zweifle auch, ob die Darsteller lebend davonkommen würden (wahrscheinlich würden sie vom Iman für Freiwild erklärt werden, siehe dänische Künstler). Ergänzend: Eine der „Darstellerinnen“ in der Kathedrale hat einen kanadischen Pass.

Nichtregierungsorganisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, müssen die Quellen der Gelder und den Verwendungszweck angeben wie auch die Höhe der Beiträge – wie man aus Erfahrung in Russland weiß, handelt es sich nicht immer nur um karikative Zwecke. Es hat mich auch sehr gewundert, als in der Ukraine die Opposition in tausenden orangefarbenen Hemden auftrat. Wie sich später herausstellte, waren das Spenden ausländischer „karikativer“ Organisationen. Greenpeace und andere Organisationen sind doch auch nicht frei von Politik, sondern sind abhängig von Geldgebern.

In Sibirien sollen drei Spaziergänger verhaftet worden sein wegen weißer Bändchen: Das ist für mich kaum vorstellbar, wahrscheinlich ist es nur die halbe Wahrheit. Ich weiß auch nicht, was ich mit dem ganzen Hass im deutschen Blätterwald gegen Putin anfangen soll. Da ist die „New York Times“ viel ausgewogener.

Ansonsten finde ich Ihre Zeitung sehr gut, eine einsame Stimme im deutschen Blätterwald. Meine Frau ist Russin, ich spreche sehr gut Russisch, und wir sehen nicht nur deutsche, sondern auch russische Fernsehsendungen.

Joachim Gehrke, Hamburg

Hinter den Spiegel heften

Zu: „,Zukunft ist Herkunft‘ – Stärkt endlich den Geschichtsunterricht“ (Nr. 33)

Diese Aufforderung Josef Kraus’ in seinem Gastbeitrag samt Aufsatz sollte man allen Kultusministern hinter den Spiegel heften! Und es stimmt hoffnungsvoll, dass ein Mann dieser Denkart, dessen Verlautbarungen ich seit langem mit großer Sympathie verfolge, noch nicht vom Zeitgeist von seinem Vorsitz hinweggefegt worden ist.

Einen Vorbehalt muss ich allerdings in diesem Falle machen: „... dass die Bundesrepublik der Jahre 1949 bis 1989 ein freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaat war“, ist leider nur die halbe Wahrheit. Das Grundgesetz – obwohl es positive Inhalte hat – ist eine Vorgabe der Sieger von 1945. Und zu einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat gehört die Souveränität, die wir keineswegs haben; zum Beispiel haben wir immer noch fremde Soldaten und (Atom-)Waffen im Lande, und es gelten immer noch knebelnde Bestimmungen des Überleitungsvertrages, und es gilt immer noch die (keineswegs obsolete) Feindstaatenklausel, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Es ist ein Problem, wenn Sklaven ihre Ketten gar nicht mehr wahrnehmen.

Jürgen M. Streich, Alveslohe

Einsperren!

Zu: „Schweigen übers ,Niemandsland‘“ (Nr. 33)

Wo ist denn das Problem? Polizeipräsenz, Razzien, Festnahmen – man ist doch sonst auch nicht so zimperlich. Berlin erinnert mich sehr an Bremen, wo der Miri-Clan sich breit gemacht hat und die Polizei Angst hat, etwas zu unternehmen. Die jeweiligen Innenminister sind Feiglinge, Richter und Staatsanwälte lassen sich von solchen Spinnern bedrohen und stellen Ermittlungen ein.

Sind die Täter Ausländer, sofort abschieben. Haben sie einen deutschen Pass, sofort abnehmen und weg mit ihnen. Sind es Deutsche, für die nächsten 20 Jahre ins Gefängnis und keinen Kontakt zu anderen Gefangenen. Man muss es nur tun und nicht nur ständig dummes Zeug reden und mit Pädagogengeschwafel alles lösen wollen. Kuschelkurs nützt nichts!

Albert Kroemer, Bremerhaven

Dann alle bei uns

Zu: „Von einem Extrem ins andere“ (Nr. 34)

Darin ist auch eine große Gefahr für den sozialen Frieden Deutschlands zu sehen: Es ist zu befürchten, dass diese Maßnahmen viele, insbesondere junge Leute veranlassen wird, ihrem Land den Rücken zu kehren und mehrheitlich nach Deutschland zu gehen, da sie dort momentan noch als Fachkräfte willkommen sind. Wenn dann in Deutschland in wenigen Jahren der unausweichliche wirtschaftliche Zusammenbruch erfolgt, hat man all diese Menschen als Arbeitslose neben den ohnehin seit teilweise Jahrzehnten von Hartz IV lebenden Muslimen mit zu versorgen. Spätestens dann wird sich der deutsche Staat noch mehr Schikanen einfallen lassen, um dem noch arbeitenden Volk noch mehr Einnahmen abzupressen.

Jaan Brandenburg, Kergel, Estland



„Für eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde“ (Napoleon): Anti-Sarrazin-Demonstration, Erfurt, Mai 2012 Bild: J.-U. Koch/dapd

Man saugt uns aus

Zu: „Die Schulden-Uhr: Beachtlich!“ (Nr. 31)

Ich bin erstaunt, dass Sie nun auch vom wirtschaftlich starken Deutschland sprechen. Das wird die Bürger und auch die Regierenden in Italien, aber auch in Spanien und vor allem in Griechenland erfreuen. Sie sind natürlich davon überzeugt, die Deutschen seien reich und geizig. Man kann also noch mehr „Rettung“ verlangen und erwarten.

Allerdings, die Schuldenzahl Deutschlands, die Sie dankenswerterweise auch erwähnen, spricht eine andere Sprache. Deutschland steht vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Man wird unser aller Heimat und Vaterland bis aufs Blut aussaugen, man wird erst aufhören mit „Rettungsschirmen“, wenn alles in Scherben liegt. Trotzdem danke für den Mut und die Ehrlichkeit in Ihren Berichten.

Siegfried Seidel, Hagen

Lange Tradition

Zu: „,Niederlage polnischer Diplomatie‘“ (Nr. 33)

Es ist bekannt, dass die Fremdenfeindlichkeit und der Antisemitismus in Polen eine lange Tradition haben. Das dokumentiert sich durch das Verhalten der Regierenden sowie der Bevölkerung nach Erlangen der Unabhängigkeit und der Wiedergeburt Polens im November 1918 gegenüber den Minderheiten und besonders gegenüber den Juden. Die damalige Presse berichtete über diese Vorkommnisse ausführlich. In der „Sensburger Zeitung“ vom 3. Dezember 1918 erschien unter der Überschrift ein Artikel über „Die Judenmorde in Lemberg“, der über das organisierte Massenmorden, begangen von polnischen Legionären, an Juden im November 1918 in Lemberg ausführlich berichtet. Das war der Beginn der Vernichtung der europäischen Juden im 20. Jahrhundert.

Hermann Wank, Hafenlohr

Dieses Land ist keine Demokratie mehr

Zu: „Die Mühen der Feigheit“ (Nr. 33)

Wieder einmal ein wohltuender Wochenrückblick von Hans Heckel! Vielen Dank dafür, nirgendwo in der gleichgeschalteten Systempresse ist so etwas zu lesen.

Man fragt sich Tag für Tag mehr, warum sich die große Mehrheit der Deutschen das alles gefallen lässt und es offensichtlich sogar für gut hält.

Sehen wir uns nur die letzten Wahlergebnisse an: Normalerweise müssten die Verantwortlichen, die dieses Land regieren und es nach meiner Meinung mehr und mehr zerstören, vom Wähler doch in die politische Wüste geschickt werden. Weit gefehlt! Und so zementieren sie diesen Meinungsterror immer mehr und nennen das Demokratie. Sippenhaft wird wieder eingeführt, gesinnungspolitische Inquisitionsveranstaltungen werden unter dem Titel „Kampf gegen Rechts“ bejubelt und gefeiert.

Ganze Stadtviertel verkommen, das Schulniveau sinkt dramatisch ab, in den Gerichten werden Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte offen bedroht („Wir wissen, wo du wohnst“), kurzum, das Land befindet sich in einem wohl unaufhaltsamen Niedergang. Darüber wird in keiner Tageszeitung, in keiner Nachrichtensendung berichtet, aber wenn eine unbescholtene Ruderin ein NPD-Mitglied zum Freund hat, dann spielt die gesamte Medienlandschaft verrückt und tut so, als stände das Land vor dem Untergang.

Dieses Land ist keine freie Demokratie mehr, hier herrscht Gesinnungsterror übelster Art. Wenn es nur noch eine einheitliche Meinung zu allem gibt, dann ist das Diktatur. Ein „falsches“ Wort, eine „falsche“ Bekanntschaft und schon wird man geächtet und für vogelfrei erklärt.

Aber halten wir fest: Die Deutschen sind an dieser Entwicklung selber schuld, sie wählen ihre Inquisitoren munter weiter, sehen dem Untergang ihres Landes kritiklos zu und verfolgen die Menschen, die sie auf die Missstände aufmerksam machen, in gnadenloser Manier.

Dazu möchte ich noch ein überliefertes Zitat von Napoleon anfügen, das da lautet:

„Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Für eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.“

Diesem Zitat ist wohl nichts hinzuzufügen. Wir haben diese Zustände, die wir noch in der einen oder anderen Zeitung beklagen dürfen, selbst geschaffen. Wie wurde uns schon als Kinder immer gesagt: Aus Fehlern sollst du lernen. Aber das haben wir offensichtlich verlernt.

Wir verhalten uns wie der geschundene Hund zu seinem brutalen Herren. Wir lassen uns treten und demütigen und wenn uns mal wieder ein Leckerli geschenkt wird, wedeln wir dankbar mit dem Schwanz und beschützen und bejubeln unsere Peiniger noch.

Peter Schumacher, Melsungen

Nach halbem Jahr

Zu: „Schweigen übers ,Niemandsland‘“ (Nr. 33)

Meine Oma erzählte mir oft von Berlin, da sie dort von 1920 bis 1936 lebte. Sie war mit einem höheren Polizeioffizier verheiratet. Wenn er am Abend seinen Dienst antrat, wusste sie nicht, ob er am anderen Morgen wieder nach Hause kommt.

Erst ab 1933 waren die Menschen in Berlin wieder sicher. Die neue Regierung hatte innerhalb eines halben Jahres wieder Ordnung geschaffen. Was diesem bösen Menschen von Kanzler in sechs Monaten gelungen ist, sollte doch den heute regierenden unfähigen Politikern wenigstens in ein bis zwei Jahren möglich sein, oder wollen diese warten, bis wieder eine „Lichtgestalt“ kommt und für Ordnung sorgt?

Günter Fuchs, Bad Mergentheim

Verdummt

Zu: „Was die SPD antreibt“ (Nr. 33)

Der Beitrag trifft den Nagel auf den Kopf: Tatsächlich ist es so, dass die Wählerschaft der Grünen und Roten bereits so verdummt wurde, dass man gar nicht mehr spürt, was ein Politiker wie der Genosse Gabriel von sich gibt. Das Schlimme dabei ist, dass die Krankheit der Massenverblödung in Deutschland schon solche Züge angenommen hat, die man höchstwahrscheinlich als unheilbare Seuche diagnostizieren muss.

Manfred Kristen, Duderstadt

Nachrichten politisch gesteuert

Zu: „Lügen ohne Limit“ (Nr. 31) und „Die Mühen der Feigheit“ (Nr. 33)

Seit einiger Zeit frage ich immer wieder bei ARD und ZDF nach der Berichterstattung von „Tagesschau“ und „Heute“ nach, von wem die Nachrichten politisch gesteuert werden, bekomme aber keine Antwort und man hüllt sich in Schweigen.

Hier wird sehr deutlich, warum Eva Herman gegangen ist und dass hierbei von Pressefreiheit keine Rede mehr sein kann. Für mich wird hier eindeutig Gehirnwäsche am deutschen Volk betrieben.

Tagelang wird immer über die selben Themen berichtet, wie zurzeit über die drei Frauen in Russland und man hetzt gegen Putin. Diese Einmischung in andere Länder hat man sich von der amerikanischen Lügenmentalität angeeignet, die nur dazu dient, ihre eigenen Machtinteressen zu verwirklichen. Alles, was sich nicht dem machtbesessenen Verbrechersystem der Amerikaner beugt, wird mit allen Mitteln bekämpft. Es würde mich auch nicht wundern, wenn nach dem Euro der Dollar käme, den Cent haben wir ja schon.

Dass wahrheitsliebende Menschen mundtot gemacht werden sollen, sieht man heute an vielen Beispielen, wobei die Grünen mit ihrer Anti-Deutschlandpolitik an erster Stelle stehen.

Wann gibt das deutsche Volk seine Passivität auf?

Eddi Göller, Malsfeld

Die preußischen Tugenden führen zum Guten

Zu: „Auf den Spuren der Königin“ (Nr. 31)

Der nachdenkliche Günter de Bruyn spricht in seinem Buch „Preußens Luise“ vom Vergehen einer Legende – und ist sich am Ende wohl bewusst, an ihrer Erhaltung mitgeschrieben zu haben.

Legenden sind das eine! Die Erinnerungen sind etwas anderes und weit mehr. Wo sie jedoch unterdrückt, geleugnet oder verworfen werden, leben sie im Volk dennoch weiter, erwachen und führen uns, wenn wir nur wollen, zu den Wurzeln und zur Wahrheit unserer Geschichte.

Es ist weit mehr als eine Legende, die hier auflebt. Ein Volk, dessen Geschichte zwölf zu lange Jahre missbraucht wurde, dem man danach nationale Identität, Patriotismus, Tradition und Würde aberzogen hatte und das bis heute immer erneut betreibt, beginnt langsam, sich wieder zu finden. Dazu tragen die Männer und Frauen des Vereins in Hohenzieritz auf mehrfach historischem Boden in bewundernswerter Weise bei. Wir wollen ihnen herzlich danken.

Wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, dass Preußen von den Siegermächten des Dreißigjährigen Weltkrieges aus sehr nationalegoistischen Gründen zuerst verketzert und dann verboten wurde. Zumindest bot sich mit den Nationalsozialisten und deren unsinniger, alle Geschichte verfälschender Aneignung des Namens Preußen (Hitler, Bormann, Goebbels, Himmler waren doch Zerrbilder preußischer Tradition und Würde, preußischer Tugenden) für Engländer, Franzosen und Amerikaner eine Gelegenheit, mit dem verhassten Preußen stellvertretend für Deutschland aufzuräumen. (Die Russen hielten sich erstaunlicherweise zurück.) Leo Tolstoi hat einmal gesagt, dass man niemanden mehr fürchtet und hasst als denjenigen, dem man Unrecht getan hat. Amerikanische Umerziehung, Zerrüttung unseres Schul- und Bildungswesens, unserer Kultur haben doch zu dem geführt, was wir heute erschüttert, aber zugleich hilflos betrachten.

Es sind die preußischen, die sogenannten Sekundärtugenden, die uns – allerdings beim mittlerweile immer untüchtigeren Elternhaus beginnend – aus dem Irrgarten herausführen könnten.

Dr. Wolfgang Köpp, Alt-Rehse

Quelle der Ostalgie

Zu: „Politik hält DDR-Gedenken kurz“ (Nr. 29)

Den vermissten „Besuchern aus den neuen Ländern“ hängt das Thema allmählich zum Halse heraus – selbst denen, die der DDR alles andere als freundlich gesonnen waren. Immer wieder auf dieselbe (schlimme) Stelle – als hätte das Leben im Wesentlichen aus nichts anderem bestanden.

Hier liegt eine wesentliche Quelle der „Ostalgie“.

Lorenz M. Spiewok, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 35 – 1. September 2012

Große Pläne für den Königsberger Tiergarten

Direktorin Swetlana Sokolowa knüpft an Vorkriegstradition an – Stadt hilft bei der Finanzierung und Investorensuche

Königsbergs 1896 eröffneter traditionsreicher Tiergarten steht unter der Leitung von Swetlana Sokolowa, seit im vergangenen Jahr die damalige Zooleitung wegen verheerender Zustände entlassen worden ist. Die neue Direktorin erzählt im Gespräch mit *PAZ*-Redakteurin Manuela Rosenthal-Kappi, wie sie den Tiergarten wieder zu einer attraktiven Sehenswürdigkeit im heutigen Königsberg umgestalten will.

PAZ: *Frau Sokolowa, welche Situation haben Sie bei Ihrem Amtsantritt als Zoodirektorin vorgefunden?*

Sokolowa: Es gab eine Ausschreibung für die Stelle des Zoodirektors. Ehrlich gesagt, wollte ich mich gar nicht daran beteiligen. Am Ende überwog aber das Gefühl der sozialen Verantwortung und die Erkenntnis, dass ich zumindest versuchen könnte, die sich immer mehr zuspitzende Lage des Zoos zu verbessern. Übrigens ist mein Vertrag bis November dieses Jahres befristet. Jeder weiß, dass in dieser Zeit nicht alle Probleme gelöst werden können, die sich jahrzehntelang angehäuft haben – das wäre unrealistisch. Fünf bis zehn Jahre wären eine realistische Spanne, abhängig vom politischen Willen und der Finanzierung durch die städtische und die Gebietsregierung. Das Hauptproblem des Zoos ist die schlechte technische Ausstattung der Gebäude und Einrichtungen, die seit Jahrzehnten nicht modernisiert wurden. Insgesamt verfügt der Tierpark über zirka 80 verschiedene Gebäude, von denen 70 entweder eine Komplettsanierung oder einen Neuaufbau benötigen. Im Januar habe ich vier Zoos in Deutschland besucht: Ich glaube, dass ich viele Ideen für die Umgestaltung des Königsberger Tiergartens mitgenommen habe. Für mich ist jetzt das Wichtigste, keine Fehler zu machen. Ich hatte keine Zeit, mich in Ruhe einzuarbeiten, sondern musste von Beginn an täglich verantwortungsvolle Entscheidungen fällen. Der Gouverneur hat in diesem Jahr umgerechnet eine Million Euro zur Unterstützung des Tiergartens zur Verfügung gestellt. Diese Mittel müssen mit Verstand ausgegeben werden. Gemeinsam mit den Kollegen habe ich entschieden, dass wir uns zunächst die Objekte vornehmen, die in besonders schlechtem Zustand sind: Brükken, das Außenbecken der Robben einschließlich Reinigungsanlage und das historische Löwenhaus, das Haus für Tropenvögel sowie die Anschaffung eines geeigneten Fuhrparks und die Ausrüstung zur Pflege des Freigeheges. Zunächst müssen die Wege erneuert werden, die alten Metallzäune gegen solche ausgetauscht werden, die ich in Deutschland gesehen habe.



Ortstermin: Alexander Jaroschuk (Mitte) zu Besuch bei Swetlana Sokolowa im Zoo Bild: Königsberger Zoo

PAZ: *Erhalten Sie Unterstützung seitens der Stadt oder von Politikern?*

Sokolowa: Der Königsberger Zoo ist ein städtischer. Die laufenden Kosten werden von der Stadt getragen. Das Gesamtbudget lag im Jahr 2011 bei 2,4 Millionen Euro inklusive Steuern. Davon kamen 1,8 Millionen Euro aus dem Haushalt der Stadt, 600000 Euro waren eigene Einnahmen des Zoos, hauptsächlich Eintrittsgelder. Was die Beziehungen zur Macht angeht – sie sind sehr positiv. Sowohl Politiker der Stadt als auch der regionalen Regierung wollen die Probleme des Zoos lösen. Ich bekomme Hilfe und Unterstützung. Die Gebietsregierung hat einen Dialog mit Geschäftsleuten der Region angeschoben und ihnen eine Patenschaft für die Tiere angeboten. Dank dieser Initiative sind einige solcher Verträge zustandegekommen

PAZ: *Wie geht es Ihrer Einschätzung nach den Tieren heute?*

Sokolowa: Ich denke, dass es den Tieren heute nicht schlecht geht. Sie sind gut genährt. Wir haben keine Probleme mit der Beschaffung von Nahrung und Medikamenten. Das Äußere der Tiere spricht für sich: Sie sind in guter physischer Verfassung. Obwohl, ich wiederhole, das Hauptproblem des Zoos ist die technische Ausrüstung. Viele Käfige müssten vergrößert und modernisiert werden, um nur annähernd den Minimalanforderungen der Standards zu entsprechen, die von Experten der EAZA (Europäische Assoziation für Zoos und Aquarien) aufgestellt wurden. Ebenso muss an einer modernen Art der Präsentation gearbeitet werden. Die meisten Besucher entscheiden nach dem Schema „Gefällt/Gefällt nicht“. Selbst, wenn die Tiere in gutem Zustand sind, aber Besucher die Umgebung, etwa die Bepflanzung, als unschön empfinden, werden sie sagen: „Die Tiere werden schlecht gehalten“. Deshalb ist es notwendig, eine der natürlichen Umgebung maximal angepasste Präsentation herzustellen, was sehr aufwendig ist. Das nächste Thema, das ich angehen werde, ist, den Mitarbeitern des Zoos beizubringen, die Tiere nicht nur zu füttern und zu säubern, sondern ihnen auch eine ansprechende Umgebung zu schaffen. In der Natur verbringen die Tiere einen Großteil ihrer Zeit mit der Nahrungssuche, indem sie jagen oder sich vor Feinden in Sicherheit bringen. Im Zoo haben sie dagegen viel Zeit und wenig Bewegungsfreiheit. Deshalb ist es so wichtig, die Tiere zu beschäftigen. Die Einförmigkeit der Lebensbedingungen kann selbst bei höchsten Standards in der Pflege zu Verhaltensstörungen und sogar zu Erkrankungen führen.

PAZ: *Wie sehen Ihre Pläne für die nächste Zeit aus?*

Sokolowa: 1. Die Preispolitik ändern. Wir haben bereits zum 1. Mai den diskriminierenden höheren Eintrittspreis für Ausländer abgeschafft. 2. Wir haben begonnen, ein Museum des Königsberger / Kaliningrader Zoos einzurichten. 3. Neben den bereits zuvor genannten Erneuerungen ist der Bau eines neuen Affenhauses in Arbeit. 4. Große Aufmerksamkeit werden wir unserer Arbeit mit Kindern widmen. Zurzeit erarbeiten Pädagogen einen interessanten Zyklus interaktiver Aufgaben, damit ein Zoobesuch für Kindergärten und Schulen zu einem unverzichtbaren Teil ihres Bildungsprogramms wird. In diesem Sommer gab es bei uns zum ersten Mal eine Ferienfreizeit für Kinder. Das wollen wir unbedingt weiterentwickeln. 5. Für mich ist es wichtig, die Personalführung zu verbessern. Die Mitarbeiter müssen sich regelmäßig weiterbilden, an Seminaren und Konferenzen teilnehmen. Eine Weiterqualifizierung ist dringend notwendig, um den Anforderungen einer zeitgemäßen Zooleitung gerecht zu werden. Ebenso wichtig ist die Partnerschaft mit anderen Tierparks wie den erwähnten deutschen. Hoffen wir, dass, wenn auch nicht sofort, der Königsberger Zoo seine ehemalige Pracht zurückgewinnt und zu einer der Sehenswürdigkeiten der Stadt wird.

Aufruf an *PAZ*-Leser

Swetlana Sokolowa wäre ehemaligen Bewohnern Königsbergs und anderer ostpreußischer Städte dankbar für die Überlassung von Originalen (vielleicht hat noch jemand Eintrittskarten für den Königsberger Tiergarten, Broschüren, Postkarten, Familienfotos und so weiter) oder Kopien. Vielleicht möchte auch jemand seine Erinnerungen an einen Zoobesuch zuschicken. Man kann auf Deutsch entweder an die E-Mail sokolova_svetlan@mail.ru oder an die Postadresse Russland, 236000 Kaliningrad, Prospekt Mira 26, z. Hd. Direktorin Swetlana Sokolowa schreiben. Im kommenden Jahr will sie dann eine ständige Ausstellung einrichten.

Bürgermeisterwahl scheint gelaufen

In Königsberg kann dem Amtsinhaber auch der Rechtsradikale Dmitrij Djomuschkin nicht gefährlich werden

Wir, das russische Volk, leben seit fast 100 Jahren unter der Knute wechselnder antirussischer Regime. Wir sollten längst 600 Millionen zählen, dabei nehmen wir jährlich um eine Million ab, und diese Lage können wir nicht länger dulden“, heißt es im „Manifest“ der „Ethnopolitischen Vereinigung Die Russen“, einer im April 2011 gegründeten Sammelbewegung russischer Rechtsextremer. Ihr „Führer“ ist Dmitrij Djomuschkin, ein 1979 in Moskau geborener berüchtigter Rechtsradikaler, klerikaler Antidemokrat und xenophober Chauvinist, der nach zahllosen Fehlschlägen durchstarten möchte. Er will sich am 14. Oktober zum Bürgermeister Königsbergs wählen lassen, ein Amt, in das ihn aktuelle politische Trends schwemmen sollen.

> Die radikale Rechte befindet sich zwar im Aufwind ...

In der Russischen Föderation wächst die Rate derer, die für rechtsradikales Gedankengut empfänglich sind. Ende 2011 waren es 47 Prozent. Davon ist auch Königsberg nicht ausgenommen, wo jüngst eine Flut usbekischer „gastarbajtery“ fremdenfeindliche Spannungen auslöste. Davon profitieren die lokalen Radikalen der „Baltischen Avantgarde des russischen Widerstands“ (BARS), politischer „Zwilling“ von Djomuschkins 2002 gegründeter und 2011 verbotener „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI). Ähnlichen Zuschnitts waren auch andere Formationen wie „Slawische Union“ (SS), „Slawische Kraft“ und „Russische Nationale Einheit“ (RNE), die Djomuschkin allesamt gegründet oder geleitet hat. Jetzt formiert er politischen Bodensatz um sich und will punkten mit dem Slogan „Vernjom Rossiju Russkim“ (Wir geben Russland den Russen zurück).

Djomuschkin ist, was Russen seit Jahrhunderten „durak“ nennen, ein vollendeter Narr. Wie sonst soll man einen Djomuschkin charakterisieren, der den Tschetschenen Ramsan Achmatowitsch Kadyrow und den Deutschen Adolf Hitler „rückhaltlos“ bewundert, Kontakt zu dem norwegischen Massenmörder Anders Breivik sucht, mit „drei Diplomen von zwei Fakultäten“ angibt, es aber nie weiter als zum Manager eines Clubs für „Mixfight“, eine Art Prügelei ohne jegliche Regeln, brachte. Seine Eskapaden waren derart, dass die intellektuelle „Novaja gazeta“ (Neue Zeitung) argwöhnte, er sei ein „Provokateur“, der im Auftrag Putins das gesamte rechte „Lager“ diskreditieren sollte.

Und so ein „durak“ wird die Krönungsstadt der Preußenkönige und Heimatstadt Immanuel Kants regieren? Wird er nicht, lächelt Solomon Ginsburg, vermutlich der klügste Abgeordnete des Regionalparlaments des Königsberger Gebiets, dem er seit 2000 als Unabhängiger angehört. Djomuschkin, so Ginsburg, habe ebenso wenig eine Chance wie der Unabhängige Jewegenij Gan, der Kommunist Jurij Galanin, der „Linksfrontler“ Sergej Udalzow, der Grüne Oleg Mitwol und wer sich bis zum 29. August sonst noch in die Kandidatenliste eintrage. Alle seien chancenlos gegen den aktuellen Amtsinhaber Aleksandr Jaruschok, dem noch im Mai eine repräsentative Meinungsumfrage bescheinigte, 70 Prozent der Königsberger hinter sich zu haben – als Kandidat der Putin-Partei „Einiges Russland“ (ER).

Wie anderswo wählen auch die Bürger Königsbergs das vermeintlich kleinere Übel. Dieses ist in ihren Augen Jaroschuk, der sich selbst mit dem ebenfalls der ER angehörenden Gouverneur Nikolaj Zukanow anlegt, wenn etwas für seine Stadt herausspringen soll. Im Wahljahr 2012 tat er dies sogar mit Erfolg. Die Budgetmittel stiegen um 17,9 Prozent, während die Schulden der kommunalen Dienstleister um 5,5 Prozent gesenkt werden konnten. Beim Einkommen der Bevölkerung konnte sich die Stadt vom vorletzten Platz, den es noch zu Beginn dieses Jahres im innerrussischen Ranking eingenommen hatte, in den vergangenen Monaten bis auf einen guten Platz im Mittelfeld vorarbeiten. Beachtlich auch die Mobilität der Königsberger. Mit 70 Prozent besitzen mehr als zwei Drittel aller Königsberger einen Reisepass mit biometrischen Foto, den sie sich an nicht weniger als 25 Punkten der Stadt ausstellen lassen können. Von allen Russen besitzen nur 17 Prozent ein solches Dokument. Während 78% der Russen noch nie außerhalb der ehemaligen Sowjetunion gewesen sind, muss man in Königsberg sich schon Mühe geben, jemanden zu finden, der noch nie im Westen war. „Den Königsbergern musst du nichts erklären, sie kennen es aus eigenem Augenschein“, trumpft „Swobodny Kaliningrad“ (Freies Königsberg) auf und fügt unter Hinweis auf die Wahlen vom 14. Oktober hinzu: „Wer immer in Königsberg die Macht hat, sollte sie vorsichtig anwenden, anderenfalls ist ein hoher Preis zu zahlen.“

> ... aber Bürgermeister Jaruschok kann mit Erfolgen punkten

Wolf Oschlies



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

gewöhnlich pflege ich zu besonderen Anlässen im Familien- oder Freundeskreis ein paar Verse zu schmieden und die Geburtskinder oder sonst wie Geehrten zu „bedichten“ – das war immer so und bleibt auch so, weil es nun einmal mein Metier ist. Aber nun ist es umgekehrt gekommen: Eine Leserin aus Bad Bentheim hat mir und der Ostpreußischen Familie ein Poem gewidmet, über das ich mich sehr gefreut habe und das ich an unseren Leserkreis weitergeben möchte. Jedenfalls mit einigen Versen, denn es ist immerhin sieben Vierzeiler lang. Frei nach **Eugen Roth** beginnt **Ingrid Preylowski** zu reimen: „Ein Mensch, so möchte ich mal sagen, der oft uns hilft bei Schicksalsfragen, dem schulden wir Respekt und Dank und nicht per Telefon Gezank!“ Sie spricht damit den unerfreulichen Fall an, den ich kürzlich erwähnte, kommt weiter auf „die Pflege der Familienbande im Ausland und im Binnenlande“ zu sprechen, um dann auch unsere Leser in ihre Laudatio einzubinden: „So manche Frage wurde von ihr geklärt, oft mit Hilfe der Familie, wie sich's gehört. Obwohl verteilt in aller Welt der Ostpreußen-Schlag zusammenhält.“ Na, das tut doch uns allen gut, vor allem, wenn es von einer Berlinerin kommt: „Ich halte Augen auf und Ohren, bin selber in Berlin geboren, mein Mann stammt aus dem Kreis Allenstein, so heiratete ich in die Familie ein.“ Frau Preylowski wünscht uns zum Schluss noch „gute Zeiten“ in der Hoffnung, dass ich die Ostpreußische Familie noch lange begleiten werde und endet mit dem Wunsch „und haltet als Familie zusammen, das sei meine Bitte!“ Die wir, glaube ich, alle gerne erfüllen werden. Vielen herzlichen Dank für dieses Poem, liebe Frau Preylowski! Es schreibt sich in die Chronik unserer nun bald 40-jährigen Familien-Geschichte ein.

Ja, so manche Frage wurde und wird von mir geklärt, aber die meisten muss ich doch weiter reichen. So auch den nächsten Fall, der wieder einmal nach Königsberg führt. Der Vorsitzende der Gesellschaft Freunde Kants und Königsbergs e.V., Herr **Gerfried Horst**, Berlin, übersandte uns eine Anfrage der russischen Fernsehjournalistin **Swetlana Kolbanjowa**, die im Augenblick an einem Jazz-Festival arbeitet, das – während wir diese Zeilen veröffentlichen – als „Kaliningrad City Jazz“ über die Bühne geht. Bei der Vorbereitung ist sie nun auf einen interessanten Hinweis gestoßen, der für Königsberg als „Jazz-Stadt der ersten Stunde“ von Bedeutung sein könnte. Frau Kolbanjowa schreibt: „Ich bitte um Rat oder Ideen oder Adressen die mir weiter helfen können, und zwar suche ich zur Zeit alles Mögliche über eine Person namens **Dietrich Schulz-Köhn** (1912–1999), auch als ‚Dr. Jazz‘ bekannt. Er war in den 30er Jahren bei der Deutschen Grammophon Gesellschaft beschäftigt. Ich bin auf seinen Namen zufällig gestoßen. In seiner Wikipedia-Biographie steht, dass er 1934 den ersten deutschen Jazzclub, den Swing-Club, gegründet habe und das ausgerechnet in Königsberg. Da wurde ich natürlich neugierig. Ich fand einige Artikel über ihn in einer Jazz-Zeitung. Sein Nachlass mit einer wohl recht großen Plattensammlung soll irgendwo in Graz sein, da forsche ich noch dran“. Vor allem aber forscht die Journalistin nun nach dem, was Schulz-Köhn in Königsberg bewirkte. Wo und unter welchen Umständen die Gründung des ersten deutschen Jazz-Clubs erfolgte, wer in diesem Jazz-Club spielte, bis wann „Dr. Jazz“ in Königsberg war – das sind nur einige Fragen, die im Raum stehen. Wir haben vor längere Zeit schon einmal über eine Jazz-Band im damaligen Alhambra-Cafe berichtigt, der Name von Dietrich Schulz-Köhn tauchte aber nicht auf. Es könnte also sein, dass die Spuren des „Dr. Jazz“ dorthin führen. „Ich weiß nicht was, aber irgendwas muss ich finden, um diese Geschichte mit dem ersten deutschen Jazzclub entweder zu bestätigen oder für immer zu vergessen“, schrieb Swetlana Kolbanjowa an Gerfried Horst. Er hat uns gefunden, und ich glaube und hoffe, dass es der richtige Weg ist. Zuschriften bitte an: Herrn Gerfried Horst, Vorsitzender der Freunde Kants und Königsberg e. V. Ceciliengärten 6 in 12159 Berlin, (Telefon 030/56596967, E-Mail: gerfried.horst@t-online.de)



Insterburg: Platz vor dem Bahnhof Bild: privat

Das nächste Thema spricht weniger den Einzelnen unter uns an, sondern mehr die Institutionen oder Gruppen, die dokumentarische Arbeit leisten, da diese immer mehr Gewicht bekommt, wenn es um die Aussagen von Zeitzeugen geht. So will auch die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung mit Sitz in Berlin ihre Zeitzeugenarbeit intensivieren und bittet deshalb die Landsmannschaft Ostpreußen um Unterstützung. Es geht um den Ausbau eines Zeitzeugenarchivs im geplanten Dokumentations- und Informationszentrum der Stiftung, in dessen Rahmen gegenwärtig eine Ermittlung und Sichtung vorhandener Zeitzeugeninterviews und -berichte vorgenommen wird. Dabei handelt es sich zunächst um audiovisuelle Materialien zum Thema Flucht und Vertreibung, also um keine schriftlich niedergelegten Dokumentationen wie Fluchtberichte, Familienchroniken, Lebensläufe oder literarische Abhandlungen. Der Direktor der Bundesstiftung in Berlin, Herr Prof. Dr. **Manfred Kittel**, teilt uns mit, dass man in Berlin an Beständen interessiert ist, die nicht in öffentlich zugänglichen Archiven, Bibliotheken und Museen lagern. Daher würde die Stiftung sich freuen, wenn wir diese wichtige Dokumentation mit Informationen über bereits archivierte Zeitzeugeninterviews (Video/Audio) unterstützen würden. Im Rahmen der Gruppenarbeit kämen vor allem Heimatstuben und Kreisarchive in Frage, aber auch in Privatarchiven dürfte sich mancher auf CD oder DVD aufgenommene Bericht befinden, der für diese zentrale Speicherung wichtig ist. Mit der Erhebung wurde von der Stiftung Herr Dr. **Ralf Meindl** beauftragt, an den alle Informationen zu richten sind. (Dr. Ralf Meindl, Kiefholzstraße 18A in 12435 Berlin, Telefon 030/27498456, Email: ralfmeindl@yahoo.de)

Um eine Dokumentation geht es auch bei unserem nächsten Thema, das vor allem unsere Insterburger Landsleute interessieren wird. Es handelt sich um den großen Bildband „Unser Insterburg“ mit über 1200 Fotos, den der Rektor i. R. **Horst Grigat**, Hamburg, zusammengestellt hat und der schon bald nach seinem Erscheinen auf ein solch großes Interesse stieß, dass er bald vergriffen war. Von einer Neuauflage in Buchform hat der Herausgeber abgesehen, dafür ist die Bilddokumentation als Druckvorlage auf DVD noch vermittelbar. Dies teilt uns der engagierte Heimatforscher mit, der sich in Zukunft vor allem unserer Friedenforschung befassen will und hierzu bereits aktive Maßnahmen ergriffen hat. Horst Grigat ließ nun mir und damit unserer Ostpreußischen Familie eine DVD zukommen, damit wir jederzeit auf dieses großartige Bildmaterial zurückgreifen können. Ähnliches gilt auch für das Buch „Die Geschichte der Dörfer im Kirchspiel Saalau“. Diese Dokumentation über das im Kreis Insterburg gelegene Kirchspiel ist ebenfalls als Druckvorlage auf DVD erhältlich. Über Horst Grigat sind außer den DVDs auch drei umfangreiche Leinenbände der Reihe „Deutsche Geschichte aus deutscher Sicht“ zu beziehen, die authentische Zeitzeugenaussagen zu unserer Geschichte von 1920 bis 2010 enthalten. Diese Dokumentationen, die vor allem für öffentliche Bibliotheken und Archive bestimmt sind, wurden nur in begrenzter Auflage erstellt und sind auch als DVD erhältlich. Näheres ist der Web-Visitenkarte von Horst Grigat zu entnehmen: www.horstgrigat.de. Seine Anschrift: Horst Grigat, Rektor i. R., Wendlohstraße 91 in 22459 Hamburg Telefon/Fax (040) 5517343, E-Mail: horst.grigat@t-online.de

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Da wir die Insterburger angesprochen haben, schieben wir gleich eine kleine Meldung nach, die sich zwar nicht auf eine Veröffentlichung in unserer Familien-Kolumne bezieht, aber in ihren Rahmen passt. Denn die E-Mail, die uns Herr **Herbert Freyer** gesandt hat, betrifft eine Suchanzeige, die allerdings vor fast 60 Jahren aufgegeben wurde. Wir haben in der letzten Zeit schon öfters über Suchwünsche aus jenen frühen Jahren berichtet, in denen die Leser nach Hinweisen auf die namentlich aufgeführten vermissten Personen gebeten wurden. Es ist dann auch tatsächlich vorgekommen, dass sich Nachkommen der damaligen Gesuchten gemeldet haben. Diesmal ist es umgekehrt: Hier meldet sich mit Herrn Freyer ein Leser, der sich auf ein Insterburger Ehepaar bezieht, dessen Namen er im *Ostpreußenblatt*/Ausgabe Nr. 10 vom 5. April 1953 erst jetzt gefunden hat und über das er Informationen anbietet. Unter der Überschrift „Wir suchen Insterburger“ wurden insgesamt 18 Namen aufgeführt, darunter auch „**Freyer**, **Emil** und Frau **Emma**, Immelmannstraße 69“. Es dürfte sich um nahe Verwandte des Schreibers handeln, wie der Name vermuten lässt und wie aus seinem Angebot hervorgeht: „Ich weiß, es ist 60 Jahre her, aber ich bin in der Lage, Auskünfte zu erteilen, falls noch jemand Interesse hat“. (Herbert.Freyer@gmx.net)

Nun wird es ganz schwierig, denn die nächste Anfrage führt in den Bezirk Suwalki, in das Stammland der prussischen Sudauer östlich von Lyck. Es hat im Laufe der Jahrhunderte eine wechselvolle Geschichte erlebt, mal gehörte es zu Litauen, mal zu Russland, dann zu Deutschland, jetzt zu Polen. So sind auch die Namen und Ortsangaben leicht verwirrend, die uns Frau **Fryderika Skowron** vorlegt, die auf der Suche nach ihren Vorfahren ist. Aus der Heiratsurkunde ihrer Eltern kann sie entnehmen, dass ihre Großmutter **Minna Kulak** geborene **Nitschmann** in Udziejek, Kreis Suwalki geboren wurde. Nun möchte sie herausfinden, ob diese Minna **Niczmann** (polnische Schreibweise) mit **Robert Nitschmann**, *16. Oktober 1892 im litauischen Ludwinowo bei Mariampole, verwandt war. Die Vermutung liegt nahe, denn dessen Vater war Lehrer und Landbesitzer in Udziejek. Ob sich aber heute noch klären lässt, ob wirklich eine Verwandtschaft besteht, ist fraglich. Vielleicht gibt es ja Nachkommen von Robert Nitschmann, die von dieser Suche erfahren und Auskunft über die Familie geben könnten. Frau Skowron ist unter der Telefonnummer (0451) 2928583 zu erreichen. (E-Mail: fskowron@gmx.de)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ausziehen – Laufen – Los!

In Rossitten wird wieder geflogen

Bald fliegen sie wieder am Predin“ – so stand es in der Folge 12 der *PAZ* auf unserer Familienseite zu lesen. Alten Segelfliegern würde bei dieser Nachricht das Herz aufgehen, vermuteten wir und die Zuschriften auf diese Veröffentlichung hin bestätigten das, wenngleich auch ein kleiner Zweifel blieb: Würde es in Rossitten wirklich wieder einen Flugtag mit historischen Segelflugzeugen geben? Es klang fast zu schön, wenn man das heutige Rossitten [Rybachij] kennt oder Fotos und Filme von dem nun russischen Fischerdorf auf der Kurischen Nehrung gesehen hat. Was uns die Fluglehrerin **Rosemarie Zantow** aus Fassberg mitteilte, ließ doch die Hoffnung überwiegen. So konnten unsere Leser folgende Information aus der Extra-Familie vom 15. März entnehmen:

„In Rossitten wird es wieder in diesem Sommer einen Flugtag geben. 90 Jahre nach dem Start des ersten Segelflugzeuges 1922 soll zwischen dem 10. und 12. August wieder ein Grunau-Baby vom Hang der großen Düne starten. Möglich gemacht wird dies durch das Engagement des Vizepräsidenten der Deutschen Sektion des Vintage Glider Club, Dr. **Harald Kämper**, in Verbindung mit dem Direktor des russischen Nationalparks Kurische Nehrung, **Anatoly Kalina** sowie dem Generalkonsul der Bundesrepublik in Kaliningrad, **Aristide Fenster**. Damit rückt das Nehrungsdorf Rossitten wieder in den Fokus der Segelfliegerei, und alte Erinnerungen werden an die Pionierzeit des deutschen Segelfluges geweckt.“



Erster Start mit dem Grunau-Baby: Dr. Harald Kämper

Dann hörten wir lange Zeit nichts mehr, so dass wir unsicher wurden: Würden die Segelflugtage tatsächlich stattfinden, oder war der Wunschtraum geplatzt? Und dann kam kurz nach dem genannten Flugtermin eine E-Mail von Herr Dr. **Peter Herrmann**, einem der Teilnehmer, die uns von allen Zweifeln befreite. Wir bringen seinen Bericht im vollen Wortlaut mit einigen seiner Fotos, die das Geschehen am Predin belegen.

„In Rossitten (Kurische Nehrung) wird wieder geflogen.

Nach 67 Jahren wurde in der ehemaligen Wiegestätte des deutschen Segelfluges am 11. August der Flugbetrieb symbolisch wiederaufgenommen. Organisiert durch den ‚Vintage Glider Club‘ (VGC; deutsche Sektion: http://www.vgc-deutschland.de) hat die Gruppe um Dr. Harald Kämper vom 10. bis 12. August gleich zwei historische Segelflugzeuge (Schulgleiter SG38 und das Grunau Baby) nach Rossitten gebracht.

Begleitet durch knapp 80 Gäste aus Deutschland, Dänemark, den Niederlanden, England, Litauen und der russischen Presse wurde das SG38 dem Museum in Rossitten feierlich geschenkt. Das Grunau Baby wurde auf den Dünen in Gummiseilstarts eingesetzt. Getreu dem Motto der Vorkriegsjahre erschallte in Rossitten am 11. August wieder der Ruf „Ausziehen – Laufen – Los“, wodurch das Grunau Baby durch zwei ziehende Mannschaften gleich sechsmal hintereinander in die Luft katapultiert wurde. Laut offizieller Startliste haben sich dabei neben dem ersten Flieger Dr. Harald Kämper auch jeweils ein dänischer, niederländischer und Schweizer Pilot verewigt. **Nick Newton** (England), als Vorsitzender des VGC, flog als zweiter. Den letzten Flug absolvierte das jüngste jugendliche Mitglied des VGC, **Fridolin Sturm**, der gleich den Dauerflugrekord an dem Tag von 55 Sekunden aufgestellt hat. Die Gäste der historischen Veranstaltung wurden sehr freundlich durch den russischen Museumsleiter **Kalina Anatoli Anatoliewitsch** begrüßt und betreut. Die Veranstaltung fand in der gemeinsamen Feier der Nationen ihren Ausklang. In Rossitten florierte vor dem Zweiten Weltkrieg eine der drei größten Segelflugschulen (neben Wasserkuppe an der Rhön und dem schlesischen Grunau). Der berühmte Weltrekordhalter **Ferdinand Schulz** hat in Rossitten in den 20er Jahren gleich mehrere Weltrekorde aufgestellt. Die Kurische Nehrung ist aufgrund ihrer einzigartigen Dünenlandschaft ideal für den Hangsegelflug geeignet. Internationale Teams haben sich bis 1939 Jahr für Jahr zu Wettbewerben getroffen. Der letzte Schulungsflug fand im Januar 1945 statt.“



Geschenk an das Museum: SG38 Bilder (2): Herrmann

Soweit der Bericht von Herrn Dr. Peter Herrmann. Wir freuen uns, dass wir so schnell einen authentischen Bericht über das Geschehen an dieser historischen Stätte des deutschen Segelfluges bringen können, und möchten Herrn Dr. Herrmann sehr herzlich dafür danken. Das Herz manches alten Segelfliegers wird beim Lesen wohl noch einmal höher schlagen!

Peter Herrmann/R.G.



ZUM 100. GEBURTSTAG

Abram, Willy, aus Ebenrode, am 9. September

Borowski, Lea, geb. **Kraukowski**, aus Sidden/Eibenau, Kreis Treuburg, am 1. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Piontkowski, Willy, aus Lyck, am 5. September

Pruss, Paul, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Matthey, Margarete, geb. **Bucher**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 6. September

Piekarowitz, Margarete, geb. **Porr**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 4. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 8. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Sturmorosk, Anna, geb. **Greub**, aus Grieben, Kreis Schloßberg, am 6. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Bahl**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 9. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Klimoßek, Guste, geb. **Meyer**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 4. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Enskat, Gertrud, geb. **Ohnhold**, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 9. September

Hoffmann, Margarete, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 7. September

Kairies, Helene, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 9. September

Racherbämer, Lotte, geb. **Kruck**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behrle, Erna, geb. **Mattern**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. September

Bogumil, Erna, geb. **Grzanna**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. September

Dittmann, Edith, geb. **Petereit**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 7. September

Hildebrandt, Frieda, geb. **Specht**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 4. September

Kraska, Martha, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 8. September

Schulz, Edelgard, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, am 8. September

Schulz, Gertrud, geb. **Gotthardt**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 6. September

Sdunzik, Albert, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 5. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. September

Gessner, Hedwig, geb. **Koslowski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. September

Kibbat, Erich, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 3. September

Lindecke, Gerda, geb. **Baltruschat**, aus Grieben, Kreis Schloßberg, am 3. September

Pallat, Erika, aus Ortelsburg, am 5. September

Reinke, Erna, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 8. September

Schäfer, Waltraud, geb. **Palluch**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 6. September

Schmelow, Emil, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 6. September

Schroeder, Else, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 8. September

Seeck, Werner, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 5. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borchert, Elfriede, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 9. September

Brügmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September

Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September

Großmann, Hedwig, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September

Herrmann, Hildegard, geb. **Knorr**, aus Eichholz, Kreis Heiligenbeil, am 5. September

Konrad, Lieselotte, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. September

Jettkannt, Herta, geb. **Bärmann**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 3. September

Knorr, Fritz, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 61, am 5. September

Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September

Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September

Schubert, Horst, aus Lötzen, am 2. September

Stegat, Ida, geb. **Parakenings**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September

Strelski, Guenther, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. September

Utikal, Thilde, geb. **Dittmann**, aus Königsberg, am 6. September

Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bittins, Erich, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. September

Campenhausen, **Freifrau von**, Edelgard, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 8. September

Gläser, Marta, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September

Hagmann, Herta, geb. **Engelke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 6. September

Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September

Koenig, Ingrid, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 6. September

Marquardt, Gustav, aus Reichau, Kreis Mohrungen, am 6. September

Meyer, Irmgard, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 3. September

Middelkoop, Gertrud, geb. **Haugwitz**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 8. September

Mühlau, Hildegard, geb. **Klimmeck**, aus Lyck, General-Busse-Straße 18, am 6. September

Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September

Pliquett, Ulrich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 4. September

Preuß, Horst, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 5. September

Rybasch, Hilde, geb. **Trumpa**, aus Gutsbezirk Tawellen Forst, Kreis Elchniederung, am 9. September

Slaby, Annemarie, geb. **Kastell**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Appel, Ruth, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. September

Bahl, Margarete, geb. **Glinka**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Beck, Adelheid, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. September

Burkandt, Oskar, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 7. September

Deppe, Lieselotte, geb. **Hirth**, aus Ballupönen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. September

Draack, Elisabeth, geb. **Zirpin**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 7. September

Fränk, Ingetraut, geb. **Lenski**, aus Ortelsburg, am 9. September

Flügel, Anneliese, geb. **Loeffler**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 9. September

Hartmann, Inge, geb. **Eichler**, aus Louisenthal, Kreis Mohrungen, am 8. September

Hauck, Ruth, geb. **Reisenauer-Bugs**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 4. September

Josuttis, Hildegart, geb. **Selmikat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 5. September

Karkowski, Helmut, aus Neidenburg, am 6. September

Kobuß, Günter, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 4. September

Kompa, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Krutschinna, Günther, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 8. September

Lehrmann, Alfred, aus Anhaltsberg, Kreis Ortelsburg, am 3. September

Nullmeier, Erika, geb. **Raudies**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 4. September

Oltersdorf, Heinz, aus Lank, am 5. September

Preuss, Lothar, aus Angerburg, am 5. September

Prochnicka, Irmgard, geb. **Czechleba**, aus Bärting, Kreis Mohrungen, am 6. September

Schwarz, Herta, geb. **Sturm**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. September

Sebode, Irmgard, geb. **Przetak**, aus Mohrungen, am 9. September

Specovius, Dieter, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 9. September

Strelau, Ruth, geb. **Preuß**, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 4. September

Wendt, Hildegard, geb. **Pirwas**, aus Lank, am 8. September

Wittkowski, Waltraud, geb. **Winkler**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 7. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bogumil, Bruno, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 7. September

Brümler, Waltraud, geb. **Griwath**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 9. September

Dumas, Sieglinde, geb. **Kuscewski**, aus Lötzen, am 6. September

Eich, Erich, aus Grünwiese, am 4. September

Gesekus, Hans, aus Windkeim, Groß Windkeim, am 8. September

Krause, Irmgard, geb. **Nischik**, aus Neu Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 9. September

Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Lukas, Reinhard, aus Seerappen, Kreis Samland, am 7. September

Majewski, Heinz-Otto, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. September

Morgenster, Dorothea, geb. **Bonacker**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 4. September

Pendzich, Günter, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Reinhard, Heinz, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 6. September

Rohmann, Horst, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 3. September

Rother, Helga, geb. **Schulz**, aus Klein Rödersdorf, am 8. September

Salomom, Klaus-Peter, aus Ebenrode, am 9. September

Techt, Christel, geb. **Galka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 1. September

Waltz, Rüdiger, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. September

Weber, Renate, geb. **Braun**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 9. September

Wicht, Kurt, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. September



Werner, Günter, und Ehefrau Elisabeth (Lilo), geb. **Halsinger**, aus Königsberg, am 7. September



Tobegen, Erwin, und Ehefrau Hildegard, geb. **Bartsch**, aus Königsberg, am 5. September

Neue Internetplattform:

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und die Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa (OKR) haben ein „Kulturjournal West-Ost" zu Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa eröffnet: www.kulturportal-west-ost.eu. *PAZ*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont.
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont.

Jahr 2013

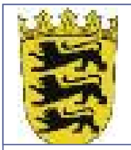
9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
23../24. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 1. September, 18 Uhr, 3sat: Post Privacy?! – Vom Überwachen und dem Ende des Privaten.
Sonnabend, 1. September, 20.15 Uhr, Arte: Morgenland und Abendland (1–3/7).
Sonnabend, 1. September, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Legenden: Lale Andersen.
Sonntag, 2. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 2. September, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Münchens olympisches Erbe.
Sonntag, 2. September, 20.47 Uhr, Tagesschau24: Vom Traum zum Terror – München 72.
Sonntag, 2. September, 21.15 Uhr, BR: Faszination Wissen. Bayerns Weg zum Atomausstieg.
Montag, 3. September, 21.45 Uhr, ARD: Wie billig kann bio sein? Öko-Check im Supermarkt.
Montag, 3. September, 22 Uhr, WDR: Abgezockt im Internet – Eine Kleinstadt voller Kriminelle.
Montag, 3. September, 23.30 Uhr, ARD: Operation Gold – Der Spionagetunnel von Berlin.
Dienstag, 4. September, 20.15 Uhr, ZDF: Deutschland in Gefahr? Der „Kampf gegen den Terror" in Deutschland.
Dienstag, 4. September, 20.15 Uhr, Arte: Goldman Sachs – Eine Bank lenkt die Welt.
Dienstag, 4. September, 21.45 Uhr, ARD: Die Nein-Sager. Die Macht der Versicherungskonzerne. Doku.
Dienstag, 4. September, 23.20 Uhr, Arte: Das große Spiel um Macht und Öl.
Mittwoch, 5. September, 20.45 Uhr, MDR: Hilfe, mein Acker ist weg. Die Praktiken der BVVG. Reportage.
Mittwoch, 5. September, 21 Uhr, RBB: Der Berlin-Brandenburg Check. Das Havelland.
Mittwoch, 5. September, 21.45 Uhr, hr: Die Welt auf Pump – Reißen uns die Schulden in den Abgrund. Reportage.
Donnerstag, 6. September, 20.15 Uhr, 3sat: Verschwörungstheorien auf dem Vormarsch. Doku.
Donnerstag, 6. September, 22 Uhr, Arte: Krieg der Ameisen.
Donnerstag, 6. September, 22.35 Uhr, MDR: Vom Millionär zum Tellerwäscher. Wenn das Geld verloren geht.
Freitag, 7. September, 20.15 Uhr, WDR: Familien von hier und anderswo. Multikulti-Familien in Deutschland.
Freitag, 7. September, 23.15 Uhr, WDR: Staatsaffären um Sex und Macht. Doku 2012.
Freitag, 7. September, 0.00 Uhr, WDR: Der große Crash – Die Weltwirtschaftskrise von 1929 in Deutschland.
Freitag, 7. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Windstärke 9 – Höllenritt der Hochseefischer.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesverband – Sonntag, 16. September, 14.30 Uhr (Saalöffnung 13 Uhr), Liederhalle, Hegelsaal: **Jubiläumsveranstaltung 60 Jahre Bund der Vertriebenen,** Vereinigte Landsmannschaften, Landesverband Baden-Württemberg am Tag der Heimat in Stuttgart. Mitwirkung heimatlicher Kulturgruppen. Vorprogramm im Foyer. Begrüßung: BdV-Landesvorsitzender Arnold Tölg, Ansprachen: BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB, Innenminister Reinhold Gall, MdL. Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der Vertreibung in Bad Cannstatt beim Kursaal, 11 Uhr.

Lahr – Donnerstag, 6. September, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Zillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 13. September, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: **Treffen der Frauengruppe.** – Sonntag, 16. September: **Tag der Heimat** des BdV-Landesverbands Baden-Württemberg und 60-jähriges Jubiläum des Landesverbandes. Fahrt zur Veranstaltung in Stuttgart. Wer daran teilnehmen möchte, kann mit dem Regionalzug um 12.54 ab Ulm fahren, Ankunft in Stuttgart 13.56 Uhr. Vom Bahnhof zwei Stationen mit der Straßenbahn Linie 9 Richtung Vogelsang fahren. Treffpunkt ist um 12.40 Uhr im Bahnhof Ulm. Anmeldung bei Herrn Wendt. – Im Rathaus Stuttgart wird noch bis zum 1. Oktober die Ausstellung „Die Gerufenen“ des Zentrums gegen Vertreibungen gezeigt. Thema ist das Leben der deutschen Siedler in den Heimatgebieten außerhalb des deutschen Staatsgebiets, von der Ansiedlung bis zur Vertreibung.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Sonntag, 16. September, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi: Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert.

Hof – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr; Monatsversammlung. Vortrag: Wernher Freiherr von Braun. – Dienstag 18. September, 17 Uhr, Altdeutsche Bierstube im Hotel am Kuhbogen: Vorstandssitzung.

Tag der Heimat 2012

Sonntag, 9. September, 12 Uhr, Internationales Congress Centrum Berlin: Festlichen Auftaktveranstaltung zum diesjährigen Tag der Heimat. Diesjähriges Leitwort „Erbe erhalten – Zukunft gestalten“.

Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, Telefon (0228) 81007-32, Fax (0228) 81007-52,

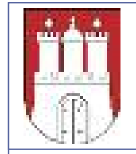
Ingolstadt – Sonntag, 16. September, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Kitzingen – Sonnabend, 15. September: Tag der Heimat. 16 Uhr, Denkmal der Vertriebenen: Kranzniederlegung. 17 Uhr: Festliche Veranstaltung im Kreistagssitzungssaal.

Landshut – Dienstag, 4. September: Ausflug nach Wiesent, Tempel Nepal, dann Besuch Walhalla.

Starnberg – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Monatstreffen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 8. September, Blaustein, Lindenhofschule: Tag der Heimat des BdV-Kreisverbands Ulm-Alb-Donau.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Finnische Seemannskirche, Dietmar-Koel-Straße 6, 20459 Hamburg: **Ökumenischer Gottesdienst der Heimatvertriebenen.** Predigt: Diakon Meinke. Liturgie: Pastor Peter Voß. An der Orgel: die Hausorganistin. – Sonnabend, 15. September, 15 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4 (S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U3-Station Rödingsmarkt), Hamburg: 60. Jahrestag des L.v.D. und Tag der Heimat. Einlass 14.30 Uhr. Im Vorprogramm spielt der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Festansprache: Oliver Dix, MdB und Landesvorsitzender des BdV Niedersachsen. Das Programm wird musikalisch umrahmt durch den Auftritt des Volkstanzkreises „Rega“ und des Ostpreußenchors. – Sopnnabend, 29. September, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz (Mönckebergstraße): 27. Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften mit vielen Angeboten heimatlicher Spezialitäten und „Landstreichers Feldküche“. Unterhaltung durch den Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen und der „Musikband-Band Hamburg“.

BEZIRKSGRUPPE

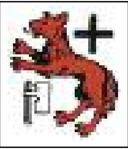
Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. September, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit Bus 443 bis Haltestelle Waldquelle): Heimatnachmittag. Die Gruppe feiert Erntedankfest.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 26. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, gut zu erreichen mit Bus, U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, dann in wenigen Gehminuten: Treffen der Gruppe zum herbstlichen Beisammensein – diesmal ohne Erntetisch – dafür mit einer Filmvorführung, heimatlichen Liedern und Gedichten. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonntag, 30. September, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Herbstfest. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, bei Kaffee und Kuchen einige gesellige und fröhliche Stunden miteinander zu verbringen sowie in Erinnerungen zu schwelgen bei einem Film aus dem Schätzkästchen Ostpreußen aus den 1920/30er Jahren in Originalaufnahmen. Der Seniorentreff ist zu erreichen mit der Buslinie 116 bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek-Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien bis zum 28. September. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. – Für die Freunde der Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg gibt es jetzt im Internet für den Kreis und seine Kirchspiele eine neue „Homepage“ unter dem Link www.Kirchspiel-Bladiau.de. Hier kann man außer den Kirchspielen Balga und Zinten auch das ländliche Kirchspiel Bladiau aufrufen. Viel Spaß beim „Surfen“.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 15. September, 15 Uhr, Bürgersaal, Darmstadt-Neu-Kranichstein: Treffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel sollen die Kenntnisse der Teilnehmer bei einem Westpreußen-Quiz unter Beweis gestellt werden. Bitte dafür eine Lesebrille nicht vergessen.

Kassel – Achtung! Das nächste Treffen der Kreisgruppe Kassel findet nicht wie angekündigt am Dienstag, 11. September, sondern am Dienstag, 18. September, ab 14.30 Uhr im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg 28, Kassel statt. Das Thema des Treffens lautet: „Aus schwerer Zeit“ – Mitglieder unserer Gruppe erinnern sich. – **Berichte**: Am 26. Juli, einem schönen Donnerstagvormittag, unternahm ein kleiner Teil der Mitglieder der Landsmannschaft, bestehend aus zehn Frauen und zwei Männern, eine fünf Kilometer lange **Wanderung von Großenritte nach Schauenburg-Hoof.** Bei wunderschönem sommerlichen Wetter und strahlendem Sonnenschein wanderte die kleine Truppe durch Wald und Felder und bewunderte die schöne, prächtige Natur des Hessenlandes, das für viele vertriebene Ostpreußen eine zweite Heimat wurde. Ein ganz besonderes Ereignis war die Begegnung mit einer Rehmutter mit ihren zwei kleinen Kitzen. – Beim ersten Treffen nach der Sommerpause im August sprach Dr. Holger Tubbesing über seine 14tägige **Reise in Ruanda** vom Jahre 2006. Tubbesing ist von Beruf Augenarzt und war schon von 1984 bis 1992 in Kamerun als Missionsarzt tätig. Beim Vortrag wurden viele Dias von dieser Reise gezeigt. Der Referent erzählte zuerst eine kurze Vorgeschichte über Ruanda. Danach sprach er über die Gründe des Völkermords. Der Hauptgrund für diesen waren eigentlich keine ethnischen Unterschiede, sondern ein Schichtenproblem. Die Tutsi bildeten dabei die Oberschicht und die Hutu die Unterschicht. Auf Bitte des in Großalmerode ansässigen Missionswerkes „Frohe Botschaft“ besuchte er im Jahr 2006 zusammen mit einem Kinderarzt, einem Zahnarzt und einem Psychiater Ruanda, und zwar um Hilfe zu leisten für Witwen und Kriegswaisen. Ruanda ist ein schönes, hügeliges Land, das aber leider nur oberflächlich christianisiert ist. Beim Völkermord machten sogar viele Kleriker mit. Menschen, die in Kirchen Schutz suchten, wurden brutal ermordet. Aus dieser Zeit sind viele Gedenkstätten vorhanden. Als Beispiel dient ein College, das gerade vor Ausbruch des Völkermords erbaut, aber aufgrund der späteren Vorkommnisse nie in Betrieb genommen wurde. Heute stehen die leeren Gebäude als Mahnmal da. Im heutigen Ruanda herrscht ein Geist der Versöhnung. Nach dem Völkermord hat sich die Lage beruhigt. Ruanda hat kein Rentensystem und die Großfamilie ist deshalb für das Volk sehr wichtig. Heute dagegen gibt es sehr viele Menschen, insbesondere Kinder, die ganz auf sich allein gestellt sind, weil die ganze Verwandtschaft ermordet wurde. Holger Tubbesing berichtete über die große Gastfreundschaft des Volkes und über die große Dankbarkeit für die geleistete Hilfe. Während des Besuches in einem Dorf wurden sie von der Dorfgemeinschaft mit Freudentänzen begrüßt. Der mitgereiste Psychiater war von der Begrüßung dermaßen begeistert, dass er spontan mit großer Freude mitgetanzt hat.

Wetzlar – Montag, 10. September, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Der Vorsitzende Kuno Kutz hält einen Vortrag über die Geschichte der ehemals freien Hansestadt Danzig. Gäste sind herzlich willkommen.

Wiesbaden – Dienstag, 11. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Thema: „Tierisch lustig“. – Donnerstag, 13. September, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serivert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis Donnerstag, 6. September, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Sonnabend, 15. September, 16 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: **50 Jahre Haus der Heimat.** Feierstunde zum 50-jährigen Bestehen des Hauses der Heimat. Eine Veranstaltung des Kulturrings Haus der Heimat und des BdV. Die Festrede hält Stefan Grüttner, hessischer Sozialminister. Nach der Feierstunde Eröffnung der Ausstellung „50 Jahre Haus der Heimat in Wiesbaden – Heimat für Vereine und Landsmannschaften“, an der sich auch die Landsmannschaft beteiligt. Um zahlreiches Kommen wird deshalb gebeten.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Schwerin – 17. Landestreffen der Ostpreußen in Schwerin – Sonnabend, 29. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118: Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich. Es werden mehr als 2.000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich die Chöre der deutschen Minderheit aus Masuren, Königsberg und dem Memelland, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Rostock-Warnemünde und das Wehrbereichsmusikkorps I Neubrandenburg. Erwartet werden die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Pensionsplätze vermittelt die Touristinformation Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Die Sport- und Kongresshalle ist mit der Stadtbuslinie 11 sehr gut vom Hauptbahnhof erreichbar. Weitere Auskünfte gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 36, Oldenburg: Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Oldenburg trifft sich nach der Sommerpause. Gisela Borchers stellt in einem Bildervortrag „Erinnerungsstätten in Westpreußen“ vor, die in der Heimat in den letzten 20 Jahren aufgestellt wurden und die an die frühere deutsche Bevölkerung erinnern sollen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Göttingen – Sonnabend, 1. September, ab 11 Uhr, Durchgangslager Friedland/Caritas-Haus, Heimkehrerstraße 11: Traditioneller ökumenischer Gottesdienst. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Programm: 11 Uhr Eintreffen der Gäste, 11.30 Uhr Begrüßung im Caritas-Haus, 13 Uhr Mittag, 14.30 Uhr Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert, 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.05 Holtenser Landstraße, 10.20 Uhr ZOB / Zoologisches Institut, 10.30 Uhr Bürgerstraße, 10.35 Uhr Kiesseestraße/Gasthaus Zur Linde. Informationen erteilt Werner Erdmann, Telefon (0551) 63675. Anmeldungen bis spätestens 25. August. – **Zentraler Tag der Heimat in Berlin** – Sonntag, 9. September: Die Kreisgruppe Göttingen organisiert eine Fahrt zum ICC in Berlin. Bei ausreichender Teilnehmerzahl wird die Fahrt stattfinden. Der Preis beträgt etwa 25 Euro zuzüglich Eintritt. Eventuell können auf der Strecke Göttingen-Berlin Zusteigemöglichkeiten angeboten werden. Weitere Informationen erteilt Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Hannover – Freitag, 7. September, 14.30 Uhr, Ihme-Terrassen, Rösebeckstraße 1: Erstes Treffen nach der Sommerpause. Als Gast wird Lm. Hans-Georg Balzer erwartet, der viel über seine Zeit in Königsberg, vor allem von 1945 bis 48, erzählen wird. Luise Wolfram und Lore Rueß werden von ihren diesjährigen Reisen in die Heimat berichten. Gäste sind willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 19. September, 17.30 Uhr, Stadthalle, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Bielefeld – Montag, 3. September, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 6. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 20. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 17. September, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Sonnabend, 15. September, 11 Uhr, GHH / Konferenzraum: Tag der Heimat. – Freitag, 21. September, 18 Uhr, GHH / Ausstellungsraum: Ausstellungseröffnung "Gerhart Hauptmann zum 150. Geburtstag" und „Schlesien in der Kunst der Gerhart-Hauptmann-Zeit". – Freitag, 21. September, 19 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Gerhart-Hauptmann-Abend, „S' ist so ein stiller heil'ger Tag". Musikalisch-literarisches Programm mit Alexandra Lachmann, Elke Jahn, Ulli Koch.

Ennepetal – Sonnabend, 15. September, 16 Uhr, Rosine: Tag der Heimat, zentrale Veranstaltung des BdV.

Essen – Freitag, 21. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Bericht über Fahrten in die Heimat.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lippe – Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, Stadthalle Detmold, Kleiner Festsaal: **Herbstveranstaltung** der Kreisgruppe Lippe. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Vortrag von Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen: „Ermland – seine Städte und Wappen". Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Neuss – Donnerstag, 6. September: **Tagesausflug der LO.** Bus- und Schiffsreise nach Minden. Geplant ist eine Kanal-Weser-Rundfahrt. Das Fahrgastschiff fährt über und unter das bedeutendste Doppel-Wasserstraßenkreuz der Welt. Erleben Sie, wie in 15 Minuten 13 Meter zwischen Weser und Mittellandkanal überwunden wird. Im Anschluss genießen die Teilnehmer ihr bestelltes Mittagessen ihrer Wahl. Gestärkt begibt sich die Gruppe zur historischen Stadtführung von Minden, besichtigt den über 1200-jährigen Dom und vieles mehr. Zum Abschluss wird der Besuch einer Mühle geboten und die Teilnehmer werden in die alte Kunst des Kornmahlens eingeweiht. Das Programm endet mit dem Kaffeetrinken und dem frischgebackenen Zuckerkuchen. Anschließend Heimreise. Gesamtpreis 58 Euro pro Person. Abfahrtzeiten: 5.45 Uhr Rosellerheide Sparkasse, 6 Uhr Stadthalle Neuss, 6.10 Uhr Knuffmann. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss Telefon (02131) 3843400. Da die Schiffstour um 10 Uhr beginnt, müssen wir so früh fahren. Wir würden uns freuen, mit einem vollen Bus diese Reise antreten zu können. – Sonnabend, 8. September: Tag der Heimat. Gedenkfeier am Ostdeutschen Gedenkstein Oberstraße. Im Anschluss Feierstunde im Zeughaus.

Witten – Montag, 17. September, 15 Uhr, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Neue Dia-Serie über Westpreußen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 1. September, 14.30 Uhr, Heimatstube Lutzerstraße 20: Heimatnachmittag.

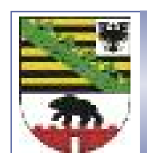
Mainz – Donnerstag, 20. September, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeerunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn. – Freitag, 7. September, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Clausstraße 27: „Kalte Heimat – Fremde Heimat" Filmvorführung von Helmut Sylla.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 10. September, 14 Uhr, Krötenhof: **Tag der Heimat.**

Halle – Freitag, 7. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 7. September, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 9. September, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: **Tag der Heimat.** – Donnerstag, 18. September, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SCHLESWIG-HOLSTEIN

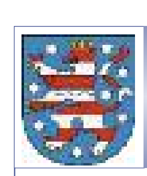
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Mittwoch, 26. September, 15 bis zirka 17.30 Uhr, Flensburg-Mürwik, Kielseng 30: **Tag der Heimat.** Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V., Grußwort des Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger, Gesangeinlage durch den Gemischten Chor Duburg, Flensburg, Vortrag mit Bildern „Königsberg in Preußen damals und Kaliningrad heute", gehalten von Kapitän z. S. d. R. Vadim S. Gasisov, Kaffeerunde (7,50 Euro pro Person) mit Gesprächen, Heimatlieder. Es werden keine Plätze reserviert. Heimatzeitungen der Pommern und Ostpreußen werden ausgelegt. Verbindliche Anmeldung bis zum 21. September bei Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816 erbeten (Sind vom 1. bis 16. September im Urlaub), oder Restaurant Treffpunkt Mürwik, Telefon (0461) 13199. Eintritt 6 Euro an der Kasse. Zum Programm. Vortrag „Königsberg in Preußen gestern und Kaliningrad heute". Kapitän zur See d. R. Vadim S. Gasisov (Ex-Angehöriger der Russischen Marine. Zweifach mit dem Rotbannerorden ausgezeichnete Baltische Flotte), heutiger Einwohner Königsbergs, Vorstellung des Vortragenden durch Dolmetscheroffizier Kapitänleutnant a.D. Bernhard Walter Mroß. Mroß und Gasisov kennen sich bereits seit Oktober 1989. Damals fand der erste deutsche Flottenbesuch in Leningrad (UdSSR), unter Flottillenadmiral Hans-Rudolf Boehmer statt. Der damalige Korvettenkapitän Vadim Gasisov dolmetschte für die sowjetische und der damalige Oberleutnant zur See B. Mroß für die deutsche Seite. In den nachfolgenden Jahren begegnete man sich immer wieder bei den gegenseitigen Besuchen der jeweiligen (sowjetischen) russischen beziehungsweise deutschen Befehlshaber, bei diversen Schiffsbesuchen und während der „Kieler Woche". Anfangs (der Kalte Krieg war noch nicht zu Ende) beäugte man sich vorsichtig, aber nach und nach wurde aus der Bekanntschaft Kameradschaft und schließlich eine feste, vertrauensvolle und anhaltende Freundschaft zwischen zwei Marineoffizieren. Mroß: „Wir haben die Schützengräben des „Kalten Krieges" schnell verlassen." Viele deutsche und auch russische Politiker, Heimatvereine und Einzelpersonen haben Brücken der Versöhnung zwischen den deutschen und russischen Menschen gebaut. Der Kreisverband Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V, will und wird auch dazu beitragen. Eine Brücke von Flensburg in das heutige Kaliningrad! Es wird um zahlreiche Teilnahme an diesem Tag der Heimat gebeten, denn die Teilnehmer werden einen spannenden und äußerst unbekannten Vortrag und schönen Nachmittag erleben. Viele russische Menschen, gerade die junge Generation im heutigen Gebiet Kaliningrad, denken über das Leben der Ostpreußen nach, sie sind an dem Vergangenen interessiert. Gäste sind herzlich willkommen.



Neumünster – Mittwoch, 12. September, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die schnelle Hilfe rund um die Uhr. Tipps, Sicherheit für Senioren, Kontakte, Informationen im Gespräch mit dem Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit der Polizei.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 6. September, 14.30 Uhr, Jugendherberge: Ostpreußennachmittag. – Sonntag, 9. September, 9.45 Uhr, Kirche: **Tag der Heimat.**



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Donnerstag, 6. September, 14 Uhr, RV Schmalkalden, Klub der Volkssolidarität, Schmalkalden, Kanonenweg 5: Heimatnachmittag der KG Ost- und Westpreußen. – Montag, 10. September, 14 Uhr, Volkssolidarität, Mühlhausen: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. – Dienstag, 11. September, 14.30 Uhr, Eisenach, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der LM Gruppe Ost- und Westpreußen. – Mittwoch, 19. September, 14 Uhr, Mühlhausen, BdV-Heimatstube: Treffen der Heimatgruppe Ermland.

Autorenlesungen mit Jenny Schon:

Mittwoch, 5. September, 19 Uhr, Nentershäuser Platz 1, Berlin-Zehlendorf: Lesung aus dem Roman „Der Graben". Es geht darum zu zeigen, dass die Kluft zwischen Deutsch-Böhmen und Tschechen, die die Historie uns Nachgeborenen hinterlassen hat, überbrückbar ist.

Sonntag, 9. September, 18 Uhr, VHS Zehlendorf, Onkel-Tom-Straße 14: Lesung aus der Zeitzeugengeschichte „Wo sich Gott und die Welt traf – Westberlin". Zeitzeugengeschichten hauptsächlich aus den 60er Jahren, in denen junge Westdeutsche nach Westberlin zum Arbeiten angeworben wurden, so wie sie selbst. *PAZ*

Herbstfreizeit für Senioren in Bad Pyrmont

Vom 24. September bis 4. Oktober 2012 bietet das Ostheim wieder eine Herbstfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese 10-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 478 Euro und im Doppelzimmer pro Person 413 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

57. Allensteiner Jahrestreffen – Freitag, 14. bis Sonntag, 16. September: Stadtgemeinschaft und Kreisgemeinschaft Allenstein treffen sich in diesem Jahr in Gelsenkirchen. Das Treffen wird am Freitag, 14. September, mit der Versammlung der Stadtvertreter eröffnet, die die Berichte des Vorstandes entgegennehmen. Am Abend feiern die Allensteiner ihr Wiedersehen im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus. Die Veranstaltungen am Sonnabend, 15. September, beginnen um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner. Danach besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Ab 13 Uhr trifft man sich im Schloss Horst. Neben den Verkaufsständen mit Büchern über Allenstein gibt es eine Ausstellung mit alten Postkarten unserer Heimatstadt zu sehen. Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde zum 57. Jahrestreffen statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Als Gäste erwarten wir neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein auch wieder zahlreiche Angehörige der AGDM. Anschließend spielt der Alleinunterhalter Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen. Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Freitag, 21. September bis Sonntag, 23. September, Stadthalle, Luhdorfer Straße 29, 21423 Winsen/Luhe: **Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft.** Das Hauptkreistreffen findet in diesem Jahr wieder zusammen mit der KG Schloßberg/Pillkallen statt. Gemeinsam wurde ein vielseitiges Programm gestaltet, das für Mitglieder und Gäste eine Fülle von Anregungen bietet, aber auch für den privaten Gedankenaustausch Gelegenheit gibt und Zeit lässt. Die Einzelheiten sollen noch veröffentlicht werden, hier nur ein Hinweis auf die von Elsbeth König und Daniela Wiemer neu gestaltete Ebenroder Heimatstube in der Rote Kreuz Straße 6 sowie die notwendige Vorbereitung der Mitgliederversammlung der KG Ebenrode im Saal der Stadthalle am Sonnabend, 22. September um 14 Uhr. **Tagesordnung:** 1. Begrüßung, 2. Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters, Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands, 3. Wahlen des Vorstands, 4. Satzungsänderungen, 5.Verschiedenes. Zu Top 4 sind folgende Änderungen der im Heimatbrief 48 (Dezember 2011, Seiten 245-249 abgedruckten Satzung vom 4. September 2010 durch Kreistagsbeschluss der Mitgliederversammlung zur Annahme empfohlen: Satzung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) – § 3 Mitgliedschaft: (2) Der Vorstand kann die Aufnahme ablehnen. Gegen die Ablehnung ist der Einspruch innerhalb von vier Wochen beim Kreistag über den Kreisältesten zulässig. Hilft dieser dem Einspruch nicht ab, entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung. (5) Gegen den Ausschluss ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch über den Kreisältesten an den Kreistag zulässig. Hilft dieser dem Einspruch nicht ab, entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung. – § 4 Vorstand (2) Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Vereins erfolgt durch mindestens zwei der gewählten Vorstandsmitglieder. (3) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf die Dauer von drei Jahren durch die Mitgliederversammlung gewählt. Nachwahlen beziehen sich nur auf die Restzeit der Wahlperiode. Es können nur Vereinsmitglieder in den Vorstand gewählt werden und sie verbleiben nur solange im Amt wie sie Mitglied des Vereins sind. (4) Der Vorstand ist in seiner Geschäftsführung an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Kreistages gebunden. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. In dringenden Fällen ist ein Beschluss schriftlich einzuholen. Über die Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterschreiben ist. – § 5 Beiräte: (3) Zur Erstellung des Heimatbriefes wird durch den Vorstand ein Beirat für die Schriftleitung berufen sowie nach Bedarf redaktionelle Mitarbeiter. – § 7 Kreistag: (1) Der Kreistag setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Vorstandes, den Beiräten und den Kirchspielvertretern, sowie dem Kreisältesten. (3) Aufrechterhaltung der Verbindung zu den Mitgliedern. – §8 Mitgliederversammlung: (3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand einberufen. Die Einberufung erfolgt durch Bekanntmachung im Heimatbrief der Kreisgemeinschaft, sowie durch eine öffentliche Einladung in der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit einer Frist von mindestens vier Wochen. – §9 Wahlen: (1)Die Wahlen für den Vorstand finden auf Vorschlag des Kreistages durch die ordentliche Mitgliederversammlung auf dem Hauptkreistreffen statt. Wahlvorschläge sind dem Vorstand schriftlich zu übermitteln oder der ordentlichen Mitgliederversammlung mündlich vorzutragen. (4) Nachwahlen können jeweils nur in der ordentlichen Mitgliederversammlung beim nächsten Hauptkreistreffen oder in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stattfinden. die vom amtierenden Kreisvertreter nach Vorstandsbeschluß einberufen wird. Für die Einberufung gelten die gesetzlichen Bestimmungen des § 37 BGB, wenn 50 Mitglieder sie verlangen. – § 10 Ehrenmitglieder – Kreisältester: (1) Verdienten Mitgliedern kann die Ehrenmitgliedschaft angetragen werden. Die Beantragung erfolgt nach Beschluss des Vorstandes und des Kreistages. Alter Absatz 3 entfällt. alter Absatz 4 wird Absatz 3. (3) Aufgabe der Ehrenmitglieder ist es, Tradition zu wahren und das Ansehen der Gemeinschaft zu fördern. Der Kreisälteste ist die Vertrauensperson der Gemeinschaft. Er bekleidet kein aktives Amt und hat bei der Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages eine beratende Stimme. Er ist Wahlleiter bei der Wahl des Kreisvertreters. – § 13 Gemeinnützigkeit: (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Landsmannschaft Ostpreußen e. V. in 22087 Hamburg, Buchtstraße. 4, Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Dr. Gerhard Kuebart (Kreisvertreter), Daniela Wiemer (Protokollführer). – Vorstehende Änderungen wurden im Wege der Vorprüfung durch das Registergericht beim Amtsgericht Kassel und durch das Finanzamt Winsen genehmigt. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) werden gebeten, zahlreich zur Mitgliederversammlung zu erscheinen und den Änderungen zuzustimmen. Für die diesjährige Mitgliederversammlung gilt noch die Satzung vom 4. September 2010. Danach müssen Wahlvorschläge für die Vorstandswahlen dem Kreisvertreter 14 Tage vor der Mitgliederversammlung am 22. September 2012 übermittelt werden (§ 9).



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi und Fr., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Sonnabend, 22. und Sonntag, 23. September: **Kreistreffen.** Lewe Landslied, wie die Zeit vergeht! Auch in diesem Jahr steht wieder unser Kreistreffen im September in Pinneberg an. Die Begrüßung und Feierstunde findet am Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg, statt. Da in diesem Jahr turnusmäßig die Wahl eines neuen Vorstandes ansteht, wünschen wir uns eine rege Beteiligung aller Samländer. Auch zum diesjährigen Kreistreffen findet ein kleines Rahmenprogramm statt, aber es wird genügend Zeit geben zum Austausch alter Jugenderinnerungen und gemeinsamen Gesprächen. Wir freuen uns sehr auf Ihren Besuch! Sollten Sie nicht mehr so mobil sein, wie Sie es sich wünschen, sind auch alle Familienmitglieder und Freunde auf das Herzlichste eingeladen. Gemeinsam reist es sich erfahrungsgemäß leichter. Wünschen Sie Informationen zu Übernachtungsreservierungen oder wissen Sie schon, ob Sie an unserem gemeinsamen Abendessen am 22. September (18.30 Uhr) teilnehmen möchten, so rufen Sie bitte in der Geschäftsstelle unter der Rufnummer (04101) 22037 oder Frau Ziegler unter der Rufnummer (04174) 669675 an. Bleiben Sie gesund und munter bis zu unserem Wiedersehen beim Kreistreffen in Pinneberg am 22./23. September 2012. **Programm:** Freitag, 21. September, 18.30 Uhr: Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark. Gerhard Weiter sorgt mit einem Trompetensolo für den würdigen Rahmen. 20 Uhr, Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im VfL-Heim. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen. Sonnabend, 22. September, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio. 9.30 Uhr: Ortsvertretersitzung im VfL-Heim mit anschließender Vorstandswahl. 14 Uhr: Musikalische Einstimmung mit dem Wedeler Spitzerdorf-Schulauer Männergesangsverein. Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V., Wolfgang Sopha, Grußworte, Deutschlandlied, Schlusswort, Ostpreußenlied. Bis zirka 15 Uhr unterhält der Wedeler Spitzerdorf-Schulauer Männergesangsverein die Gäste mit schwungvollen Liedern. 18.30 Uhr: Gemütlicher Ostpreußenabend mit gemeinsamem Essen im Hotel Cap Polonio zum Preis von 10 Euro. Es stehen drei verschiedene Gerichte zur Auswahl. Sonntag, 23. September: Tag der Heimat. 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio. 10 Uhr: Öffnung der Samland-Ausstellung. Anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Cap Polonio und VfL-Heim und in den Räumen der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30. Schirmherrin ist die Bürgervorsteherin Natalina Boenigk.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

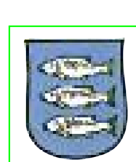
57. Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Johannisburg. – Sonntag, 2. September, Goldsaal, Forum des Kongresszentrums Westfalenhallen, Strobelallee 45, 44139 Dortmund. Es werden Teilnehmer aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und auch heimatverbliebene Landsleute aus Polen aus dem Kreis Johannisburg [Pisz] erwartet. Die offizielle Feierstunde beginnt um 11 Uhr und endet zirka um 12.30 Uhr. Das Festprogramm wird musikalisch umrahmt von einem Musiker sowie einem Chor aus Dortmund. Das Treffen steht unter dem Leitwort „Erbe erhalten – Zukunft gestalten.“ Programmablauf: Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr. Musikalische Einleitung Taisia Fischer; Begrüßung Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter; „Großer Gott wir loben dich“ (Choral), gemeinsam mit musikalischer Begleitung; Andacht Gerhard Boesler; „Heut‘ ist ein wunderschöner Tag“ (Lied), Leitung: Boris Kuferstein; Grußwort der Gäste; Jahresbericht Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter; Masurenlied, Chor „Heimatmelodie“ der „Deutschen aus Russland“, Leitung: Boris Kuferstein; Schlusswort Sieglinde Falkenstein, stellvertretende Kreisvertreterin; „Land der dunklen Wälder“ (Ostpreußenlied), Gemeinsam mit musikalischer Begleitung; „Deutschlandlied“, dritte Strophe, Gemeinsam mit musikalischer Begleitung.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Nachruf Paul Woskibojnikow – Die Nachricht hat uns erreicht, dass Paul Woskibojnikow am 22. Juli 2012 im Alter von 77 Jahren in Labiau verstorben ist. Paul, gebürtig aus dem Gebiet Kursk, ist in jungen Jahren in das Gebiet Königsberg gekommen. Im Kreis Labiau hat er viele Jahre in Rinderort an der dortigen Schule als Lehrer für Mathematik und Physik, später als Schulleiter, gewirkt. Vielen Schülern hat er das notwendige Rüstzeug für ihr späteres Leben mitgeben können. Als ehemaligem Gewichtheber lag ihm eine sportliche Ausbildung seiner Schüler und der Jugend am Herzen. Die letzten Dienstjahre hat er als Schulrat des Kreises Labiau gearbeitet. In dieser Funktion gehörte er zu den ersten Personen, die mit der Kreisgemeinschaft Labiau in Kontakt kamen. Die Kreisgemeinschaft organisierte mehrere Schüleraustausche mit Schulen aus dem Landkreis Cuxhaven und dem Kreis Labiau. Insofern begleitete Paul zusammen mit Nikolaj Wassiljewskij (Kulturdezernent) Schülergruppen nach Otterndorf. Der Arbeitskreis Nordostpreußenhilfe der evangelischen Kirchengemeinde Schwarmstedt (Gruppe Schmakeit) verdankte Paul und seiner ebenfalls verstorbenen Ehefrau Galina viel. Beide haben sich über alle Maßen dafür eingesetzt, Kontakte zwischen dem Arbeitskreis und dem Sozialamt der Stadt Labiau [Polessk] herzustellen und zu begleiten. Die Arbeitsausführung des Arbeitskreises wäre ohne die selbstlose vermittelnde Mitwirkung von Paul und Galina kaum in der Art und Weise möglich gewesen, wie diese Mitte bis Ende der 1990iger Jahre durchgeführt wurde. Hierfür gebührt beiden unser besonderer Dank. Über die Jahre entwickelte sich zwischen Paul und Galina sowie deren Familie und Mitgliedern der Nordostpreußenhilfe (Familien Schmakeit, Springer und Lemke) ein enges, mehr als freundschaftliches Verhältnis. Bei Besuchen in Labiau wussten wir, die Wohnungstür von Paul und Galina stand für uns offen. Gemeinsam wurden Feiertage begangen (Weihnachten, Ostern, Geburtstage und Familienfeste). Tief traf uns daher vor fünf Jahren die Nachricht vom Tode Galinas. Paul, ein begeisterter Hobbygärtner, war stolz auf seinen Garten, der in der Nähe der Försterei Naujock lag. Bei unserem letzten Zusammentreffen am 14. Juli 2012 sagte er mir traurig, dass er die Bewirtschaftung seines Gartens abgegeben habe. Paul konnte aufgrund eines Kreislaufleidens die anfallende Arbeit nicht mehr bewältigen. Die Wünsche zu seinem Geburtstag am 12. Juli 2012 konnte ich Paul persönlich überbringen, er deutete bereits an, dass es ihm nicht gut geht – sein Herz. Die Teilnahme am Stadtfest in Labiau war ihm nicht möglich. Mit Paul verliere ich einen väterlichen Freund, der Arbeitskreis eine Persönlichkeit, die Hilfe anbot und alle Unebenheiten versuchte zu glätten, soweit es in Pauls Macht lag, die Kreisgemeinschaft Labiau eine Persönlichkeit, die von Beginn an die grenzüberschreitende Arbeit unterstützte. Paul und Galina werden in unserem Gedächtnis als liebenswerte Persönlichkeiten verankert bleiben. Servus.



LÖTZEN

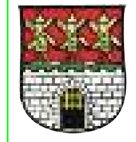
Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Der besondere Tag im Lötzener Heimatmuseum „Masuren in Neumünster“, Brachenfelder Straße 23 (alte Schule unweit Rathaus), am Sonnabend, 15. September. Von 10 bis 16 Uhr sind die Dauerausstellung und die Sonder-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

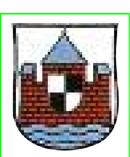
ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“ geöffnet. Um 16.15 Uhr: „Geliebtes Poesiealbum!“ – Angelika Salzwedel, Itzehoe, spricht über die Geschichte der Poesiealben und stellt Beispiele aus ihrer Sammlung vor. Eintritt frei.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Schloßberger russisch-deutsches Kinderferienlager – Wie bereits in vielen Jahren zuvor, hatte die Kreisgemeinschaft Schloßberg auch für 2012 zu einem Kinderferienlager vom 21. Juli bis 4. August in die Jugendherberge Otterndorf (Kreis Cuxhaven / Niedersachsen) eingeladen, organisiert in altbewährter Weise vom Kreisjugendbetreuer Norbert Schattauer und seiner Frau Edith. Unterstützt wurde das Ferienlager durch den „Bund junges Ostpreußen“, die Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen. Neben 12 deutschen Kindern im Alter zwischen 12 und 14 Jahren nahmen auch acht russische Kinder mit Betreuerin Ludmilla Raisovna aus dem Kreis Schloßberg, dem heutigen Rayon Krasnoznamensk, am Ferienlager teil. Die Gesamtleitung oblag Sarah Diekmann aus Kiel, unterstützt durch Torsten Langhoff. Bereits seit 1954 veranstaltet die Kreisgemeinschaft Schloßberg alljährlich unter anderem ein Kinderferienlager, mit russischer Beteiligung seit dem Jahr 1992. Die 14 Tage Ferienlager waren vollgepackt mit vielen Spielen, einer Lagerolympiade, Bastelstunden, verschiedenen Ballspielen sowie gemeinsamem Singen und Tanzen in der Jugendherberge. In einem Vortrag durch einen Betreuer wurden den Kindern Grundkenntnisse über unser schönes Ostpreußen vermittelt. Diverse Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung, wie per Wattwagen auf die Insel Neuwerk, eine Kanufahrt auf dem Flüsschen Medem, mit der Moorbahn durch das Ahlenmoor, eine Wattwanderung in der nahen Elbe, per Fahrrad zum 12 Kilometer von Otterndorf entfernten Naturkundemuseum „Natureum“ in Balje. Riesenspaß brachte das Otterndorfer Maislabyrinth, Baden im Schwimmbad mit Soletherme Otterndorf auf Einladung der Stadt und der Besuch des Otterndorfer Altstadtfestes. Entferntere Ziele waren der Besuch der Schloßberger Heimatstube in Winsen (Luhe), wo die Gruppe von Geschäftsführerin Renate Wiese herzlich aufgenommen wurde. Ihr gilt der besondere Dank für die viele Mühe der Vorbereitung und die interessante Abwicklung des Besuchs. Auch der Heidepark Soltau und das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg waren Ziel der Gruppe. In Lüneburg standen auch eine Stadtbesichtigung und ein Einkaufsbummel auf dem Programm. Besonders überrascht waren die russischen Kinder, bei denen es sich zum Teil um Waisenkinder handelt, als sie beim Besuch eines großen Hamburger Versandhauses von diesem Unternehmen neu eingekleidet wurden. Traditionell gibt es zum Ende des Kinderlagers mit geladenen Gästen einen Abschlussnachmittag mit Kaffee und Kuchen, zu dem sich die Gruppe ein umfangreiches Programm hatte einfallen lassen. Im Mittelpunkt standen eine Dia-Show mit dem Rückblick der vergangenen erlebnisreichen Tage und ein Quiz. Die russischen Kinder brachten den Gästen an Hand von Dias ihre Lebensweise in der Heimat näher. Musikalische Darbietungen, wie zum Beispiel das unter Leitung von Sina Lorenz vorgetragene Singstück „Call me maybe“, rundeten den Abschlussnachmittag ab. Wie immer war der Abschied schmerzhaft und viele Tränen flossen – waren es doch so schöne, ereignisreiche, unvergessliche gemeinsame Ferientage. Man hatte ja dicke Freundschaften geschlossen – gelebte Völkerverständigung im Schloßberger Kinderferienlager pur! Die deutschen Kinder wurden in Otterndorf nun von ihren Eltern abgeholt, die russischen Gäste aber machten sich per Linienbus ab Bremerhaven auf die 24-stündige Rückreise in ihre Heimat und werden dort viel zu berichten haben. Im Nachtrag wäre noch zu erwähnen, dass die Familie Brüning/Bammann nun bereits in dritter Generation am Schloßberger Ferienlager teilnahm: Waltraud Brüning, geb. Schmelz (Tegnerskrug, Kreis Schloßberg) hat in den 60-er Jahren an Ferienlagern im Kreis Harburg und Bad Pyrmont teilgenommen. Nicole Bammann, geb. Brüning, nahm in den 80-er Jahren an vielen Ferienlagern und Jugendbewegungen zum Beispiel in Wittfeitzen, London und Wien teil. Anfang der 90-ziger Jahre war sie an den ersten deutsch-russischen Jugendbewegungen im Kreis Harburg und in Haselberg, heute Krasnoznamensk, mit dabei. Lara Bammann hat in diesem Jahr das erste Mal in Otterndorf ein Ferienlager miterlebt. Sicher wird es nicht das letzte gewesen sein!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Stadtvertretung – Für die Stadtvertretung wird Gerhard Pfiel, wohnhaft in Potsdam, vorgeschlagen. Als Schüler der Oberschule für Jungen zu Tilsit musste er Ende 1944 das Frontgebiet verlassen, kehrte aber nach Kriegsende in seine Heimat zurück. Hier arbeitete er auf der russischen Sowchose Nr. 134 bei Tilsit drei Jahre als Gespannführer. Am 16. September 1948 erhielt er den Ausweisungsbefehl und gelangte mit einem Vertriebenentransport nach Brandenburg. Nach abgeschlossener Lehre zum Landmaschinenschlosser war er in der Landwirtschaft tätig und ging 1952 zum Militär. Er besuchte die Offiziersschule in Naumburg und diente 38 Jahre als Berufsoffizier. Als Oberstleutnant ging er 1990 in den Ruhestand. Seitdem übernahm er zahlreiche Aufgaben in der Schulgemeinschaft „Realgymnasium Tilsit“ und vertritt diese in der Stadtgemeinschaft Tilsit. Gemäß Vereinssatzung wird der Kandidat in der *PAZ* veröffentlicht. Sein Einverständnis liegt vor. Gehen bis 30. Oktober 2012 keine Gegenvorschläge ein, gilt er als gewählt.

»Innere Heimat«

Ökumenischer Gottesdienst in Lüneburg

Am Sonnabend, 22. September, 15 Uhr, findet in der St. Johanneskirche in Lüneburg der 4. festliche Ökumenische Ost-Heimatgottesdienst statt.

Die Predigt hält in diesem Jahr Pastor Fryderyk Tegler zum Thema „Meine innere Heimat“. Er ist gebürtiger Ostpreuße, lebt aber seit 36 Jahren in Deutschland, davon 22 Jahre im Raum Lüneburg. Er pflegt die Kontakte zu seiner Heimat und wurde dafür in Polen mehrfach ausgezeichnet und immer wieder geehrt. Die Orgel spielt Irina Kaguermanova, geborene König, aus Königsberg. Außerdem wirken – wie jedes Jahr – auch die Posaunenchöre aus dem Kirchenkreis Bleckede unter der Leitung von Horst Hempel sowie der Chor der Brüdergemeinde unter der Leitung von Viktor Neumann und Alexander Vogel mit. Verschiedene Solisten haben ihr Kommen zugesagt, wie auch die Solotrompeterin Kerstin Harms. Nach dem Gottesdienst sind die Besucher ins Ostpreußische Landesmuseum zur Besichtigung und zum Kaffee und Kuchen eingeladen. Veranstalter der Ost-Heimatgottesdienste ist die „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen“ unter der Leitung von Pastor Fryderyk Tegler aus Scharnebeck. Die Kollekte ist für Weihnachtspakete kinderreicher Familien in Masuren bestimmt. *PAZ*


Pastor Fryderyk Tegler Bild: privat

Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg 2012



Das bereits von Ostpreußen-TV angekündigte Filmmaterial vom kleinen Ostpreußentreffen auf Schloss Burg 2012 ist jetzt auf zwei DVDs erhältlich.

DVD 1 mit einer Laufzeit von 74 Minuten enthält die Kundgebung mit acht Beiträgen: Totengedenken – Dieter Siebenborn, Das Erinnern nicht der Political Correctness opfern! – Lothar Krebs (SPD), Jede Vertreibung ist Unrecht – Partnerschaft mit polnischen Sensburgern gewünscht. – Rudi Pawelka, Wir müssen der ganzen Wahrheit ins Auge blicken! – Wider das Verschweigen und Verschleiern. – Bodo Löttgen (CDU), Festrede – Ostpreußenlied und Nationalhymne. **DVD 2** mit einer Laufzeit von 44 Minuten enthält das Kulturprogramm in fünf Beiträgen: MGV Quartettverein 1930 Königshoven e.V.: Liederblock 1, Liederblock 2 – V. Schmiedel, Fräulein Münchens Badekur – und weitere bisher nicht veröffentlichte Beiträge aus dem Jahre 2011. *PAZ*

Bestellungen an: LO Landesgruppe NRW, Brigitte Gomolka, Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (0211) 395763, Fax (02964) 945459

West-germane; Ausruf des Verstehens; fliegen, sich schnell bewegen; Fluss durch München; eine der Musen; Wagenladung, Fuder; Radrennfahrer; fremde Währung; eine Zahl; Probe, Stichprobe; ein Tasteninstrument spielen; weibliches Rind; Bodenfläche, Gelände; Vorsilbe: gegen (griech.)
politischer Fanatiker; scherzh.: norddt. Küstengebiet
Zustimmung bei der Heirat; ebenfalls; blutstillendes Mittel; Windschattenseite e. Schiffs; Himmelsrichtung; breiter Riemen; Elend, Notlage
Querstange am Mast; erdbraune Farbe; im Stillen, unbemerkt
amerikanischer Landwirt; Sammlung von Schriftstücken; Heldengedicht; verheiratetes Paar; nur wenig; Hülsenfrucht; Behälter mit Deckel; ukrain. Schwarzmeerhafen
Kletterpflanze; Bedienelement v. techn. Anlagen; unaufhörlich; unbegrenzt
Raufe, Futtertrog; Aufsehen; rasender Beifall; auffallend, offenkundig; Bindewort (... noch); Nachtvogel; Oberteil aus Trikotstoff
altröm. Liebesgöttin; Planet; Türsummer; Küchengerät; zu keiner Zeit; Stadt in Mittelitalien; Liebster; Leistungsfähigster
Gebirge zwischen Europa u. Asien; Bundesstaat der USA; liebevolles Wort für Freundin
Speisenfolge; Griff; Stängel; Singvogel; dehnen; straffen
ein Europäer; emsiges Insekt; Nährmutter; biblischer Prophet
Frauengestalt bei Lessing; Stadt in Nordrhein-Westfalen; Körperteil zw. Kopf und Rumpf
deutsches Mittelgebirge; Stromspeicher (Kzw.); Oper von Flotow
schwedische Insel; vergebens; gratis; Biberratte; schottischer Namensteil; Grafschaft in Südostengland
Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch); auf kleiner Flamme Speisen zubereiten
Zündschnur; Dreimannkapelle; Hauptstadt von Japan; Kleidungsstück; Schiffs-, Flugzeugbesatzung; schweiz.-dt. Autor (Hermann)
Standbild; ein Balte; Haushaltsplan; Musikzeichen; römischer Kaiser
Wettlauf; selten, knapp
älteste Pariser Universität; Kfz-Zeichen Landau/Pfalz; Abk. für Euer Ehren; beständig, gleichbleibend; Hindernis beim Springreiten
Maßeinheit der elektr. Leistung; chem. Zeichen für Radium
vereinsamt, allein; leicht schlafen; Geldschrank; Bankfach

PAZ12_35

So ist's richtig:

S I F S V Z O A
SACHSE ULTRA WATERKANT
HH AUCH E LEE E GURT
JAWORT RAH U INSGEHEIM
I EHELEUTE OT L A I
FARMER ARMATUR ENDLOS
KRIPPE U B WEDER O DE
TE OEFFNER A O BESTER
VENUS EU KANSAS SUESSE
URAL I STIEL HS
O AMEISE ELIAS
BRITE MINNA ER P
OELAND S MARTHA
NUTRIA MAC AN
LUNTE H KOECHELN
M ROCK HESSE
STATUE UC E S N
SORBONNE RENNEN
NI K STET OXER
ISOLIERT WATT RA
T DOESEN TRESOR

Diagonalrätsel: 1. superb, 2. Atrium, 3. Fraese, 4. Pastor, 5. Straus, 6. Etappe – Statue, Bueste

Kreiskette: 1. Mittag, 2. Tarent, 3. Kerbel, 4. Leiter, 5. Mieter – Mitarbeiter

Sudoku:

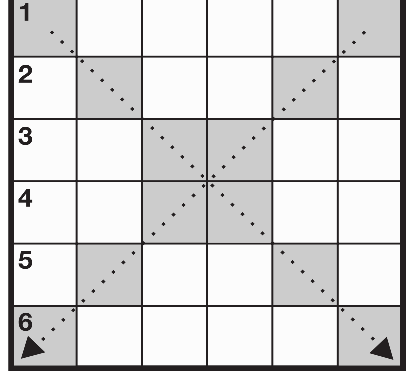
2	6	9	8	7	5	1	3	4
7	8	1	9	3	4	2	6	5
3	4	5	6	1	2	9	8	7
6	1	2	7	8	3	5	4	9
9	3	7	4	5	6	8	1	2
4	5	8	2	9	1	3	7	6
8	7	6	3	2	9	4	5	1
1	2	4	5	6	8	7	9	3
5	9	3	1	4	7	6	2	8

Sudoku

	6		8		5		3	
		1				2		
3			6	1	2			7
6	1			8			4	9
4	5			9			7	6
8			3	2	9			1
		4				7		
	9		1		7		2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



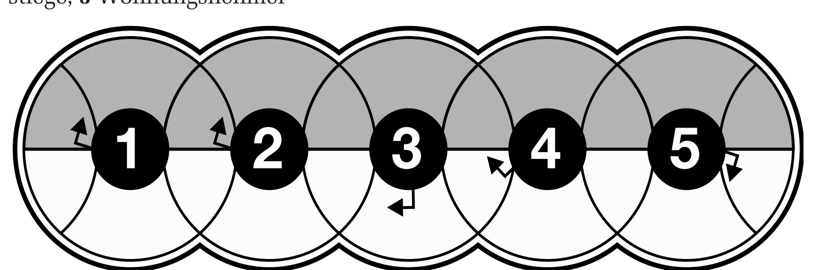
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bildhauerwerke.

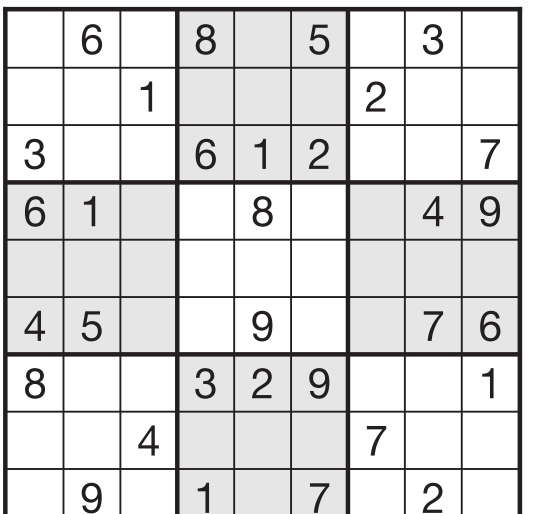
1 vortrefflich, ausgezeichnet
2 Innenhof (lateinisch)
3 Hobel-, Feilmaschine
4 Geistlicher
5 österreichischer Komponist (Oscar)
6 Teilstrecke

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Betriebsangehörigen.

1 Tagesabschnitt, **2** süditalienische Hafenstadt, **3** Gewürzpflanze, **4** Sprossenstiege, **5** Wohnungsnehmer





Guttstädter Schüler erleben Bayern

LOW-Landesgruppe bot Jugendlichen aus dem Ermland ein vielfältiges Programm

Wieder einmal hatten sich Schüler des Deutschunterrichtes am Johannes-Paul-II.-Gymnasium aus dem ermländischen Guttstadt nach Bayern aufgemacht; diesmal sollte unter sachkundiger Anleitung der LOW-Landesgruppe Bayern in Zusammenarbeit mit dem Bund Junges Ostpreußen Franken entdeckt werden.

Begleitet und angeführt wurde die Gruppe von Schuldirektorin Katarzyna Mlodarska und Deutschlehrer Jarek Kowalski. Als Betreuer fungierte, wie auch in den vergangenen Jahren, Alexander Bauknecht, Allensteiner „Landsmannschafter“ und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Allensteiner Universität. Die Betreuung übernahmen der LOW-Landesvorsitzende Friedrich-Wilhelm Böld und sein Stellvertreter Rainer Claaßen persönlich. Von der Jugendherberge Bayreuth aus, wo die Gruppe während des ersten Teils der Reise einquartiert war, unternahm man Tagesausflüge: so wurde zum Beispiel in Hof die neue Ausstellung des Stadtmuseums „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ besucht – der stellvertretende Landes- und oberfränkische Bezirksvorsitzende der LOW Bayern, Christian Joachim, ließ es sich nicht nehmen, die Schüler persönlich zu begleiten. Eine Besichtigung des Hofer „Fernwehparks“ schloss sich an; der Journalist, Filmemacher und Reiseschriftsteller Klaus Beer, der den Park ins Leben gerufen hat, erläuterte dabei ausführlich sein Konzept und seine Ideen.

Weitere Höhepunkte der Reise in Oberfranken waren der Besuch des „Porzellanikons“ in Selb, des Grenzmuseums im ehemals geteilten Dorf Mödlareuth (von den Amerikanern während des Kalten Krieges wegen der 700 Meter langen Sperrmauer auch „Little Berlin“ genannt) und der Stadt Bamberg, wo die Gruppe von der LOW-Kreisgruppenvorsitzenden Rosemarie Pezzei, der polnischsprachigen Stadtführerin Ewa Herber und Stadtrat Christian Lange herzlich begrüßt und betreut wurde.

Am drittletzten Tag der Fahrt ging es nach Mittelfranken; die idyllisch gelegene Jugendherberge Feuchtwangen unter Leitung von Monika Neußer gefiel den Schülern ganz besonders. In Mittelfranken wurde natürlich neben der Nürnberger Altstadt zuerst das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen besucht, wo Mitarbeiter Alexander Haensel in einem detaillierten Vortrag sowohl die Aufgaben des Kulturzentrums als auch die Inhalte der Dauer- sowie der derzeitigen Wechselausstellungen erläuterte. Besonders aufmerksam nahmen die Besucher die Fotoausstellung des Guttstädter Fotografen Andrzej Waszczuk „Das Ermland – ein Vogelparadies“ mit atemberaubenden Naturaufnahmen zur Kenntnis.



An der einstigen Sperrmauer: Unterwegs im Grenzmuseum Mödlareuth Bild: Rainer Claaßen

Anderntags wurden die Gäste vom Dinkelsbühler Oberbürgermeister Christoph Hammer empfangen, der in einem kurzweiligen Vortrag nicht nur einen geschichtlichen Überblick über seine Stadt gab, sondern auch erklärte, wie man eine solche historische Stadt in der heutigen Zeit nicht nur erhält, sondern auch effizient verwaltet und weiterentwickelt. Die Guttstädter bedankten sich mit einer „Schmeckprobe“ aus der heimischen Süßwarenfabrik, während LOW-Landesvorsitzender Friedrich-Wilhelm Böld dem Oberbürgermeister eine Flasche Danziger Goldwasser überreichte. Nach dem Besuch des Schlosses Schillingsfürst und des dortigen Jagdfalkenhofes ging es über die Landesgrenze ins württembergische Crailsheim, wo der stellvertretende Landesvorsitzende Rainer Claaßen, im Hauptberuf Fahrdienstleiter bei der Deutschen Bahn (DB), die Schüler ins Zentralstellwerk der DB führte und ihnen in polnischer Sprache seine Arbeit und die technischen Zusammenhänge erläuterte.



Gastgeschenk: Friedrich-Wilhelm Böld (r.) übergibt OB Christoph Hammer Danziger Goldwasser Bild: R.C.

Am letzten Tag der Reise wurde Rothenburg ob der Tauber besucht; anschließend ging es nach Unterfranken, wo die Gemeinde Wülfershausen an der Saale zu Kaffee und Kuchen geladen hatte. Bürgermeister Peter Schön, der selbst als Schulleiter tätig ist, bat Schüler und Lehrer dringlich darum, im nächsten Jahr wiederzukommen, und händigte dem LOW-Vertreter zu diesem Zweck eine Spende der Gemeinde aus. Dann wurde Abschied genommen. Der Bus begab sich auf die nächtliche Heimfahrt nach Ostpreußen. Ein ganz herzliches Dankeschön sei an dieser Stelle dem Freistaat Bayern ausgesprochen, der die Reise über das Haus des Deutschen Ostens, München, mit Mitteln des bayerischen Sozialministeriums gefördert und damit gezeigt hat, dass man in Bayern die Patenschaft über die Landsmannschaft Ostpreußen nicht vergisst! *R.C.*

Ostpreußisches Landesmuseum

Die Sonderausstellung „Vertraute Ferne“ ist noch bis zum 14. Oktober zu sehen.

Kommunikation und Mobilität im Hanseraum – Das Ostpreußische Landesmuseum zeigt die seit vielen Jahren wohl bedeutendste Ausstellung zur historischen Hanse. Einmalige mittelalterliche Zeugnisse von über 40 Museen und Archiven aus sieben europäischen Ländern wurden vom Ostpreußischen Landesmuseum zusammengetragen und erklären, wie die historischen Hansekaufleute trotz wochen-, teils monatelanger Reisen ohne Internet und Telefon handeln und kommunizieren konnten – eine einzigartige Zusammenstellung von teils noch nie gezeigten Objekten. Neueste Forschungserkenntnisse aufgreifend befragt die Ausstellung die jahrhundertealten Exponate auf ungewohnte, überraschende Zusammenhänge und Theorien.

In sechs Themenbereichen wird auf anschauliche Weise beleuchtet, wie die hanseatischen Kaufleute ein funktionierendes Handels- und Kommunikationsnetz knüpfen konnten. Mobil waren aber nicht nur die Kaufleute, sondern unter anderem auch Handwerker, Pilger und angehende Gelehrte. Hierzu werden einzigartige Originale des Mittelalters und der Frühen Neuzeit präsentiert. Urkunden, Briefe und Bücher aus den Archiven zahlreicher Hansestädte verzaubern ebenso wie die vielen archäologischen Funde, die Auskunft geben über die Alltagskultur vom belgischen Brügge bis ins estnische Reval (Tallinn). Wertvolle Kunstwerke, aber auch Mitmach- und modernste Multimediastationen versprechen neben kulturhistorischen Höhepunkten Spaß für die ganze Familie. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0 /Fax (04131) 75995-11, Email: presse@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

58. Angerburger Tage – Kurz vor Drucklegung der *PAZ* erfuhr die Kreisgemeinschaft Angerburg, dass während der Angerburger Tage am Sonnabend, 8. und Sonntag, 9. September, die Zufahrt zur Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße aus Richtung Hamburg/Soltau für den Kraftfahrzeugverkehr wegen Baumaßnahmen (Kreuzung Mühlenstraße) von Freitag, 7. September bis einschließlich Sonntag, 9. September gesperrt ist. Die Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße ist also mit dem Pkw nur über längere Umleitungswege zu erreichen. Für Fußgänger und Radfahrer ist die Theodor-Heuss-Schule dagegen ohne Umwege zu erreichen. Am Sonnabend und Sonntag wird ein Stadtbus (8 Plätze) für Angerburger beim Rotenburger Bahnhof zur Theodor-Heuss-Schule eingesetzt. Der Stadtbus verkehrt am Sonnabend, 8. September ab Bahnhof Rotenburg/Wümme um 13.15 Uhr und 18.15 Uhr und am Sonntag, 9. September, um 9.15 Uhr und 10.15 Uhr. Ausstieg beziehungsweise Zustieg beim Hotel am Pferdemarkt ist zu den angegebenen Zeiten möglich. Der Transfer ist für die Angerburger bei Benutzung des Stadtbusses kostenlos. Telefonische Auskünfte werden an beiden Tagen unter Telefon (04261) 9833100 erteilt. Die Kreisgemeinschaft bittet um Verständnis und wünscht den Teilnehmern dennoch eine gute Anreise.

Praktizierte Rückkehr-Ökumene

»Damit sie alle eins seien« (Joh. 17, 21): Evangelischer Pfarrer wird aus Überzeugung katholisch

„Credo in unam sanctam catholicam et apostolicam ecclesiam“: Diesen Satz aus dem Großen Glaubensbekenntnis der heiligen Messe wird der ehemalige protestantische Pfarrer Andreas Theurer bald aus ganzer Seele mitbeten können. Ein jahrelanger Prozess brachte ihn zu der Erkenntnis, dass in allen strittigen Themen die katholische und nicht die protestantische Lehre mit dem biblischen Zeugnis übereinstimmt. Die reformatorische Kirchenspaltung wolle er nicht aufrechterhalten. Die Konsequenzen für ihn sind unangenehm.



Martin Luther beim Anschlag der 95 Thesen (Szene aus dem Kinofilm „Luther“ von 2003): Pfarrer Theurer wollte mit seinem Buch wie Luther mit seinen Thesen auch nur eine Diskussion anregen. Seine Oberen suspendierten ihn umgehend vom Dienst. Bild: pa

Der Fall wirbelt in Süddeutschland derzeit viel Staub auf und wird sogar von ausländischen Medien berichtet. Zum ersten Mal seit 30 Jahren verlässt ein evangelischer Pastor die württembergische Landeskirche, um zusammen mit seiner Frau, einem bekannten Mitglied der Landessynode, in die katholische Kirche überzutreten. Was bewegte Andreas Theurer zu diesem Schritt, der für ihn und seine Familie erhebliche existentielle Gefährdungen mit sich bringt?

Vor drei Wochen hatte Pastor Theurer ein Buch mit dem Titel „Warum werden wir nicht katholisch?“ veröffentlicht. In diesem Buch behandelte er einige theologiegeschichtliche Fragen, die vor allen Dingen in der Reformationszeit zum Zankapfel geworden waren. Es geht um solche schwierigen Fragen wie das Verhältnis von „Schrift und Tradition“, die Stellung des Papstamtes und die Heiligenverehrung. Am Ende des Buches stellt der 45-Jährige fest, dass diese alten Fragen nicht mehr kirchentrennend sein müssen und daher eine Wiedervereinigung der seit 500 Jahren getrennten Kirchen möglich ist.

Kaum war dieses Buch erschienen, das im Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 eine neue Diskussion anstoßen wollte, wurde Andreas Theurer zu seinem Oberkirchenrat zitiert und nach einem sehr kurzen Gespräch von seiner Tätigkeit als Gemeindepfarrer mit sofortiger Wirkung suspendiert. Er habe mit seiner Schrift die Basis des „evangelischen Bekenntnisses“ verlassen, hieß es. Der zuständige Kirchenrat Dan Peters fürchtete „Irritationen und Verletzungen“ in der Gemeinde des Pfarrers und will ihm sogar einen würdigen Abschiedsgottesdienst verweigern.

Was ist so provokant an Theurers Einstellung, sodass sogleich

Unzucht in Pfarrhäusern dagegen kein Problem für EKD

seine massive Ausgrenzung seitens der württembergischen Kirchenleitung beginnt, die es ansonsten mit ihren eigenen reformatorischen Grundlagen nicht mehr so genau nimmt? Die württembergische Kirche lässt inzwischen homosexuelle Paare in ihren Pfarrhäusern wohnen und ordiniert Frauen, obwohl dies alles klar dem biblischen Zeugnis widerspricht. In den Gemeinden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat derjenige in der Regel nichts zu befürchten, der sich für die bewusst verfälschende Bibelübersetzung „Die Bibel in gerechter Sprache“ einsetzt. Man kann mit dieser Haltung sogar in die Leitungsposition aufsteigen, wie der Fall der ehemaligen EKD-Vorsitzenden und Ex-Landesbischöfin Margot Käßmann zeigt. Pfarrer Theurer dagegen wollte dem alten reformatorischen Motto „Allein die Schrift“ wieder zur Geltung verhelfen. Das Neue Testament sei aus einem Traditionsprozess in den ersten Jahrhunderten hervorgegangen und erst im Jahr 367 in der heutigen Form kanonisiert worden, argumentierte er. Seitdem sei die Bibel aber die unveränderbare Autorität für das Leben von Christen.

Mit seiner Einschätzung, dass die alten Streitthemen im 21. Jahrhundert nicht mehr stichhaltig sind, steht Andreas Theurer nicht alleine da. In Deutschland, England, Amerika und Australien mehren sich die Fälle, wo evangelische oder anglikanische Amtsträger, darunter auch amtierende Bischöfe, zur katholischen Kirche „zurückkehren“. In Bayern sollen in den vergangenen 30 Jahren 30



Buchumschlag: „Warum nicht?“ Bild: Dominus-Verlag

evangelische Pfarrer katholisch geworden sein. Dieser Prozess begann vor Jahrzehnten. Inzwischen sind es viele hundert Amtsträger und Hunderttausende von Christen, die diesen Weg eingeschlagen haben. Jahrelang galt die sogenannte Rückkehr-Ökumene als ein nicht mehr akzeptables Modell; doch die Zeiten haben sich geändert, seit die weitgehende Erfolglosigkeit der Ökumenischen Bewegung der letzten 100 Jahre vielen zu Bewusstsein gekommen ist. Auf eine Wiedervereinigung der lateinisch geprägten Christenheit am Sankt-Nimmerleins-Tag wollen diese Menschen nicht mehr warten.

Der Übertritt des Ehepaars Theurer in die katholische Kirche ist daher nicht Ausdruck „einer persönlichen Gewissensentscheidung“, wie dies die württembergische Kirchenleitung in einer Pressemeldung glaubhaft machen wollte. Pfarrer Theurer sagt, er sei in einem langen Prozess des Nachdenkens und theologischen Forschens zu dieser Entscheidung gekommen. Er gehe nicht „aus Frust“ aus der evangelischen Landeskirche weg, sondern aus „innerer Überzeugung“ in die katholische Kirche und dies im Blick auf die notwendige Einheit der Kirche. Der Geistliche, der mit seinem Übertritt nicht nur seine Gemeinde, Arbeit, die bisherige Wohnung im Pfarrhaus und seinen Pensionsanspruch verliert, geht ein beträchtliches existentielles Risiko ein. Der katholische Bischof von Augsburg, Konrad Zdarsa, hat in der Zwischenzeit dem Pastor ein Übernahmeangebot gemacht, sodass die Pastorenfamilie nun zumindest nicht mittellos dasteht. Ab dem 1. November wird Theurer im neuen Zentrum für Neuevangelisation der Diözese eine Stelle antreten und sich nebenbei Studien in katholischer Theologie widmen. Sehr gerne würde er auch katholischer Priester werden, wie Theurer in einem Interview mitteilte. Dieser Weg ist mit einer Sondergenehmigung des Papstes auch für verheiratete Männer möglich.

Hinrich E. Bues

Andreas Theurer: „Warum werden wir nicht katholisch? Denkanstöße eines evangelisch-lutherischen Pfarrers“. Dominus-Verlag, Augsburg 2012, 96 Seiten, 5,90 Euro.

Naturarznei Mittagsschlaf

Aus dem Urlaub im Süden Europas kennen wir es: Wenn mittags die Hitze am größten ist, ziehen sich die Einheimischen zu einer Siesta zurück. Eine kurze halbe Stunde Pause, danach geht's noch mal so gut. Wissenschaftler haben inzwischen den Wert eines solchen Mittagsschläfchens für die Gesundheit erforscht und empfehlen es uneingeschränkt.

Wer kennt das nicht: das Tief am frühen Nachmittag. Zwischen 13 und 15 Uhr wollen einem die Äuglein zufallen, auf den Gliedern lastet bleischwere Müdigkeit. Ein Mittagsschlaf ist dagegen die optimale Kraftquelle, die zu einer raschen Regeneration führt. 20 Minütchen Ruhe sind das beste Mittel zur Entspannung und um neue Kräfte zu schöpfen.

Entscheidend sei, dass das ganze „System“ heruntergefahren und die „Hab-Acht“-Stellung aufgegeben werden, erläutert Professor Göran Hajak von der Universität Bamberg. Schlafen reguliere das beanspruchte Nervensystem herunter.

Der Mensch hat zwei Ruhephasen

Das Herz schlägt langsamer, die Atemfrequenz ist niedriger, Blutdruck und Körpertemperatur sinken, Hormone werden ausgeschüttet, die dann im Wachzustand stark gegen Stressbelastung machen. Nach der Mittagsruhe fühlt sich der Mensch wieder erquickt und leistungsfähig, das Konzentrationsvermögen ist wieder voll da. Der Mittagsschlaf ist im Grundprogramm des Organismus angelegt, so Schlafforscher Hajak. Unser Körper funktioniere nach einem biphasischen Aktivitäts- und Ruherhythmus: Nicht nur eine nächtliche Ruhephase habe der Mensch, sondern eine zweite nach der Mittagesszenzeit. Das Mittagessen selbst ist indes nicht die Ursache für die tageszeittypische Müdigkeit, sie wirkt aber verstärkend.

Genauso wichtig wie das Nickerchen ist das rechtzeitige Aufwachen. Ideal sind laut Schlafexperte Hajak 20 Minuten. Dauere der Mittagsschlaf länger, könne man leicht in den Tiefschlaf fallen, der dann den Tagesrhythmus durcheinanderbringe. *CR*

Fremd in den einst eigenen vier Wänden

Dokumentation über zwei Schwestern, die in ihrem niederschlesischen Heimatort ihr Geburtshaus besuchen

Seit Monaten reist Karin Kaper mit ihrer 80-jährigen Mutter Ilse quer durch Deutschland. Doch sie besichtigen nicht die Schönheiten der deutschen Städte, sondern kehren in dunkle Kinosäle ein. Dort treffen sie auf Menschen, die überwiegend schon seit Jahrzehnten nicht mehr im Kino waren, die aber nun gekommen sind, um Mutter und Tochter einleitende Worte sprechen zu hören, bevor das Licht ausgeht, der Vorhang sich öffnet und auf der Leinwand der Film „Aber das Leben geht weiter“ beginnt.

Die aus Mitteln der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Dokumentation trifft laut Aussage der Filmemacherin Karin Kaper gegenüber der *PAZ* Monat für Monat auf mehr statt wie sonst üblich auf weniger Interesse. Und das obwohl die 52-Jährige eigentlich eine sehr persönliche Familiengeschichte erzählt, die jedoch, weil so viele auf ein ähnliches Schicksal in der Familie verweisen können, auf vergleichsweise große Resonanz trifft.

In der filmtechnisch sehr einfach gemachten Dokumentation von Karin Kaper und Dirk Szuszies begleitet der Zuschauer Kaper, wie sie mit ihrer Mutter



Das offizielle Plakat zum Film

und ihrer Tante Hertha in deren Geburtsort Niederlinde reist. Das Dörfchen, in dem die beiden Schwestern in den 20er Jahren das Licht der Welt erblickten, liegt etwa 25 Kilometer ostwärts von Görlitz und wird von den Polen als Platerówka bezeichnet.

Die drei Frauen fahren nicht zum ersten Mal in die niederschlesische Gegend. Bereits in den 70er Jahren war die Filmemacherin mit ihrer Mutter dort und besuchte die Menschen, die damals im Geburtshaus der Mutter lebten. Damals filmten sie auch mit einer H8-Kamera, deren Aufnahmen in die Dokumentation eingefügt sind. Inzwischen lebt in dem Geburtshaus der Schwestern nur noch die verwitwete Edwarda Zukowska. Doch ihre Tochter Maria wohnt nicht weit entfernt und auch Enkelin Gabriela kommt mit ihren beiden Töchtern regelmäßig aus Breslau zu Besuch.

Da Gabriela Deutsch spricht, wenn auch etwas gebrochen, übersetzt sie oft direkt für die Filmzuschauer. Aber auch Edwarda kann einigermaßen Deutsch, sodass sie manchmal direkt erzählen kann, was sie erlebt hat. Ihr Bericht über ihre Deportation durch die Russen aus den östlich der Curzon-Linie gelegenen polnischen Zwischenkriegsgebieten nach Sibirien und ihr Weg dann weiter nach Niederlinde erfolgt jedoch auf Polnisch mit deutscher Untertitelung.

Bedächtig folgt die Kamera den beiden Frauen aus Deutschland,

1945 hofften sie noch, dass alles gut gehen würde

wie sie in Begleitung von Edwarda durch den Garten ihres elterlichen Hofes gehen und sich darüber unterhalten, wie damals Edwardas Vater in ihr Haus zog und als neuer Hofbesitzer darauf achtete, dass die alten Besitzer brav ihre Arbeit machten. Da sie nicht wussten, was die Siegermächte beschlossen hatten, verbrachte die deutsche Familie ein Jahr wartend als Arbeiter auf ihrem eigenen Hof und hoffte, alles würde für sie gut werden. Doch im Juni 1946 kam der Befehl, sich nur mit Handgepäck auf dem Sportplatz zu versammeln.

Während die Schwestern erzählen, wie ihre Welt damals zusammenbrach und ihre Mutter das nicht akzeptieren wollte und zum Heuwenden Richtung Feld marschierte, stehen die beiden Frauen im Freien. Um sie herum die friedliche Natur, die sie auch damals umgab, als sie fürchteten, gen Osten nach Sibirien abtransportiert zu werden. Edwardas Vater half noch, eine dicke Bettdecke, die ja offiziell nun ihm gehörte, einzupacken. Doch dann die Erleichterung, als die Züge nach Westen fuhren. An die Fahrt selber kann sich Hertha nicht mehr erinnern und auch Ilses Erinnerungen sind bruchstückhaft.

Oft sitzen die Frauen an gedeckten Kaffeetischen und erzählen. Die Filmemacherin selbst kommentiert nicht, dafür lässt sie Edwardas Enkelin einordnende Einschätzungen geben. So betont Gabriela, dass ihre Familie die deutschen Besucher nie als Gefahr gesehen habe oder Sorge hatte, diese wollten ihren Besitz zurück. Gleichzeitig kannten sie ja das Familienschicksal, wenn jemand zwangsweise sein Geburtshaus verlassen muss. Allerdings sei es den Polen, die von jenseits der Curzon-Linie und damit der heutigen polnischen Staatsgrenze stammen, nicht so leicht möglich wie den Deutschen, die Herkunftsorte der Vorfahren zu besuchen, zumal sie befürchten, von den Russen nicht so herzlich aufgenommen zu werden. *Bel*

Ab dem 20. November gibt es den Film auf DVD. Er ist zu bestellen bei Karin Kaper, karinkaper@web.de, Telefon (030) 61507722. Wer den Film im Kino sehen möchte, kann dies an folgenden Terminen tun: 10. September, Uelzen, Central-Theater, 15 Uhr und 20.15 Uhr; 11. September, Salzgitter, Kultiplex, 18 Uhr; 12. September, Salzwedel, Filmpalast, 15 Uhr und 20.15 Uhr; 13. September, Walsrode, Capitol-Theater, 19 Uhr; 14. September, Munster, Deutsches Haus, 18 Uhr; 16. September, Lohne, Freilichtbühne, 19.30 Uhr; in der zweiten September-Hälfte weitere Vorstellungen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, im Oktober weitere Termine in Süddeutschland.



Wissen, wer wir sind

Die Vergangenheit bewahren

Denkmalschutz ist in einer weitgehend geschichtsfernen Gesellschaft wie der unseren eine kulturelle und politische Aufgabe ersten Ranges. Die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ und viele andere vergleichbare öffentliche und private Einrichtungen und Stiftungen sind Notwendigkeit wie Wohltat. Der vorliegende Lebens- und Arbeitsbericht „Erlebte Architektur. Gedanken und Erinnerungen eines Denkmalpflegers“ von Georg Friedrich Kempter verdient die Aufmerksamkeit der Geschichts- und Kulturbewussten im Land.

Kempter, von 1970 bis 2001 im Landesdenkmalamt Baden-Württemberg tätig, vermittelt ein plastisches Bild seiner Arbeit, die zum Teil noch in die Wiederaufbauphase in Westdeutschland fiel. Kempter konnte zum Beispiel die bis heute beliebte große Markthalle in Stuttgart vor dem Abbruchwahn bewahren und wesentliche Ideen zur Neugestaltung des Schlossplatzes der Landeshauptstadt beitragen. Belege dafür, wie der Denkmalschutz das seine tun konnte zur Restauration des vom Bombenkrieg so furchtbar zerstörten Vaterlandes. Das galt auch für einige Stuttgarter Altstadtstraßen und Villen des 19. Jahrhunderts, die vom Abbruch bewahrt und sinnvoll restauriert werden konnten. Ähnliche Beispiele bieten auch Würzburg, Kassel, München und Berlin. Kempter verbindet als Person wie in seinem Beruf Weltoffenheit und Patriotismus. In vielen Reisen hat er die islamische Weltregion ebenso kennengelernt wie Südasien bis zu den Tempeln von Ankor. Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehörte auch der Schlösser- und Burgenreichtum Hohenlohes in Nordostwürttemberg und an Rems und Mur. Darüber hinaus engagiert er sich heute noch für die Erinnerung an die schwäbischen Staufer, „das edelste Geschlecht, das je die Kaiserkrone trug“. So berichtet er in seinem Buch unter anderem von den großartigen Oktogonalbauten der mittelalterlichen Kaiserzeit, dem Kaiserdom und der Pfalzkapelle in Aachen bis zum bekannten Castel del Monte Kaiser Fried-richs II. Selbst der Felsendom in Jerusalem und die vor zehn Jahren wieder errichtete Frauenkirche in Dresden zeugen von diesem Grundriss, ein wahrer Triumph des deutschen Wiederaufbaus ein halbes Jahrhundert nach der Zerstörungsorgie.

Ein Denkmalschützer erinnert sich

Die Erinnerungen und Gedanken des Stuttgarter Denkmalpflegers können der Minderheit jener im Land ans Herz gelegt werden, die noch wissen, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt und dass er kein würdiges, lohnendes Leben führen kann ohne die Anschauung und das Wissen um die Zeugnisse der kulturellen Herkunft. Die menschliche Existenz bedarf der Bewahrung der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft. *Klaus Hornung*

***Georg Friedrich Kempter: „Erlebte Architektur. Gedanken und Erinnerungen eines Denkmalpflegers“**, Centaurus Verlag, Stuttgart 2012, 321 Seiten, 27,80 Euro*

Caesars Nazis

Harvard-Autor untersucht »Germania« nach Ansätzen für NS-Ideologie

Dass die „Germania“, dieses dünne Büchlein, das mit zwei anderen ähnlich geringen Umfangs am chronologischen Anfang der von dem römischen Historiker Publius Cornelius Tacitus erhaltenen Werke steht, zu den 100 gefährlichsten Büchern der Welt zählt, ist von Arnaldo Momigliano gesagt worden, einem großen Kenner der klassischen Antike. Der Autor, ein Professor für klassische Philologie in Harvard, meint, Tacitus habe eine solche Wirkung zwar keinesfalls intendiert, aber sie habe sich so ergeben. Und zwar, weil ab dem 15. Jahrhundert die dort beschriebenen Germanen unwissenschaftlich, aber bewusstseins-prägend flugs mit den modernen Deutschen gleichgesetzt worden seien. Diese mangelnde Präzision habe das Werk schließlich zu einer „Bibel für die Nationalsozialisten“ gemacht. Heinrich Himmler, in seinem skurrilen Bestreben der Wiedererweckung des Geistes der alten Germanen, wie er ihn im Gefolge von Tacitus zu verstehen versuchte, habe im Herbst 1943, als die Wehrmacht nach dem Sturz Mussolinis und dem Waffenstillstand der Regierung Badoglio mit den Alliierten in Italien einmarschierte, ein SS-Sonderkommando nach Iesi (in den Marken) geschickt, um in der Nähe dieses Städtchens nach dem „Codex Aesinas“ zu fahnden, einer der handschriftlichen Überlieferungen der „Germania“. Die Suche blieb jedoch erfolglos.

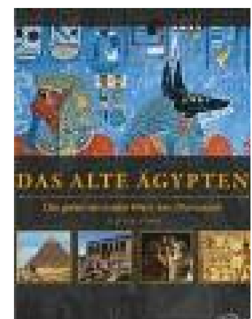
Mit dieser, durchaus reißerisch geschilderten Aktion beginnt die Darstellung „Ein gefährliches Buch. ‚Die ‚Germania‘ des Tacitus und die Erfindung der Deutschen“, und damit klingt sie auch aus. Ein deutscher Historiker würde derlei „Ringkomposition“ als Effekthascherei ablehnen. Vielleicht schielt der in Harvard lehrende Christopher B. Krebs auch auf nicht nur im angelsächsischen Publikum vorhandene Klischee-Vorstellungen, dass seit etwa 1500 alles in der deutschen Geschichte, auch und gerade in der Geistesgeschichte, auf die fatalen zwölf Jahre der NS-Herrschaft vorausweise. Dabei verschweigt er aber nicht, dass die „Germania“ auch immer wieder nüchtern betrachtet worden ist. Adolf Hitler übrigens hielt nicht viel von Himmlers Germanen-Tümelei.

Es werden viele Klischees bedient

Doch ändert das nichts an der wissenschaftlichen Gediegenheit der sonstigen Darstellung, demonstriert in einem umfangreichen Fußnoten-Apparat, der dem Interessierten gute Hilfe bietet, wenn er sich genauer informieren will über das Interpretations-Schicksal der „Germania“ durch die gesamte Neuzeit hindurch. Die Einzelheiten, die der Autor repräsentativ auswählt, findet man anderswo auch (siehe die Fußnote 10 der Einleitung, den Hinweis auf Klaus von See: „Deutsche Germanen-Ideologie: vom Humanismus bis zur Gegenwart“, 1970). Man findet es wahrscheinlich aber nicht in dieser griffigen Zusammenfassung und nicht mit so viel trockenem Humor und Mangel an überflüssiger Ehrfurcht serviert. Daher ist der allgemeinbildende Wert des Buches durchaus hoch zu veranschlagen.

Eine Aussage des Tacitus weise nach Auffassung des Autors sogar schon auf die Nürnberger Rassegesetze von 1935 voraus: „Ich selbst trete der Meinung derer bei, die es für zutreffend halten, dass die Völker Germaniens durch keine fremde Heiratsgemeinschaften mit anderen Völkern infiziert sind (tatsächlich: „infectos“!) und daher ein originär für sich bestehender und nur sich selbst ähnlicher Stamm sind“ (Kap. 4, Satz 1). Dazu erfahren wir aber, dass es sich hier um einen Gemeinplatz der antiken Ethnographie handelt, den man also nicht auf die Goldwaage legen sollte. Genaueres aber (wie kann es zu solch einem Gemeinplatz kommen?) sagt uns der Autor leider nicht. Er lässt uns aber auch nicht ganz im Stich. Wir müssen nur seine Fußnoten durchforsten, um Eduard Norden zu finden, den großen Latinisten, der 1920 (es gibt seitdem Nachdrucke) eben dies in seinem Werk „Die germanische Urgeschichte in Tacitus’ Germania“ erläutert und dabei die historische Zuverlässigkeit der Informationen in der „Germania“ kritisiert. *Bernd Rill*

***Christopher B. Krebs: „Ein gefährliches Buch. ‚Die ‚Germania‘ des Tacitus und die Erfindung der Deutschen“**, DVA, München 2012, geb., 352 Seiten, 24,99 Euro*



Pharaonen en masse

Detailierte Einführung in die altägyptische Geschichte

Gibt es ein Zuviel an Informationen? Vielleicht ist das der Grund, warum der wunderschön bebilderte große Band „Das Alte Ägypten. Die geheimnisvolle Welt der Pharaonen“ nicht richtig in den Bann zieht. Dabei scheint Matthias Vogt sachlich alles richtig gemacht zu haben. Übersichtliche Kapitel, umfangreiche Bildbeschreibungen zu den optisch wirklich ansprechenden Fotos und eine schlüssige Gliederung bieten eigentlich alles, was das Herz begehrt. Trotzdem verliert der Leser irgendwann den Überblick. Ptolemaios I. und II., Ramses I. und II., Rahotep, Montuhotep II., Thutmosis III., Amenophis II., Nofretete und Tutanchamun und Kleopatra sind nur einige Herrschernamen der gut 5000 Jahre umfassenden altägyptischen Geschichte. Zudem befasst sich der Autor in gesonderten Kapiteln noch mit historischen Stätten und Monumenten, den wechselnden Religionen und ihren Besonderheiten, mit Kunst und Kultur und dem Lebensalltag. In farblich unterlegten Infokästen erfährt man Details, so beispielsweise, dass üppig glänzende, dichte schwarze Haare ein Statussymbol waren. Selbst einfache Leute verwendeten Haarteile, Reiche trugen Perücken.

Doch trotz aller Perfektion sorgt das Buch eher für Last statt Lust, so man denn nur einen kleinen Ausflug in die Materie tätigen wollte und nicht gleich eine längere Bildungsreise plante. *Bel*

***Matthias Vogt: „Das Alte Ägypten. Die geheimnisvolle Welt der Pharaonen“**, Komet, Köln 2012, gebunden, 416 Seiten, 14,99 Euro*

Auf Sinnsuche

Arzt verzweifelt an Praxisalltag und Privatleben

Ein Mann, eine Familie und das Älterwerden, dazu die Frage nach der Sinnhaftigkeit unseres Lebensstils, der von Arbeitsstress und vom Geld bestimmt ist: Das ergibt im neuen Roman des norwegischen Autors und Musikers Ketil Björnstad die Geschichte des 58-jährigen Arztes Thomas Brenner. Nachdem das Buch mit dem Titel „Die Unsterblichen“ im vergangenen Jahr in Norwegen ein großes Echo ausgelöst hat, ist auch die deutsche Ausgabe ähnlich erfolgreich. Es ist eine Geschichte, die wohl kaum jemanden kalt lässt und die jedem Leser zumindest in Teilen bekannt vorkommen wird. Wie geht es der in die Jahre gekommenen mittleren Generation? Am Beispiel von Thomas beschäftigt uns der Autor mit dieser Frage; sie schwebt über einer Gemengelage von Problemen gesellschaftlicher und privater Natur. Unaufgeregt und schnörkellos wirft der 1952 geborene Autor ein Licht auf die Lebenssituation, Pläne und Träume von Thomas Brenner, der als Hausarzt in einer Gemeinschaftspraxis im Osloer Vorort Holmenkollen tätig ist, einer Villengegend. Erzählt wird durchgehend aus dessen Perspektive, jedoch nicht in der Ich-Form, so dass die Distanz zu den handelnden Personen gewahrt bleibt.

Eines Abends kann Thomas nicht einschlafen, ihn beunruhigen zu viele Dinge. An diesem Tag wurde nach vielen Streitigkeiten mit den Pflegekräften entschieden, dass seine alte Mutter ins Pflegeheim kommt. Bisher leben seine über 90-jährigen, pflegebedürftigen Eltern noch in der eigenen Wohnung im Dreigenerationenhaus Brenner. Dazu hegt Thomas die Befürchtung, dass seine Frau Elisabeth an Brustkrebs erkrankt sein könnte. Doch diese hat sich bisher dazu nicht geäußert. Auch am nächsten Tag schweifen seine Gedanken während der kurzen Ruhepausen, die ihm während der Praxistätigkeit bleiben, immer wieder ab. Die Bahnen, in denen sich Thomas privat und beruflich bewegt, sind mit der Zeit immer enger geworden, dabei nahm die Belastung stetig zu. Zudem hat er Herzprobleme. Dennoch möchte er die anstehende Familienreise nach Chicago nicht absagen. Wie seine Frau möchte auch Thomas demnächst beruflich kürzer treten. Er fühlt sich eingezwängt in einen medizinischen Apparat, den er nicht mehr durchschaut. Daheim warten auf ihn täglich Aufgaben bei der Versorgung seiner Eltern, während seine Frau sich ihrerseits intensiv um ihre eigenen Eltern kümmert.

Faule Kinder, kranke Eltern

Auch in materieller Hinsicht geht es allen längst nicht mehr so gut wie noch vor einigen Jahren. Gordon, Thomas’ Vater, ist einem Anlageberater aufgesessen und hat durch die Finanzkrise den größten Teil seines Vermögens verloren. Indessen sind die beiden erwachsenen Töchter Annika und Line immer noch finanziell von ihren Eltern abhängig. Beide haben verschwommene, aus Sicht von Thomas illusionäre Vorstellungen von ihrer beruflichen Zukunft.

An diesem Tag erhält Thomas Besuch von Mildred Latefoss, einer ehemalige Mitschülerin und Kollegin. Sie möchte ihm persönlich mitteilen, dass er den Verdienstorden des Königs in Gold erhalten soll, was Thomas jedoch eher ratlos stimmt. Die Antwort auf ihre Frage nach Thomas’ Ergehen fällt nicht positiv aus, sie klingt mit all ihren Einzelheiten fast wie ein Vorwurf – doch an wen? Wie auch immer, Ketil Björnstad ist ein großartiger Roman gelungen. *Dagmar Jestrzemski*

***Ketil Björnstadt: „Die Unsterblichen“**, Insel Verlag, Berlin 2011, gebunden, 303 Seiten, 19,90 Euro*



Familienfrust

Vater leidet unter Schwiegertochter in spe und Job

Bei vielen ist er ein täglicher Begleiter: der alltägliche Familienwahnsinn. Und diesem ist das Mittelstandspaar Max und Dorit in Stefan Schwarz neuestem und urkomischen Roman „Das wird ein bisschen wehtun“ nahezu hilflos ausgeliefert. Nach „Hüftkreisen mit Nancy“ lädt Stefan Schwarz den Leser in seinem zweiten Roman auf ein Wiedersehen mit Max und seiner Familie ein. Diesmal erwartet den häufig etwas planlosen Familienvater jedoch eine ganz andere Art von Katastrophe, denn sein Sohn, der 18-jährige Konrad, bringt die erste Freundin mit nach Hause.

Das an sich wäre ja nicht allzu dramatisch, hätte die pausenlos plappernde Naddi nicht beschlossen, sich bei ihrem neuen Freund quasi einzunisten. Sie beansprucht nicht nur Platz im Badezimmer für ihre Kosmetik, sondern scheint auch davon auszugehen, dass sämtliche Gegenstände anderer Familienmitglieder geteilt werden, so auch Max’ Nassrasierer, der kurzerhand zur Entfernung von Naddis Sekundärbehaarung benutzt wird. Doch Max’ bereits mächtig überspannter Geduldsfaden beginnt erst zu reißen, als er, als leidenschaftlicher Nacktschläfer, nachts einen verhassten Pyjama anziehen muss, um aufs Klo zu gehen, und dann auch noch Zeuge des geräuschvollen Sexlebens seines Sohnes wird.

Doch nicht genug damit, dass der Familienvater sich sexuell von seinem Sohn in den Schatten gedrängt fühlt, auch beruflich gerät er durch seine sonst so

Amüsante Alltagskomödie

charmante Art des „Laissez-faire“ in die Bredouille. Eine weitere böse Überraschung erwartet Max, als er seinen, von Vandalen zerkratzten gepflegten und gehegten Wagen in die Werkstatt bringt.

„‚Du musst bezahlen!‘, sagte der Meister langsam und finster, und ich wunderte mich ein bisschen, weil ich ihm nie das Du angeboten hatte. Aber vielleicht sackte man ja durch so eine Lackschädigung in der Kundenhierarchie weit nach unten ..., und weil ich das dann doch etwas dreist fand, beschloss ich ihn einfach zurückzuduzen. ‚Aber du musst erst mal den Schaden reparieren!‘ ... Der Meister erwachte aus seiner Finsternis. ‚Haben Sie das nicht gelesen? Das sind nicht irgendwelche Kratzer. Hier hat jemand was auf ihr Auto geschrieben. Und zwar: Du‘. Er wies auf die Schwünge auf der Motorhaube. ‚Must.‘ Er folgte mit dem Finger den Linien, die über die rechten Türen gekratzt worden waren. ‚Bezalen!‘ ... ‚Ich mach Ihnen das weg, aber vielleicht zeigen Sie es vorher der Polizei?‘ ‚Was sollen die damit machen? Eine Rechtschreibprüfung? Einen Schriftvergleich an allen Förderschulen der Stadt?‘“

Viel Stress erwartet den vom Schicksal arg gebeutelten Max in Stefan Schwarz’ zweitem Roman, und dennoch schafft es der chaotische Familienvater immer noch in letzter Sekunde, seinen Hals aus der Schlinge zu ziehen. Frei nach dem Motto „Das Glück ist mit den Verzweifelten“ gibt Stefan Schwarz dem Leser nicht nur einiges zum Schmunzeln, sondern auch einiges zum Nachdenken mit auf den Weg.

„Das wird ein bisschen wehtun“ ist ein Roman voller Charme, Witz und einer gepfefferten Portion bitterer Wahrheit. *Vanessa Ney*

***Stefan Schwarz: „Das wird ein bisschen wehtun“**, Rowohlt Berlin 2012, broschiert, 272 Seiten, 14,95 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

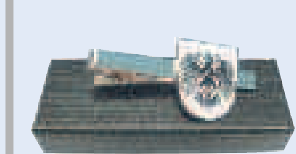
statt € 14,95
nur noch € 9,95



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Marmorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



Preußen-Krawattenklammer



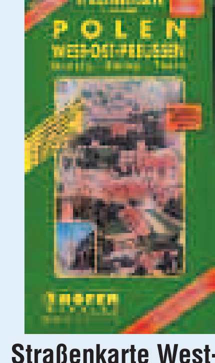
Preußenadler in Wappenform golden eingefaßt, emaillierte Oberfläche auf eine goldene Krawattenklammer aufgesetzt. Maße: Wappen: B: 22 mm, H: 25 mm, Klammer: B: 55 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6932, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

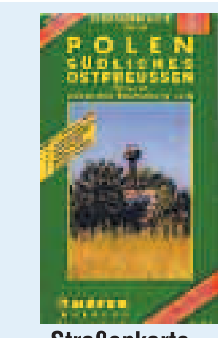


Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

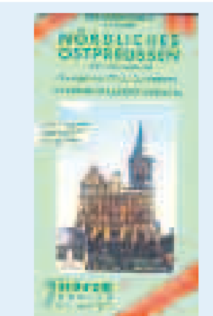
€ 19,95



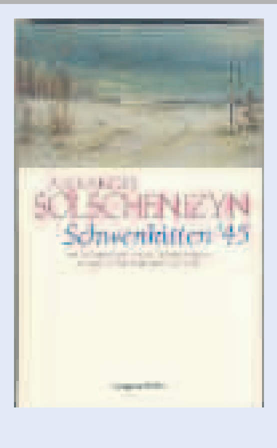
Straßenkarte West-Ost-Preußen
Danzig-Elbing-Thorn
Innenstadtplan von Elbing
Best.-Nr.: 1277, € 11,90



Straßenkarte Südliches Ostpreußen - Masuren
Allenstein-Rastenburg-Lyck
Innenstadtplan von Allenstein
Best.-Nr.: 1146, € 11,90



Straßenkarte Nördliches Ostpreußen
Mit Königsberg, Memelland, Tilsit und Gumbinnen
Innenstadtplan v. Königsberg
Best.-Nr.: 1145, € 11,90



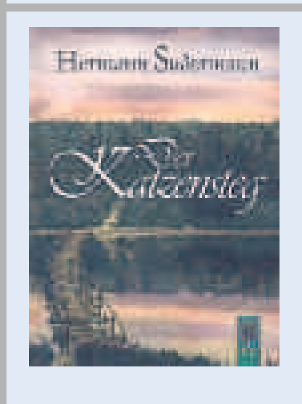
Alexander Solschenizyn
Schwenkitten ‘45
Geb., 205 Seiten
Best.-Nr.: 4213, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



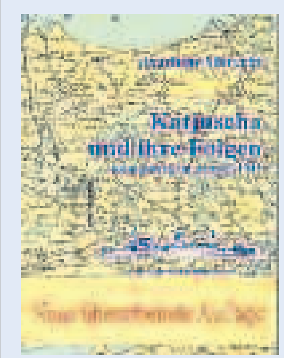
Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90



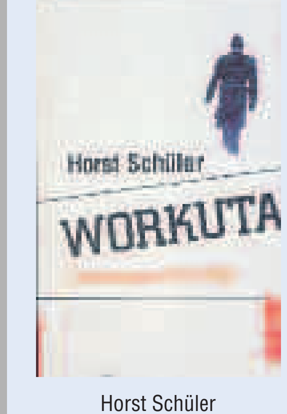
Hermann Sudermann
Der Katzensteg
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6025, € 16,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Horst Schüler
Workuta- Erinnerungen ohne Angst
Geb., 254 Seiten
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



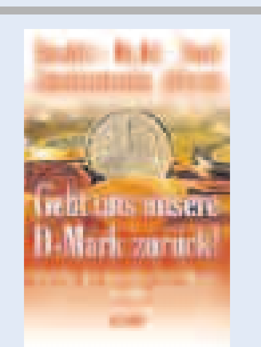
Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7081, € 19,95



Thilo Sarrazin
Europa braucht den Euro nicht
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 7181, € 22,99



Bruno Bandulet, Wilhelm Hankel, Bernd-Thomas Ramb, Karl Albrecht Schachtschneider, Udo Ulfkotte
Gebt uns unsere D-Mark zurück!
Gebunden, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7184, € 12,95



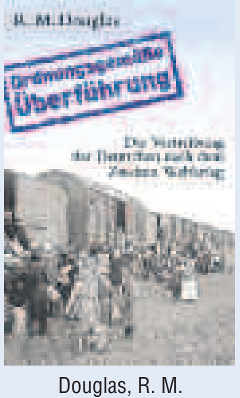
Michael Brückner
Vorsicht Währungsreform! Crash-Alarm!
Gebunden, 208 Seiten
Best.-Nr.: 7172, € 19,95



Eva Herman
Das Medienkartell
Gebunden, 256 Seiten
Best.-Nr.: 7179, € 19,95



Peter Gosztony
Der Kampf um Berlin 1945
in Augenzeugenberichten
Geb., 436 Seiten
Best.-Nr.: 7188, € 19,95



Douglas, R. M.
Ordnungsgemäße Überführung
Gebunden, 556 Seiten mit 16 Bildern und 3 Karten
Best.-Nr.: 7187, € 19,95



statt € 19,00
€ 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster

12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194




€ 17,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen

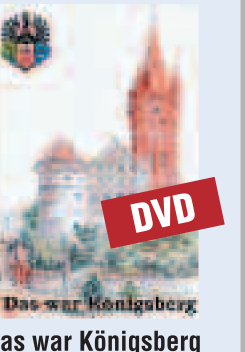
12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195



€ 17,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Frohe Jagd!
Konzertsuite nach jagdlichen Motiven
Es spielt das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
15 Titel, Gesamtspielzeit: 40:57 Min
Best.-Nr.: 7180, € 14,95

Preußen-Schirmmütze




Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg- Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

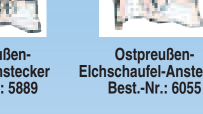
Manschettenknöpfe-Preußenadler

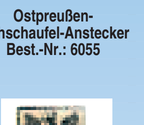


Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

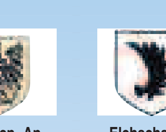
Heimat-Anstecker


Ostpreußen-Provinz-Anstecker
Best.-Nr.: 5889

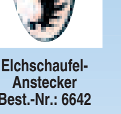

Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6055

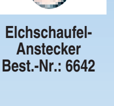

Königsberg-Anstecker
Best.-Nr.: 6056

Westpreußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6504


Sudetenland-Anstecker
Best.-Nr.: 6880


Schlesien -Anstecker
Best.-Nr.: 6778


Elchschaufel-Wappen- Anstecker
Best.-Nr.: 6830


Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6642

Preußenadler-Flaggen-Anstecker
Best.-Nr.: 6722

Preußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6057


Pommern - Anstecker
Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95



Alfred de Zayas
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95




€ 14,95

Blutiger Freitag –
Das Schicksal der deutschen Kurland Kämpfer
Laufzeit: 55 Minuten + 6 Min Bonusinterview,
FSK: ab 16 Jahren
Best.-Nr.: 7193



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
35/12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Silbermünzen bald teurer?

Berlin – Meldungen zufolge plant die Bundesregierung, die Mehrwertsteuer auf Silbermünzen ab 1. Januar von derzeit sieben auf 19 Prozent anzuheben. Wie eine Nachfrage des Internetportals „goldseiten.de“ beim Bundesfinanzministerium ergab, gehen die Bestrebungen auf die Forderung der EU zurück, die deutsche Regelung der Mehrwertsteuer europäischem Recht anzupassen. *H.H.*

Wegen 9/11 in die Psychiatrie

Richmond – Eintragungen auf der Internetseite „Facebook“, in denen Angaben der US-Regierung zu den Anschlägen des 11. September 2001 bezweifelt wurden, waren nach Angaben der Zeitung „Richmond Times-Dispatch“ der Anlass, einen ehemaligen US-Berufssoldaten zur Beobachtung in die Psychiatrie einzuliefern. Nach Angaben seiner Anwälte soll der Ex-Marine auf Anweisung der Bezirksbehörden bis zu 30 Tage in einer psychiatrischen Einrichtung des Chesterfield County/Virginia untersucht werden. *N.H.*

ZUR PERSON

Kritik oder späte Rache?

Der Titel ist Programm. „Die Patin“ – das erinnert an das Mafia-Epos mit Marlon Brando. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind weder zufällig noch unbeabsichtigt. Die „Patin“ der Buchautorin, Literaturwissenschaftlerin und Möchtegern-Politikerin **Gertrud Höhler** ist Angela Merkel.

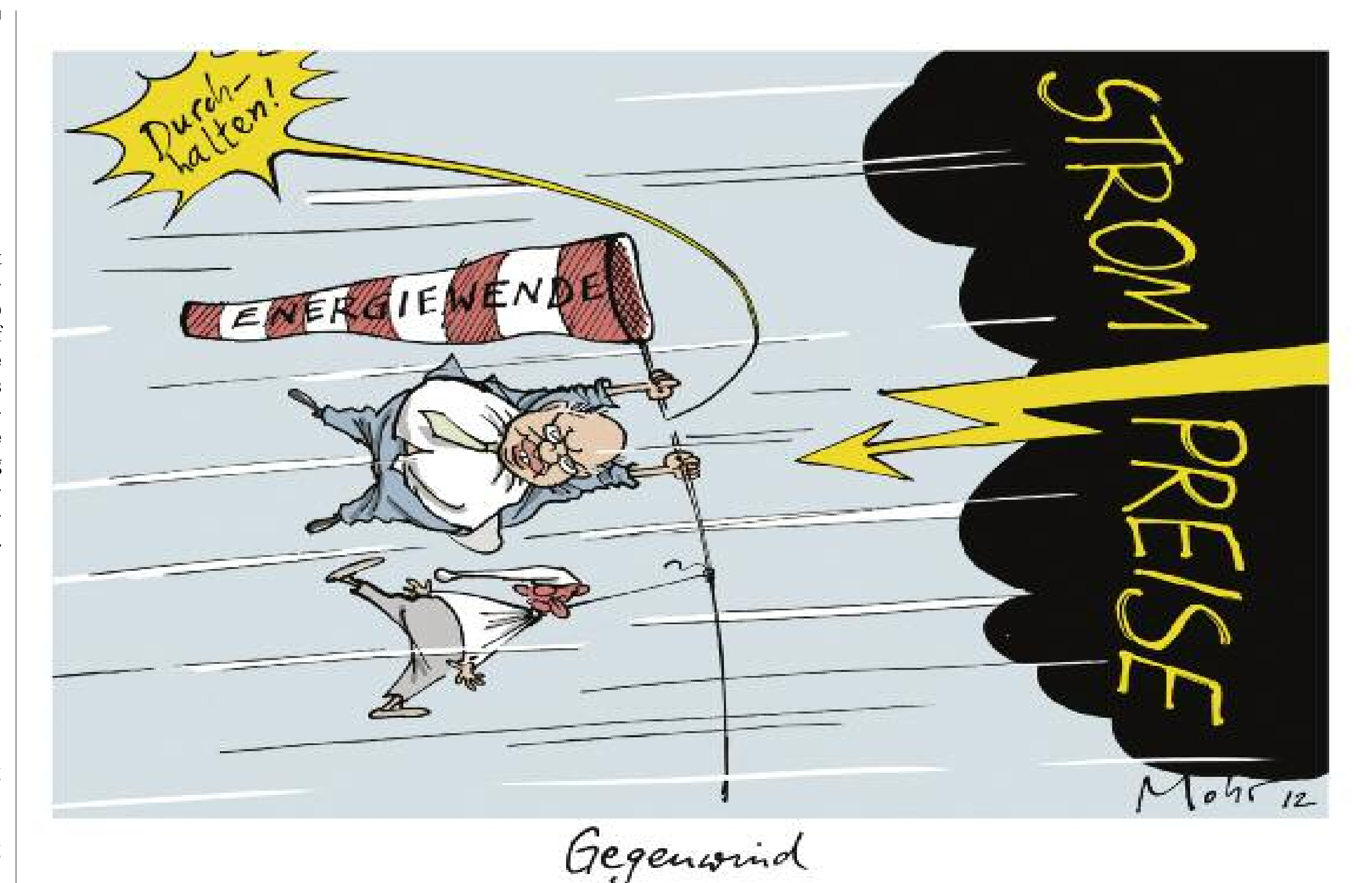
Unsere Kanzlerin also Zentralfigur der Organisierten Kriminalität? Laut der 71-jährigen Höhler ist Merkel sehr nahe an dem, was man sich unter einem Mafiaboss vorstellt. Demnach ist die „Alphawölfin im Schafspelz aus der trüben Ostkulisse“ dabei, Deutschland in die dritte Diktatur nach Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus zu führen.

In ihrem neuen Buch listet Höhler auf, wie die „geheimbündlerische“ Merkel Moral und Werte demontiert und Demokratie abschafft. Dabei sind viele Punkte, in denen massive Kritik berechtigt ist: Energiewende, Europa, Familienpolitik. Aber Kritik ist nur glaubwürdig, wenn sie sachlich bleibt und sich Maßlosigkeit und persönliche Verunglimpfung verkneift. An diese Grenzen aber hält sich Höhler nicht.



Ihre Gegner werfen Höhler private Motive für ihre scharfe Kritik an Merkel vor. Sie habe es nicht verwunden, dass Helmut Kohl einst Angela Merkel und nicht sie zur Ministerin machte.

Die 1941 in Wuppertal geborene Höhler ist Tochter eines evangelischen Pfarrers. Die Professorin der Literaturwissenschaft begann ihr politisches Engagement in der linken Subkultur der 60er Jahre. In den 80ern avancierte sie indes zu einer profilierten Konservativen, beriet Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen bis zu dessen Ermordung durch linke Terroristen 1989. Ab dann war sie Kommunikationsberaterin bei VW. Gertrud Höhler ist Autorin zahlreicher politischer und philosophischer Bücher. *H.J.M./H.H.*



Zeichnung: Mohr

Ökoasche

Welche Gesetze man brechen darf, wie wir endlich wieder Barbaren werden, und wo Antonis Samaras das ganze Geld herhat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“, kurz EEG, entwickelt sich zur heißen Kartoffel. Eben noch war es die stolze Jahrhundertleistung der rot-grünen Ära, welche die energiegewendete schwarze Kanzlerin nur zu gern geerbt hat.

Nun die Ernüchterung: Offenbar hat man die Reformidee aus der Büchse gelassen, ohne den Beipackzettel zu lesen. Na und? Macht man bei Medikamenten ja auch nicht, also warum jetzt? Weil interessierte Kreise den Zettel mit einer sagenhaften Kostenexplosion vollgekritzelt haben, welche die Milliarden aus den Taschen der Bürger in die Kassen jener Kreise nur so sprudelt lässt. Doch wie wir Deutsche so sind, kümmern wir uns um Spätfolgen immer erst, wenn sie uns brutal um die Ohren fliegen. Bis dahin vertrauen wir auf die Weisheit der Politik und nennen jeden Menschen einen rückwärtsgewandten Panikmacher, der an diesem Vertrauen kratzen will.

Mittlerweile erreichen unsere Ohren den Siedepunkt, da wir hören müssen, dass der Strompreis bis 2020 um 30 Prozent steigen soll. Der Beitrag, den ein Durchschnittshaushalt allein für die Bezuschussung der Ökostrom-Produzenten zahlen muss, steigt schon 2013 von jetzt 144 auf dann 200 Euro, inklusive Mehrwertsteuer.

Das wird ein Fest für Windbauer und Co.! Für die Politik ist das weniger lustig, denn die ist nun in der hässlichen Lage, den Deutschen diese Absahnerei erklären zu müssen – selbstverständlich, ohne ihnen dabei die schmutzige Wahrheit zu sagen.

Zunächst einmal gilt es, ein Legendengebilde zu bauen, hinter dem man sich verstecken kann. Dieses Gebilde lautet, dass man das EEG leider gar nicht mehr grundlegend verändern kann (geschweige denn abschaffen), weil man nun mal Jahrzehnte währende Verpflichtungen eingegangen sei. Die Absahner hätten schließlich ein Anrecht auf Vertragserfüllung, wir sind ja ein Rechtsstaat.

Ach ja? Als im vergangenen Sommer mit der „Energiewende“ ein ganzer Stoß Gesetze und Verpflichtungen zur Vertragserfüllung über die Wupper geworfen wurden, da war der Rechtsstaat wohl gerade in den Ferien. Vielleicht sollte die Bundesregierung ihre Juristen beauftragen, dass sie uns ein „Gesetzes-Gesetzbuch“ verfassen, in dem drinsteht, welche Gesetze problemlos gebrochen werden dürfen und welche nicht.

Die Politiker haben sich darauf verlegt, die Energiewende und das EEG wie ein vom Himmel gesandtes Naturereignis zu behandeln, mit dem wir zurechtkommen müssten, koste es (wen?), was es wolle. Kurzum, diese Leute reden wie der Lehrer in dem alten Pennälerwitz: Sie helfen uns, Probleme zu lösen, die wir ohne sie nie gehabt hätten.

Hatte ich gefragt, „wen“ es kosten soll, was es wolle? Gewerkschaften und Sozialverbände haben da eine Idee, die sie immer haben, wenn's ums Bezahlen geht: Die Mittelschicht soll das tragen, indem sie über Zusatzabgaben Sozialtarife für Menschen mit geringem Einkommen bezuschusst. Mit anderen Worten: Der Mittelschichtler soll künftig nicht allein dem reichen Windbauern den Hintern vergolden, sondern dazu noch die Rechnung seines ärmeren Nachbarn übernehmen. Auf die freche Frage, ob man stattdessen nicht den Windmillionär ein bisschen weniger mästen könnte, bevor Geringverdiener wegen der Stromrechnung im Dunkeln sitzen, auf die kommt seltsamerweise niemand. Ach ja, die „Vertragsverpflichtungen“.

> Energie oder Euro: Immer öfter heißt es, »koste es, was es wolle«. Fragt sich nur, wen?

Und die Zukunft unseres Planeten! Schließlich werden die Ökostromeinspeiser nicht nur um ihrer selbst willen reich, ihr Konto füllt sich mit unserem Geld zu unser aller Nutzen: das Klima! Fürs Klima lassen selbst die misstrauischsten Deutschen gern ihren Verstand fahren. Wie die „taz“ meldet, verfolgt uns das schlechte Gewissen bereits bis in den Tod: Ökobestattungen seien schwer im Trend: Särge aus Pappe, Letzte Hemden aus Naturfaser oder Urnen aus Kartoffelstärke.

Hauptklimakiller ist die Verbrennung, drei Kubikmeter Gas würden dafür verpulvert, „je nachdem, wie Körper und Sarg beschaffen sind“, wie die „taz“ einen Fachmann zitiert. Also: Denken Sie an die Eisbären und machen Sie vor Ihrem Ableben noch eine Diät und vor allem: Trinken Sie in Ihren letzten Stunden nicht zu viel!

Eine viel bessere Lösung als das Verbrennen sei ein neues Verfahren, bei dem die Leiche in eine Lauge eingelegt wird, die den Körper in drei Stunden zersetzt. Danach blieben nur die Knochen, die man leicht zermahlen und als „Ökoasche“ den Hinterbliebenen übergebe. Die Lauge könne getrost als Dünger ausgebracht werden. Vielleicht im heimischen Gemüsegarten? Guten Appetit.

Eine andere Möglichkeit wäre es, die Körper auf minus 200 Grad schockzugefrieren und dann in einer Zentrifuge zu zerlegen. „Allerdings“, zitiert das Blatt die Erfinderin dieses Verfahrens, „haben Tests mit Schweinen gezeigt, dass die Stücke für Urnen zu groß sind.“ Das ist aber schade.

Die Urahnen der Ökobewegung haben einst davon geträumt, die Menschen zurück in die Natur zu bringen, weil wir unser Glück verloren hätten, als wir unseren barbarischen Urzustand aufgaben. Nun geht es endlich zurück ins Paradies: Wer diese Bestattungsvorschläge liest, vor allem den mit der Lauge, der fühlt sich der Barbarei schon ganz nah.

Allerdings kann dieses Verfahren, wo wir uns in Asche und Gemüsedünger und später in Tomaten und Kopfsalat verwandeln, noch deutlich abgekürzt werden, die Pläne liegen seit langem auf dem Tisch. In dem Zukunftsfilm „2022, die überleben wollen“ aus dem Jahre 1973 werden die Leichen gleich nach ihrer Einschläferung zu dem Menschenfutter „Soylent Grün“ verarbeitet, das dann den hungrigen Lebenden gereicht wird. Dies wäre eine wirklich „nachhaltige“ und zugleich „Ressourcen schonende“ Lösung. Aber wir haben ja noch zehn Jahre.

Verfeinern wir erst mal die Schweine-Zentrifuge. Wie Europa im Jahr 2022 aussieht, können wir ohnehin nur raten. Der Optimismus vergangener Zeiten ist den meisten von uns verdorrt, daher ist es Zeit für eine Aufmunterung: Mit der Kampagne „Ich will Europa“ soll uns der alte Traum neu schmackhaft gemacht werden. Alle sind dabei: der Bundespräsident, die Kanzlerin, allerlei Konzern-Stiftungen und viele, viele ganz zufällig zusammengekommene Bürger wie Sie und ich. Nur dass Sie und ich zufälligerweise nicht gefragt wurden.

In der Kampagne werden viele Vorteile des Euro aufgezählt, allerdings finden sich in den Werbeparolen auch einige Floskeln, die Raum für unerwünschtes Weiterdenken lassen. So heißt es etwa: „Der einheitliche Währungsraum verschafft den Unternehmen einfachen Zugang zu über 500 Millionen Verbrauchern.“ Ja, man könnte auch sagen: „ … verschafft schuldengierigen Finanzministern und einer nimmersatten Finanzindustrie Zugang zu den Ersparnissen von 500 Millionen …“ Die Kanzlerin teilt uns in ihrem Grußwort mit: „Europa ist unsere Zukunft. Diese Idee zu schützen und zu wahren, das war und ist jede Mühe und Anstrengung wert.“ Da laut Merkel Europa ohne den Euro scheitert, heißt das: Der Euro ist „jede“ Anstrengung wert. Mit anderen Worten: Und wenn hier alles kaputtgeht, was drei Generationen seit dem Krieg aufgebaut haben, für den Euro opfern wir alles.

Merken Sie, wie Sie nach dieser Klarstellung der neue Optimismus durchströmt? Dann stehen Sie auf der richtigen Seite! So ruft uns die Kampagne wieder in Erinnerung, was die Euro-Zone in Wirklichkeit ist, jenseits all der Nickeligkeiten, an denen wir Kleingeister uns hochziehen: Eine starke Gemeinschaft, wo einer beim anderen im Wort steht.

Auch Griechenlands Premier Antonis Samaras hat uns sein Wort gegeben: Er hafte „persönlich“ dafür, dass Hellas das geliehene Geld zurückgebe. Donnerwetter: Wie lange hat einer schon keine Steuern mehr bezahlt, dass er „persönlich“ für so viele Milliarden einstehen kann!

MEINUNGEN

Der Generaldirektor des russischen „Zentrums für politische Konjunktur“, ***Sergej Michejew****, zeigt sich gegenüber „Stimme Russlands“ besorgt über den Vertrag, mit dem* ***Hamburg muslimische Feiertage*** *staatlich anerkannt hat:*

„Die Europäer meinen offenbar, sie hätten irgendeinen Kompromiss mit den islamischen Gemeinden erzielt. Jene sind indessen überzeugt, dass es ihnen gelungen sei, die lokalen Machtorgane an der Nase herumzuführen. Aber es ist offensichtlich, dass ein allmählicher Rückzug der Europäer vor dem immer mehr wachsenden Einfluss der Zuwanderer-Gemeinden im Gange ist.“

Im „Handelsblatt“ vom 20. August spricht sich ***Yasmin Osman*** *gegen Gleichmacherei bei der* ***Bankenaufsicht*** *aus:*

„Wenn künftig nur noch eine Institution über die Kreditwirtschaft von ganz Europa wacht, kann jede Fehleinschätzung dieses einen Oberkontrolleurs einen Flächenbrand auslösen. Und wer ist schon gegen Irrtum gefeit? ... Dezentralität und Vielfalt bedeuten auch Risikostreuung.“

Die Frusterstrecker

Wird es knapp an allen Ecken,
heißt es für den Kleinen Mann,
nach der Decke sich zu strecken,
und da dies kein Honiglecken,
macht er Schulden irgendwann.

Kann er die dann nicht begleichen,
ist nicht bloß sein Ruf befleckt,
sondern aller Welt zum Zeichen
lässt die Bank sich nicht erweichen,
und die Pfändung wird vollstreckt!

Als ganz großer Schuldner aber
kommt man ohne Pfand zu Rand,
pfeift auf ethisches Gelaber
und zudem – es ist makaber –
hat die Bank man in der Hand:

Will doch die nicht ums Verrecken,
dass das Fiasko wer entdeckt,
und um Kunden nicht zu schrecken,
wird daher dem Überkecken
noch mehr Zaster zugesteckt!

Ähnlich läuft es zwischen Staaten,
denn zur Tarnung eigner Schmach
wirft die Politik auf Raten
trotz der desaströsen Daten
gutes Geld dem schlechten nach.

Statt, was faul ist,
auszubuchen
– anfangs gleich, da schmerzt
es kaum –
will man's stets, wenngleich
mit Fluchen,
halt ein letztes
Mal versuchen –
weiter geht der Fiebertraum.

Letztlich mühen sich die Recken,
eh ihr Lügenbau zerbricht,
was ganz simples auszuhecken,
nämlich Fristen zu erstrecken –
Zinseszinsen kümmern nicht.

Und so hoffen Fristerstrecker,
dass das Volk auch Fristen frisst –
Schuldner werden zwar noch kecker,
und vermutlich gibt's Gemecker,
aber sei es, wie es ist.

Allerdings im Endeffekte
merkt die Bürgerschar verschreckt:
Wir sind wieder bloß Objekte
der bezweckten Zwangs-Kollekte –
wie's den Volksbetrügern schmeckt.

Und selbst völlig Unbeleckten
dämmert's nach der Ochsenkur:
All die Pleiten, die verdeckten,
und die Fristen, überstreckten,
waren Frusterstreckung nur ...

Pannonicus